



**Wieviele Tote will Lummer noch verantworten?**

**Brand am Augustaplatz in der Silvesternacht**

## Mord an sechs Ausländern in Berliner Knast?

Folgende sechs Menschen sind am 31.12. 1983 bei dem Brand in der Abschiebehaftanstalt Berlin Steglitz ums Leben gekommen:

Der Tunesier **HAMED DJELASSI**, der libanesische Palästineenser **KASIM SAID (19)**, der staatenlose Palästineenser **ISSAM AHMAD AL-IZZ** und die drei Tamilen aus Sri Lanka **RASASINGAM JEV AKUREM (24)**, **Kuluanthaigopulu THIRUNARUKKARU**, **Krishnapillai VELAUTPILLAI (22)**.

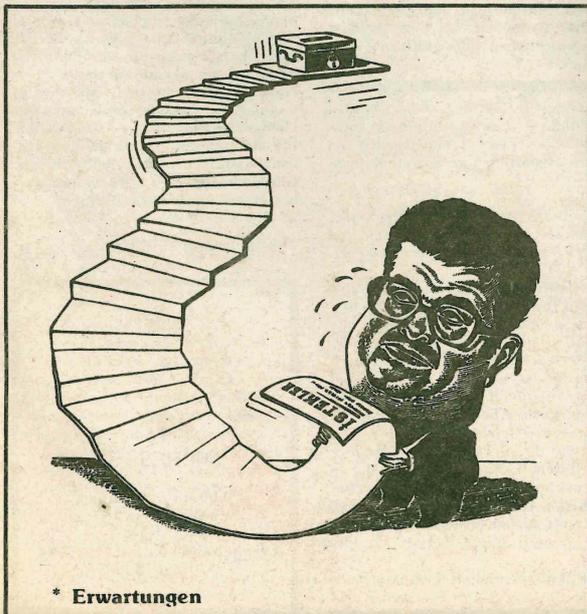
Nachdem die Berliner Verantwortlichen erst durch den Druck der Öffentlichkeit – insbesondere die eigenen Ermittlungen der AL und der „TAZ“ – gezwungen wurden, ihre These vom „kollektiven Selbstmord“ zurückzunehmen, verdichten sich inzwischen die Anhaltspunkte dafür, daß zumindest Teile des Wachpersonals direkt für den Tod der sechs Ausländer verantwortlich sind.

LETZTE SEITE

## Turgut Özal Superstar

Die neue Karriere des Wirtschaftstechnokraten

SEITE 17



\* Erwartungen



Ausländer hinter Gittern: der Willkür der deutschen Behörden ausgeliefert  
Gestern Kemal Altun - Heute die sechs Abschiebehäftlinge -  
Wer ist morgen dran?

## Die Türkei nach den Wahlen

- Übergang zur Demokratie?
- Protestwahl gegen Militärs?
- Die Außerparlamentarische Opposition
- Die Lage der Linken

SEITE 14

## Staatenbeschwerde gegen Türkei zulässig!

SEITE 6

## Wieder Tote in Diyarbakir

Den letzten Meldungen zufolge sind nicht drei, sondern mindestens 5 Menschen im Militärgefängnis Diyarbakir gestorben.

Einer Mitarbeiterin der amnesty international – Zentrale in London wurde die Teilnahme an der Autopsie eines der Toten, der von amnesty international betreut worden war, verweigert.

Die Militärs vertuschen die Todesursachen. Sie lassen die Toten entweder selbst beerdigen, oder aber übergeben die Leichname den Angehörigen in plombierten Särgen, die nicht mehr geöffnet werden dürfen.

SEITE 19

### aus dem INHALT

Offener Brief an die Fraktion der Grünen . . . . . S. 2

Fabrikbesetzung bei Kamm . . . S. 2

Frankfurter Appell: Rückschritt in die Defensive? . . . . . S. 3

Prozesse gegen Antifaschisten . . . . . S. 4

Marsch gegen Rassismus in Frankreich . . . . . S. 5

„Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ . . . S. 7

Konsulatsbesetzer-Prozeß in Köln . . . . . S. 8

In eigener Sache . . . . . S. 8

Entwicklung bis zu den Wahlen 1983 . . . . . S. 10

Reif für die Demokratie . . . S. 12

Das Politikum der Kommunalwahlen . . . . . S. 12

Rechtsanwälte unterm Damoklesschwert . . . . . S. 13

„... Ihre liebe zu Vaterland und Nation zu verstärken“ . S. 13

Politische Verfolgung . . . . S. 15

Turgut Özal: 30 Jahre im Dienst des Kapitals . . . . . S. 16

Fatsa – wieder in den Schlagzeilen . . . . . S. 18

Die Lage am Persischen Golf . . . . . S. 19

Neue Stützpunktevereinbarung mit den USA . . . . . S. 19

## PREISERHÖHUNG

ist leider nicht nur ein Thema, das mit beständiger Regelmäßigkeit in der Türkei auf die Tagesordnung kommt. Auch in unserer täglichen Arbeit spielen die Finanzen eine enorme Rolle.

Als die türkei information geschaffen wurde, war der einzige Zweck, in der BRD eine Gegenöffentlichkeit zu der offiziellen Berichterstattung über die Türkei zu schaffen. Um die Solidarität mit der sozialistischen Bewegung in der Türkei und Türkei-Kurdistan zu verbreitern, war es notwendig, möglichst viele Menschen zu erreichen.

Deshalb auch der verhältnismäßig niedrige Preis.

Dieser Preis von 1,- DM ist aber schon seit langem nicht mehr kostendeckend (für Herstellung und Vertrieb). Jeder Pfennig, der in die türkei information gesteckt wird, muß von der Unterstützung unserer Freunde in der Türkei abgezogen werden. Das Schicksal der Genossen in den Knästen, in den Bergen, in den Dörfern und Elendsvierteln aber hat sich unter der mehr als dreijährigen faschistischen Militärdiktatur stets verschlimmert.

Wenn also nun mit 2,- DM pro Ausgabe ein Preis gefordert wird, der über den Unkosten liegt, so hoffen wir auf die Solidarität unserer Leser, die für dieses Geld eben nicht nur Informationen kaufen, sondern gleichzeitig einen Solidaritätsbeitrag für die Verfolgten in der Türkei leisten.

Die Redaktion

## „Zimmermann hat einen inneren Feind geschaffen

Der Verantwortliche der Kommission 'Ausländische Arbeitnehmer', Uli Fischer, beantwortete in Bonn die Fragen der NOKTA-Korrespondentin Nilay Karman zu den Themen „Türkische Arbeiter in Deutschland“, „Ausländerfeindlichkeit“ und „Raketen“.

Nokta: Die türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland werden zur Rückkehr gezwungen. Kann die Rückkehr der türkischen Arbeiter eine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit in Ihrem Land bringen?

Fischer: Wir als Grüne haben im Parlament gegen das Gesetz gestimmt, das die Zahlung von DM 10.500 vorsieht, um den türkischen Arbeitern die Rückkehr „schmackhaft“ zu machen. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß unser Einfluß im Parlament nur bei 6 % liegt. Die Regierungspartei der Christdemokraten und die Hauptoppositionspartei der Sozialdemokraten behaupten, die ausländischen Arbeiter müßten zurückgeschickt werden, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Aber das ist mit Sicherheit unrichtig. Ja, die Arbeitslosenzahl in Deutschland ist sehr hoch, aber die türkischen Arbeiter zurückzuschicken, löst dieses Problem nicht. Denn an den Arbeitsplätzen, wo jetzt türkische Arbeiter arbeiten, wollen Deutsche nicht arbeiten, und in den Arbeitsbereichen, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, arbeiten sowieso keine türkischen Arbeiter. Außerdem haben die Arbeitgeber keine Klagen über die Türken, die sie beschäftigen, im Gegenteil, sie sind sehr zufrieden. Die türkischen Arbeiter arbeiten viel, nehmen keinen Urlaub, werden nicht krank. Je mehr die Arbeitslosigkeit ansteigt, umso mehr klammern sich die türkischen Arbeiter an ihre Arbeitsplätze. Wie ein bekannter Denker sagte, sind die türkischen Arbeiter, genau wie die Frauen, die „Reservearmee“ der Industrie. So ist also dies in Deutschland geschaffene Problem „türkische Arbeiter“ ein vollkommen politisches und soziales Problem. Die jetzige christdemokratische Regierung suchte einen Feind, um das Volk bezüglich des Arbeitslosenproblems ruhig zu halten. Sie hat diesen Feind gefunden. Die türkischen Arbeiter. Aber es gibt überhaupt keinen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit in Deutschland und den türkischen Arbeitern. Die Arbeiter, in denen sie arbeiten, bewahren ihre Geltung. Deutschland hat immer einen Bedarf an Müllmännern und Bergarbeitern. (!!!)

Sehen wir uns nun das neue Gesetz an. Die Rückkehrprämie von DM 10.500, die den ausländischen Arbeitern die Rückkehr schmackhaft macht, wird m.E. die Rückkehr von höchstens 20.000 Personen ermöglichen. Aber die Arbeitslosenzahl in Deutschland beträgt 2,5 Millionen. Dieses neue Gesetz wird das Arbeitslosenproblem nicht lösen, aber es wird bei der Aufpeitzung des deutschen Volkes gegen die türkischen Arbeiter Erfolg haben. Dies ist unsere größte Sorge.

Nokta: Wie ist zur Zeit das Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland?

Fischer: Der Bundesinnenminister Zimmermann spielt in der Regierung die Rolle des „bissigen Hundes“. Kanzler Kohl hingegen verhält sich allen

## Fabrikbesetzung bei Kamm

Die Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel eine Bedrohung für alle Arbeiter. Für die Ausländer stellt sie jedoch eine besondere Gefahr dar. Ein arbeitsloser Ausländer hat praktisch keine Chance, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Und zudem kann er in seine Heimat abgeschoben werden, wenn er Sozialhilfe beantragt.

Angesichts dieser Perspektiven ist es nicht erstaunlich, daß die Ausländer auf Entlassungen gelegentlich besonders kämpferisch reagieren. Dies haben wir letztes Jahr bei Rockwell Golde in Frankfurt und bei Video-color in Ulm besonders anschaulich vor Augen geführt bekommen. Ein neuer Arbeitskampf in dieser Form wurde kürzlich bei der Gießerei Kamm in Stuttgart durchgeführt. Wie bei vorangegangenen Fabrikbesetzungen trat auch bei diesem Streik besonders drastisch hervor, daß die Kapitalinteressen in der Praxis immer mit Rassismus verquickt auftreten.

In 'was tun' Nr.366 vom 17.11.1983 ist ein Bericht zu dieser jüngsten Fabrikbesetzung erschienen. Wir wollen diesen Bericht mit freundlichem Dank übernehmen.

Gießerei Kamm/Stuttgart  
Besetzung gegen Rassistin  
Türkische und kurdische Kollegen  
setzen sich durch

Bei Kamm, einer Gießerei in der Nähe von Stuttgart, wurde dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gekündigt. Die Beschäftigten setzten sich zur Wehr. Allen voran: türkische und kurdische Arbeiter. Franz Spreidter

Das ist die Gießerei Kamm in Renningen (25 km westlich von Stuttgart): Etwa 110 Beschäftigte, Zulieferbetrieb für VW, Daimler-Benz und Opel. Vor zwei Wochen wechselte der Besitzer. Eine Knochenmüh-

le, aber mit Kampferfahrung: Spontane Streiks gab es in den letzten Jahren schon öfters – z.B. wegen des rassistischen Betriebsleiters Ziegenhardt. Denn von den Gießerei-Arbeitern sind 70 Kollegen Türken. Die ca. 20 bei Kamm beschäftigten Deutschen sind Meister oder Verwaltungsangestellte.

Einen Betriebsrat gibt es erst seit 6 Jahren. In mühevoller Kleinarbeit hat er durchgesetzt, daß die Bestimmungen des Arbeits- und Tarifrechts auch bei Kamm Einzug hielten – mehr oder weniger, wie sich zeigte.

Am Samstag, dem 5. November 83, brach der Streik los, weil dem 2. Betriebsratsvorsitzenden, Suat

## OFFENER BRIEF an Uli Fischer und die Fraktion der Grünen

Lieber Uli,  
liebe Freunde von der Fraktion,

Daß die Grünen bei den letzten Wahlen den Sprung in den Bundestag geschafft haben, erschien vielen hier lebenden Ausländern als Hoffnung, daß wenigstens eine Gruppe ihre Interessen im Parlament vertreten würde. Das taten die Grünen, zumindest in Ansätzen, auch. Immer aber wurde deutlich, daß auch den Grünen ein Konzept fehlt, sodaß eine geplante,

kontinuierliche Arbeit bisher nicht möglich war. Die Schaffung einer Arbeitsgruppe „Ausländische Arbeitnehmer“ bei den Grünen soll wohl der Entwicklung eines Konzeptes dienen. Die Einrichtung dieser Gruppe und die Einstellung eines türkischen Kollegen sind begrüßenswerte Schritte in die richtige Richtung. Uli Fischer ist der Verantwortliche dieser Gruppe und in dieser Funktion wohl auch mit deren Öffentlichkeitsarbeit betraut.

Uli, Du hast auch ein Interview mit dem türkischen Nachrichtenmagazin NOKTA gemacht, das in der Ausgabe Nr. 45 vom 2.-8.1.84 erschien. Wir veröffentlichen die Übersetzung dieses Interviews, um deutlich zu machen, daß sich die Ausländer in der BRD (noch) nicht zu viele Hoffnungen machen dürfen, und um zu zeigen, daß die Grünen noch viel Hilfe von ausländischen und engagierten deutschen Freunden bei der Entwicklung eines Konzeptes für eine alternative Ausländerpolitik brauchen. Wir halten die Veröffentlichung für notwendig, da in dem Interview grundlegende Anschauungen zum Vorschein kommen, die einer kritischen Auseinandersetzung bedürfen und keinesfalls Ausgangspunkt für Überlegungen zur Ausländerpolitik der Grünen werden sollten.

Deine Ausführungen zum Rückkehrzwang zeugen von Oberflächlichkeit und fast schon Ignoranz und sind insofern gefährlich, als sie z.T. auslän-

gegenüber sehr freundschaftlich und verteilt Lächeln. Die Menschen zu beißen ist Zimmermanns Aufgabe. Zimmermann wählte die Erschaffung eines „inneren Feindes“, um die Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Bevölkerung von den innen- und außenpolitischen Fragen, die Reaktionen hervorrufen, abzulenken.

Nokta: Die Vertreter der Bundesregierung in Bonn weisen die Behauptungen, daß eine Ausländerfeindlichkeit im Lande geschaffen werde, zurück und erklären, das ganze Problem sei in der sozialen Nichtanpassung der türkischen Arbeiter begründet.

Fischer: Natürlich gibt es die soziale Unangepaßtheit. Die türkischen Arbeiter kommen nicht aus Istanbul oder Ankara nach Deutschland, sondern aus den ländlichen Gebieten. Denken Sie, sogar im eigenen Land, wenn jemand aus einem Dorf in Erzurum nach Istanbul kommt, erleidet er auch einen Schock. Der Schock, den sie erleiden, wenn sie nach Deutschland kommen, ist noch größer. Was unserer Meinung nach wichtig ist, ist, was man tun kann, um diesen Schock zu überwinden. Die Regierung beschwert sich, daß die Türken sich nicht an die deutsche Gesellschaft anpassen. Aber sie trifft nicht die notwendigen Maßnahmen, um diese Anpassung leisten zu können. Die verstehen unter Anpassung auch sowieso, daß die türkischen Arbeiter ihre nationale Identität aufgeben sollen. Aus diesem Grund entwickeln die in Deutschland lebenden türkischen Arbeiter auch einen Verteidigungsmechanismus, um ihre nationale Identität zu schützen. Wenn man sich das mal so richtig überlegt, führen die Grünen, genau wie die Türken einen Kampf um ihre Identität.

(...)  
Die weiteren Fragen behandeln die Themen „Grüne“ und „Raketenstationierung“.

Gürses, gekündigt worden war. Vorgesobener Grund für die Kündigung des Kollegen: Er hätte fehlerhaft gearbeitet. Als Beweis wurde ein Kontrollzettel präsentiert, bei dem die Geschäftsleitung die Nummer verwechselt hatte. Außerdem hatte Gürses am angegebenen Tag gerade Urlaub.

Vor allem die Türken sind aktiv, keiner von ihnen, der sich nicht solidarisierte, ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Auch die wenigen Ghanesen und Pakistani streikten – aber nur wenige Italiener und keiner der jugoslawischen Arbeiter.

Von den deutschen Kollegen streikte gar nur ein einziger: der Betriebsratsvorsitzende Rudi. Die übrigen waren absolut dagegen, selbst wenn sie Gewerkschaftsmitglieder waren. Am Montag und Dienstag blockierten die Streikenden die vier Eingänge der Firma ab 5 Uhr morgens. Massiver Polizeieinsatz erfolgte jeweils erst nach einigen Stunden. Am Dienstag waren die Kollegen entschlossen, auch der Polizei nicht zu weichen – bis Ernst Eisenmann von der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart telefonisch durchgab, daß der Unternehmer in Verhandlungen einwillige und deshalb die Eingänge zu räumen seien.

Die Verhandlungen blieben jedoch ohne Ergebnis – genauso wie eine vierstündige Gerichtsverhandlung vor dem Arbeitsgericht Stuttgart am Mittwochnachmittag. Vor versammelter Streikmannschaft zeigte sich die Geschäftsleitung im Gerichtssaal borniert, aber dickköpfig. Die Rich-

terin vertagte den Urteilspruch zwar auf später, ließ aber keinen Zweifel daran, daß die Kündigung rechtlich unhaltbar war.

Auch am Donnerstag, dem 5. Streiktag, stehen nahezu alle ausländischen Arbeiter sowie der deutsche Betriebsratsvorsitzende schon frühmorgens Streikposten, verstärkt von einigen Dutzend kampferfahrenen Kollegen aus anderen Metallbetrieben, Arbeitslosen sowie Gewerkschaftssekretären der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart. Einige Streikbrecher tauchen auf, verziehen sich aber wieder. Personalchef Häusler, der wie ein gefangener Schakal vor dem Werkszaun auf und abläuft, heizt die Stimmung an: Er kommt nicht in den Betrieb. „Das ist unser Betrieb, nicht deiner!“ lacht ihn ein türkischer Kollege aus.

Ein junger Leiharbeiter springt über den Zaun, wird festgehalten und wieder rausbefördert. Ein Arbeitswilliger strebt forsch zum Eingang und zieht einen Ausweis: „Kriminalpolizei!“ Die Streikposten biegen sich vor Lachen – rein kommt er nicht. Die Polizeistreife konstatiert „gerichtsverwertbar“, daß durch Anwendung von Gewalt niemand in den Betrieb kommt. Gegen 9 Uhr sind schließlich 40 Polizisten zur Verstärkung eingetroffen. Unter Führung des Personalchefs streben die Streikbrecher dem Angestellteneingang zu. Die Blockierer haben sich untergehakt, aber Gewalt schließt man aus. Über den Lautsprecher der IG Me-

Fortsetzung Seite 3

Zu 4. Wenn 2,5 Millionen Ausländer die Rückkehrprämie bekommen könnten, wäre die Arbeitslosigkeit behoben – also doch: Türken raus?

Lieber Uli, Unwissenheit und politische Unsicherheit seien Dir als Anfänger zugestanden. Auch mag das Interview gekürzt worden sein. Aber aus Deiner Herangehensweise an das Thema spricht die gleiche Haltung, die CDU/CSU und noch rechtliche Leute an den Tag legen, wenn sie nach „Lösungen“ Auch Deine Aussagen reduzieren die ausländischen Arbeiter auf eine Sache, die je nach wirtschaftlichen Gegebenheiten hin- und hergeschoben werden kann. Das heißt Du akzeptierst die Reduzierung von Menschen auf den ökonomischen Vorteil, den sie der kapitalistischen Gesellschaft bringen. Eine solche Haltung ist nicht anders als menschenfeindlich zu bezeichnen. Hinter dieser Reduzierung steckt desweiteren die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes für Ausländer, denn, folgt man Deinen Aussagen, so erhalten die ausländischen Arbeiter ihre Existenzberechtigung aufgrund gewisser Bedingungen des Arbeitsmarktes, denen sie sich anzupassen haben. Anders sich diese Bedingungen, so haben die Ausländer - wieder Deiner „Argumentation“ folgend - keine Berechtigung mehr hierzubleiben! Eine solche Haltung wirft die Frage nach der Achtung des Menschen auf, und somit auch die Frage nach Deiner Selbstachtung. Vielleicht gilt es hier, einen Kampf um die Identität zu führen.

Wir hoffen, daß Deine Aussagen nur einer gewissen Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit (die gleichwohl gefährlich ist, wenn sie veröffentlicht oder gar zur Grundlage politischen Handelns gemacht wird) entspringen, und daß Du diese Anschauungen bei einigem Nachdenken revidieren wirst. Wir sind überzeugt, daß die vertretenen Positionen nicht die Politik der Grünen bestimmen werden, und sind bereit, mit Euch zu diskutieren.

Mit solidarischen Grüßen

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: S. Akhan  
Schilderergasse 101 a  
5000 Köln 1  
Erscheinungsdatum: 3.2.1984  
Auflage: 8.000

# Frankfurter Appell: Rückschritt in die Defensive?

Am 5. und 6. Juni 1983 fand in Frankfurt der Kongreß "Ausländerpolitik und Menschenrechte" statt, an dem sich nahezu 1000 Menschen beteiligten. (Wir berichteten darüber.) Beim Abschlußplenum des Kongresses wurde gegen den Widerstand einiger Mitglieder der Frankfurter Initiative, die den Kongreß vorbereitet hatte, der Beschluß gefaßt, eine bundesweite Koordination der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit zu schaffen, damit eine Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit auch bundesweit und damit effektiver ihre Stimme erheben kann. Insbesondere herrschte einhellige Auffassung, daß angesichts des restriktiven Kurses der Regierung-Ausländer- und Sozialpolitik der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit wesentlich offensiver geführt werden müsse.

Es meldeten sich verschiedene Gruppen und Inis, die als Koordinationsausschuß ein Aktionsprogramm für die kommenden Monate im Hinblick auf die Gesetzesvorlage, vermutlich im Frühjahr 1984, ausarbeiten wollten.

Schon auf dem Kongreß wurde beschlossen, im März 1984 einen "Staffettenlauf" nach Art des "Anarchistischen Zuges" zu organisieren. Außerdem wurde beschlossen, den von der Frankfurter Initiative erarbeiteten Frankfurter Appell bundesweit zu verbreiten und als Grundlage für gemeinsame Aktionen zu benutzen.

Am 2. und 3. Juli 1983 trifft sich der Koordinationsausschuß zu seiner ersten Sitzung. Immer noch ist klar, daß der Staffettenmarsch stattfinden soll. Sein Ziel soll es sein, die Ausländer- und Menschenfeindlichkeit der Ausländerpolitik über längere Zeit hinweg und in möglichst vielen Orten an der Tagesordnung zu halten und somit eine breiteste mögliche Öffentlichkeit für die sog. Zimmermannpläne zu schaffen. Als Voraussetzung für eine effektive

Demonstration wird eine konsequente, stufenweise Informationsarbeit beschlossen, die den Marsch vorbereitet. Politische Inhalte werden ebenfalls festgelegt. Als wesentlichste Forderung, die auch dem schon auf dem Kongreß formulierten Anspruch der Offensivität entspricht, wird genannt: Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche und nicht nur die Erhaltung des Status quo. Eine Kommission erstellte einen Aktionsvorschlag, der bestimmte konkrete Aktionen beinhaltet, die bundesweit durchgeführt Öffentlichkeitswirksamkeit schaffen sollten. In Frankfurt wurde ein Büro eingerichtet, das die praktischen Koordinationsaufgaben wahrnehmen soll. Am 24. und 25. 9. zweites Treffen des Koordinationsausschusses in Köln. Unter dem gemeinsamen Motto, das bundesweit bei allen Aktionen verwendet werden soll "Arbeitsplätze statt Ausländerhetze - Ausländer und Deutsche gleiche Rechte" und mit einem Flugblatt, das den inhaltlichen Hintergrund des Mottos und unsere Forderungen verdeutlicht, sollen Aktionswochen bzw. -tage in allen Städten durchgeführt werden. Um den bundesweiten Charakter der Aktionen deutlich zu machen, wird das Koordinationsbüro in Frankfurt beauftragt, jeweils die überregionale Presse zu informieren, während die Inis in den Städten auch gegenüber der Lokalpresse den bundesweiten Charakter herausstellen sollen.

Im Januar soll parallel zur Innenministerkonferenz eine zentrale Pressekonferenz in Bonn abgehalten werden, auf der der für Februar/März geplante Staffettenmarsch angekündigt werden soll. Im Februar/März soll dann der Staffettenmarsch beginnen und mit einem Open-Air-Festival beendet werden. Das Koordinationsbüro wurde beauftragt, eine Route auszuarbeiten, die in zentralen Städten der Regionen konkretisiert und auf dem nächsten Treffen vorgelegt und verabschiedet werden soll. Angemerkt werden sollte noch, daß

dieses Treffen vom Koordinationsbüro nicht vorbereitet worden war, und kein kompetentes Mitglied des Koordinationsbüros anwesend war. Der Koordinationsausschuß beschloß daraufhin einen allgemeinen Aufgabekatalog für das Koordinationsbüro.

Als konkrete Aufgaben bis zum nächsten Treffen wurden außerdem festgelegt: Ansprechen der Träger der Kampagne zur 35-Stunden-Woche, Neu-Herausgabe und Übersetzung des Appells.

Das dritte Treffen des Koordinationsausschusses fand am 26. und 27. November wieder in Frankfurt statt. Das Koordinationsbüro erklärt, es habe von der Durchführung eines Staffettenmarsches Abstand genommen. Offensichtlich wird diese "Abstandnahme" auch von einem großen Teil der anwesenden Initiativen unterstützt. Es heißt, der Staffettenmarsch sei nicht realisierbar, da es keine "Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit" gebe, da keine Masse da sei, wir zu wenige seien usw. Die Durchführung bzw. Nichtdurchführung des Aktionstages 9.11. habe dies alles gezeigt. Stattdessen wurde ein Blatt mit Alternativvorschlägen vorgelegt, in dem nur noch dezentrale Aktionen vorgesehen waren. Die für Dezember und Januar geplanten Aktivitäten wurden kaum noch besprochen, bereits beim Kongreß im Juni gefaßte Beschlüsse kurzerhand verworfen.

Das Argument der "Unrealisierbarkeit" wirkt dabei eher vorgeschoben, denn bei tatsächlicher Verfolgung der schon auf den beiden ersten Sitzungen festgelegten Strategie (nämlich örtliche und bundesweit koordinierte, aufeinander aufbauende Aktionen, die in einem Staffettenmarsch ihren Abschluß finden) wäre es u.E. durchaus möglich gewesen, die geplanten Projekte zu verwirklichen.

### Was blieb nun übrig?

Anstelle des Staffettenmarsches wird vom 10.17.3.1984 bundesweit eine

Aktionswoche durchgeführt, an deren Abschluß eine bundesweit einheitliche Aktion laufen soll. Diese Aktion soll das Thema der nächsten Sitzung des Koordinationsausschusses sein, Vorschläge dazu möglichst schon vorher an das Frankfurter Büro geschickt werden. Einen Beschluß über eine zentrale Aktion soll es aber erst geben, wenn das Koordinationsbüro nach Vorlage der Gesetzesvorlage eine Konferenz einberuft, auf der beschlossen werden soll, wie man reagieren will! Die Entwicklung im Koordinationsausschuß macht insbesondere nach dem letzten Treffen deutlich, daß wir doch wieder in die Defensive gegangen sind, statt offensiv zu werden. Eine gefährliche Resignation beherrscht das Klima der Treffen, die einerseits mit mangelnder "Bewegung" begründet wird, sich andererseits aber selbst demoralisierend und demobilisierend auswirkt. Diese Resignation müssen wir überwinden, wenn wir weiterhin daran interessiert sind, unsere Forderungen durchzusetzen und den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit wirklich als unser aller Sache ansehen.

Nächstes Treffen des Koordinationsausschusses, zu dem alle Interessierten eingeladen sind:

11. und 12. Februar 1984  
Anmeldung mit Angabe von benötigten Schlafplätzen: Koordinationsbüro Frankfurter Appell, Mainzer Landstr. 239 -241, 6000 Frankfurt/M 1, Tel.: 0611/73 78 98 (mit 17 bis 20 Uhr).  
Der Frauenkongreß findet statt vom 23. bis 25.3.1984 in Frankfurt. Kontakt: IAF, Adresse s.o.

## „... bieten Sie nicht die Gewähr dafür, daß Sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen ...“

### Kriminalisierung von politisch aktiven Ausländern

M.A. lebt seit 12 Jahren in der Bundesrepublik. Nach nunmehr 12 Jahren rechtmäßigen Aufenthaltes beantragte er Anfang 1983 eine Aufenthaltsberechtigung. Von der Ausländerstelle der Stadt Braunschweig wurde er am 24.11.1983 zur Anhörung geladen. Ihm wurden dort "Erkenntnisse" vorgehalten, nach denen er 1977, 1978 und 1979 erster Vorsitzender der "Türkischen Arbeitergemeinschaft in Salzgitter und Umgebung" war. 1981 sei er dann Sekretär des "Deutschen und Türkischen Kulturvereins in Braunschweig e.V.", vormalig "Türkischer Arbeiterverein in Braunschweig e.V." geworden. Seine Vorstandstätigkeit in diesen, allesamt legalen und eingetragenen, Vereinen wird ihm nun als Grund für die Verweigerung der Aufenthaltsberechtigung genannt. Die Ausländerstelle der Stadt Braunschweig schreibt im Protokoll über die Anhörung vom 24.11.1983: *Der "Türkische Arbeiterverein Braunschweig e.V." war Mitunterzeichner eines 1980 bekanntgewordenen Flugblattes zum 1. Mai. In dem Flugblatt heißt es unter anderem: "Denn der Sieg wird dem antifaschistischen Türkischen Volk gehören. Die Pflicht ist, diesen Bürgerkrieg, der unserem Volk angesagt ist, zu akzeptieren und sich zu organisieren. Die Gruppe "DEVIRIMCI YOL" (Revolutionärer Weg) macht dieses."*

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist davon auszugehen, daß der "Türkische Arbeiterverein Braunschweig e.V." (jetzt: Deutscher und Türkischer Kulturverein Braunschweig e.V.) eine Mitgliedsorganisation der "DEVIRIMCI YOL" darstellt oder zumindest aktiv diese türkische Organisation unterstützt. Nach dem Verfassungsschutzbericht 1982 gehört diese Gruppe zur extremistischen "NEUEN LINKEN" mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Aufgrund Ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verein bieten Sie nicht die Gewähr, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.

Aus diesem Grunde beabsichtigen wir, die beantragte Aufenthaltsberechtigung zu versagen." Am 21.12.83 folgte dann der Brief mit der tatsächlichen Ablehnung des Antrags auf Aufenthaltsberechtigung. Die Begründung fällt hier kürzer aus, aber jetzt wird M.A. ausdrücklich als "Mitglied einer politischen Gruppierung, die zur extremistischen 'Neuen Linken' mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung" gehört, bezeichnet - nach einer "Auskunft des Niedersächsischen Ministers des Inneren vom 12.10.83". Desgleichen stehe in dieser Auskunft, daß er nicht die Gewähr biete, daß er sich zur fdGO bekenne und für ihre Erhaltung eintreten werde. Dies wiederum bedeutet nach Auffassung der Ausländerstelle, daß man "nicht von einer Einfügung in das wirtschaftliche und soziale Leben sprechen könne". Deshalb: Keine

Also eine Fülle von Unterstellungen, mit denen einem unliebsamen Ausländer die Sicherung seines Aufenthaltsstatus verweigert werden soll. Dabei steht im Vordergrund die Unterstellung, M.A. sei Mitglied der "Devrimci Yol". Abgesehen davon, daß es eine Organisation "Devrimci Yol" in der Bundesrepublik gar nicht gibt, wird aufgrund eines Flugblattes vom 1. Mai 1980 die Mitgliedschaft oder Unterstützung des Kulturvereins Braunschweig in der "Devrimci Yol" konstruiert. (Bei der Einschätzung der "Devrimci Yol" in der Türkei deckt sich die Auffassung des Verfassungsschutzes mit der der faschistischen Militärjunta, die nahezu 10.000 angebliche Mitglieder dieser Bewegung vor den Militärgerichten angeklagt hat.)

Bezeichnend ist, daß der Kulturverein Braunschweig in der Hauptsache Friedensarbeit und Arbeit gegen Ausländerfeindlichkeit macht. Das besagte Flugblatt trägt noch nicht einmal die Unterschrift von M.A. Die Begründung der Ablehnung geht denn auch nicht mehr auf das Flugblatt ein, sondern beruft sich ausschließlich auf die pauschalen "Auskünfte" des Verfassungsschutzes.

M.A.'s politische Aktivitäten beschränken sich aber nicht auf die Arbeit im Kulturverein, sondern er ist außerdem Vertrauensmann der IG Metall bei MAN in Salzgitter und Mitglied des Ausländer-Arbeitskreises der IG Metall. Die Verweigerung der Aufenthaltsberechtigung für M.A. ist die konsequente Fortführung der Linie von Innenminister Zimmermann, die er in seiner Verbotserklärung gegen "Dev Sol" und "Halk Der" erklärte. In der Begründung für das Verbot spricht er von einer "zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik gerichteten Agitation extremistischer Organisationen". Als solche Bestandteile deutscher Politik werden dann aufgeführt:

- Die Bundesrepublik als NATO-Partner der Türkei
- Deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei
- Ausländerrecht und Asylpolitik

Dieser Fall ist also ein weiteres Beispiel dafür, daß die Wahrnehmung der für Ausländer sowieso beschränkten bürgerlichen Rechte, die ja doch eigentlich ein Anzeichen von "gelungener Integration" ist, mit Sanktionen belegt wird, die für einen Ausländer existenzbedrohend sind.

M.A. hat Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid eingelegt und wird nun gerichtlich klären lassen, ob ihm das Aufenthaltsrecht zusteht. Insbesondere fordert er aber auch Aufklärung darüber, wie der Verfassungsschutz zu seinen Informationen und Einschätzungen kommt. Wir werden über den weiteren Ver-

nach dem Betriebsverfassungsgesetz Zugang zum Betrieb, und er droht auch sofort, sich diesen Zugang polizeilich erzwingen zu lassen. Das verwirrt die Polizei vollends, und sie zieht schließlich ab - es war ja keine Hundertschaft von Detektiven, und die wäre nötig gewesen, um auf dem Betriebsgelände die Streikbrecher, Streikenden, "besucher" und Gewerkschaftssekretäre auseinanderzuklauben. Die Kollegen wärmen sich an den Tiegeln auf. Stolz erklären die Gießerei-Arbeiter den Besuchern den Produktionsvorgang. Sie sagen, daß das glühende Aluminium in den Tiegeln seit Streikbeginn auf 300 Grad gehalten werden muß, weil die Streikbrecher allein nicht abgiesen können.

schaftshaus nach Sindelfingen um. Ein nicht unwichtiger Aspekt: Die Leiharbeiter. Von Sklavenhältern hatte die Betriebsleitung zwei Dutzend Mann angefordert, die ab Donnerstag arbeiten sollten. Ahnungslos erschienen sie vor den Toren. Die Streikposten machten ihnen schnell klar, wozu sie angefordert worden sind: um als Streikbrecher zu fungieren. Einige solidarisierten sich sofort und sorgten gemeinsam mit den Streikposten dafür, daß schließlich alle eine so "gefährliche" Arbeit ablehnten. Am Donnerstagnachmittag zog die Streikmannschaft durch Stuttgart zur Verleiherfirma Randstad und rief: "Leiharbeiter = Streikarbeiter!" "Gott bewahre", versicherte der ehrbare Sklavenhändler vor der Presse: Solange der Streik dauert, werde kein Leiharbeiter mehr zu Kamm geschickt.

Die "Probe-Besetzung" hat die Betriebsleitung wieder an den Verhandlungstisch gezwungen. Am späten Abend wurde das Ergebnis unterschrieben: Die Kündigung des Betriebsrates Suat Gürses wird zurückgenommen. Keine Maßregelung und keine gerichtliche Verfolgung wegen des Streiks. Und etwas, was dem Kampf wirklich die Krone aufsetzt: Die zweistündige Betriebsbesetzung wird vom Kapitalisten bezahlt - als "Betriebsversammlung"! Nicht durchgesetzt werden konnte allerdings die Forderung nach der Entlassung des ausländerfeindlichen Betriebsleiters. Dennoch: Man kann sich vorstellen, wie zufrieden die Kollegen sich am Freitagmorgen vor dem Werkstor begrüßten.

Die Streikbrecher aber verstanden die Welt nicht mehr. Sie traten in Streik aus Protest gegen das Einigungsabkommen. Kleinlaut schickte sie die Betriebsleitung an die Arbeit.

### Fortsetzung von Seite 2

tall werden Polizei und Betriebsleitung gewarnt, daß die Streikposten in den Betrieb gedrängt werden könnten. Das klappt aber nicht: das Tor ist zu eng, die Blockierenden werden weggetragen. Zwei Dutzend Streikbrecher huschen hinter der Polizeigasse nach innen. Weitere Arbeiter wollen folgen, denn plötzlich sind alle "arbeitswillig". Das ist dem Personalchef aber nicht recht: Er sortiert und läßt die meisten ausländischen Kollegen durch die Polizei aussperrern. Glücklicherweise gibt es noch andere von Streikposten besetzte Tore. Sie werden geöffnet, und alles strömt



Betriebsbesetzung als "Betriebsversammlung"

Dann findet eine "Betriebsversammlung" in der Kantine statt: Solidaritätsadressen werden vorgelesen, von einer Veranstaltung der besetzten Firma Arendt im nahen Sersehim wird berichtet und über das weitere Vorgehen beraten. Nach zwei Stunden

rein. Lachend nehmen sie die Produktionshallen in Besitz. Die wenigen Streikbrecher drinnen verdrücken sich.

Als der Polizei zu dämmern beginnt, was da vor sich geht, läuft sie den Besetzern hinterher. Von der Betriebsleitung aufgefordert, die ungebeten Gäste rauszuwerfen, greift sie als ersten ausgerechnet einen Gewerkschaftssekretär an.

# Prozesse gegen Antifaschisten dauern

Seit dem 21.9.83 finden in Hannover mehrere Prozesse gegen Antifaschisten statt, die am 21.5.83 gegen ein Treffen des faschistischen türkischen "Idealistenvereins", Tarnorganisation der "Grauen Wölfe", in der hannoverschen Stadthalle protestiert hatten. Gegen 18 Demonstranten wurde bisher Anklage erhoben. Die Vorwürfe reichen von "Nötigung", "Körperverletzung", "Widerstand", "Landfriedensbruch" bis zu "versuchtem Totschlag". Die beiden Antifaschisten Hasan und Orhan Öner waren über sechs Monate lang in Untersuchungshaft unter dem völlig an den Haaren herbeigezogenen Vorwurf des versuchten Totschlags. Letztendlich wurde am 12. Verhandlungstag klar, daß die Anklage von Polizei und Staatsanwaltschaft konstruiert worden war. Die beiden Antifaschisten wurden freigelassen, ihr Prozeß aber dauert weiter an. Die lange "Untersuchungs"haft kam einer Vorabstrafung und Voraburteilung in bester polizeistaatlicher Manier gleich.

Der 21. Mai 1983

Die "Grauen Wölfe" hatten unter dem Deckmantel "hannoverscher Idealistenverein" (Mitglied der faschistischen Türkföderation) für den 21.5.83 einen Saal der Stadthalle gemietet, um angeblich einen "Sängerabend" durchzuführen. Etwa 200 westdeutsche und ausländische Antifaschisten demonstrierten für das Verbot der "Grauen Wölfe" und gegen die Vermietung städtischer Räume an die türkischen Faschisten. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Eingang der hannoverschen Stadthalle. In mehrstündigen Verhandlungen versuchten die Antifaschisten, Polizeipräsident Walzer sowie Oberbürgermeister Schmalstieg durch Vorlage umfangreicher Beweismittel zum Verbot der Veranstaltung zu bewegen. U.a. wurde ihnen ein Artikel der Frankfurter Rundschau vom 25.1.83 vorgelegt, in dem es heißt: "Die Türkföderation mit Sitz im frankfurter Gutleutviertel und ihre Kulturvereine sind eine Tarnorganisation der faschistischen "Grauen Wölfe". Dies erkannte der damalige Innenminister Eckehard Gries schon vor drei Jahren in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage." So schrieb auch die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 15.5.81: "Zu beweisen ist allerdings, daß Ağa (der Papst-attentäter, d.Verf.) in Deutschland Tausende von Gesinnungsgenossen hat; sie nennen sich Idealisten und haben mehr als 65 straff organisierte Vereine, die zusammengeschlossen sind in der Föderation der Idealisten in Europa mit der Zentrale in Frankfurt. Nach Angaben des Vorstandsmitgliedes Ramazan Öz hat die Föderation allein in der Bundesrepublik mehr als 50.000 Mitglieder. Ihre jungen Kämpfer dürfen sich Graue Wölfe nennen... Auf dem Gebiet der Bundesrepublik sind die Grauen Wölfe mehrmals an gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den hier lebenden Türken beteiligt gewesen. Hohe Gewerkschaftsfunktionäre wiesen wiederholt auf die Gefahr hin, die von der Tätigkeit dieser Gruppen ausgeht."

Trotz dieser Vorhaltungen lehnte Oberbürgermeister Schmalstieg nach eingehender Überlegung eine Entscheidung ab und verwies an den leitenden Angestellten der Stadthalle. Dieser berief sich auf den bestehenden Mietvertrag. Da Schmalstieg von der Möglichkeit, den städtischen Raum den Faschisten zu verweigern, keinen Gebrauch machte, muß man ihm unterstellen, daß er ein politisches Interesse an der ungehinderten Tätigkeit der "idealistischen" Wölfe hat. Polizeipräsident Walzer lehnte es ab, ein beantragtes Verbot der Veranstaltung zu erteilen. Die Zeit der Verhandlungen nutzte die Polizei, um umfangreiche "Beweisicherungsmaßnahmen" zu ergreifen. So wurden zwei Polizisten mit Kameras auf dem Dach

der Stadthalle postiert.

Gegen 15.30 Uhr gab Einsatzleiter Windel den Einsatzbefehl an die Polizei. Über Mßegaphon forderte er die Demonstranten auf, einen schmalen Zugang zur Glashalle freizumachen. Obwohl die Polizei die Möglichkeit hatte, die Grauen Wölfe über andere Eingänge in die Stadthalle zu bringen, verlangte sie die Räumung dieses einen Zugangs. Die Polizei versuchte dann gar nicht erst, einen schmalen Zugang zur Glashalle freizumachen, sondern griff von Anfang an die gesamte Demonstration mit Gummiknüppeln und Chemical Mace an. An diesem ersten Polizeieinsatz gegen die Antifaschisten, waren ca. 15 bis 20 Polizisten, die in loser Reihe vorgingen, beteiligt. Dieser erste Einsatz löste eine panikartige Flucht unter den Demonstranten aus. Einige Minuten später brachte die Polizei ca. eine Hundertschaft zum Einsatz, um die fliehenden Demonstranten bis in mehr als zwei Kilometer entfernte Stadtteile zu verfolgen. Polizeipräsident Walzer antwortete während des Einsatzes Ludwig List auf dessen Vorhaltungen wegen des brutalen Polizeieinsatzes: "Das war mal fällig." Mißhandlungen an Verhafteten, Verweigerung ärztlicher Versorgung der Inhaftierten und Verbot der Benachrichtigung von Anwälten durch die Polizei runden das Bild ab. Auf dem Teil der Straße, auf dem sich auch die Grauen Wölfe befanden, wurden Knüppel und ähnliches "gefunden". Die will die Polizei nun einzelnen Angeklagten unterschieben. Auf einer Pressekonferenz am nächsten Tag präsentierte die Polizei "Waffen" der Demonstranten: Taschenmesser und die Zeitung "Roter Morgen" mußten u.a. als "Hieb- und Stichwaffen" gehalten.

Bei der Bewertung des Polizeieinsatzes sind folgende Schlüsse offensichtlich:

- Der Polizeieinsatz beschränkte sich keineswegs darauf, den "Grauen Wölfen" Zugang zur Stadthalle zu verschaffen.

- Der erste Polizeieinsatz mit 15 bis 20 Polizisten hatte zum Ziel, die Auflösung der Demonstration von 200 Menschen zu ermöglichen. Es bleibt die Frage nach dem Grund für diese Art Polizeieinsatz, zumal mindestens eine weitere Hundertschaft zur Verfügung stand: Die Provozierung und Erzeugung von "Straftaten", bestens dokumentiert durch Polizeikameramänner auf dem Dach. Somit vor allem ein Schlag gegen die fortschrittlichen türkischen und kurdischen Antifaschisten, "der längst mal fällig war".

Verständlich wird das Verhalten von Schmalstieg und Polizei im Zusammenhang mit der Türkeipolitik der BRD. Als vor drei Jahren die türkische Militärdiktatur während eines (übrigens vorverlegten NATO-Manövers an die Macht putschte, flossen Tage später vorher verweigerte westliche Kredite problemlos. Anstatt der vielfach erhobenen Einstellung von Wirtschafts- und Militärlieferanten der BRD an die Türkei nachzukommen, wurde sie von der BRD ausgebaut. Zeitgleich mit dem Putsch in der Türkei setzten die drastischen Verschärfungen der Ausländer-, einschließlich der Asylpolitik in der BRD ein. Am 9.2.83 verbot das Innenministerium die revolutionäre türkische Organisation "Devrimci Sol" und den türkischen Arbeiterverein "Halk Der". In der Begründung schreibt Innenminister Zimmermann: "Die Ausländervereine orientieren ihre Aktivitäten überwiegend an den politischen Konflikt- und Krisensituationen der jeweiligen Herkunftsländer. Dabei beeinträchtigen sie die Sicherheit und wichtige innen- und außenpolitische Belange unseres Landes... Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gingen im wesentlichen von extremistischen Organisationen aus, deren Agitation sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik richtete: -Die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispart-

ner der Türkei, - deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei, - Ausländerrecht und Ausländerpolitik." Als Zimmermann am 21. Juli 83 von seiner Reise in die Türkei zurückkehrte, erklärte er: "Linke und rechte Terroristen werden wir vom Boden verschwinden lassen." Eben dieser Zimmermann verlangte im "Interesse einer guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet" die unverzügliche Auslieferung von Cemal Altun. Offensichtlich hat die "polizeiliche Zusammenarbeit" am 21.5. in Hannover funktioniert. Es steht auch zu befürchten, daß die Prozeßwelle Vorwände für weitere Verbote von Organisationen schaffen soll.

Bis jetzt sind fünf der laufenden Prozesse abgeschlossen. Zwei Antifaschisten wurden zu 20 Tagessätzen, einer zu 10 Tagessätzen verurteilt.

Bei einem wurde das Verfahren mit Geldbuße, bei einem anderen ohne Geldbuße eingestellt. Bei den abgeschlossenen fünf Prozessen handelt es sich nur um "Nötigung". Bei den anderen, noch laufenden Prozessen, liegen schwerere Vorwürfe vor.

## Deutsche Amtshilfe an türkische Junta

Nach Demonstration gegen die "Grauen Wölfe" in Hannover

+ AKTEN DER TÜRKISCHEN ANTIFASCHISTEN AN DIE TÜRKISCHE POLIZEI WEITERGELEITET

+ INTERNER ERLASS DES NIEDERSÄCHSISCHEN INNENMINISTERIUMS, DIE DEMONSTRANTEN AUSZUWEISEN

Während sich täglich die Verdachtsmomente verdichten, daß die sechs Ausländer in der Sylvesternacht im Berliner Abschiebeknast durch einen Brandanschlag vorsätzlich getötet wurden, ist die "Lösung" mit der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff das "Ausländerproblem" zu lösen versucht doch viel sauberer: die unerwünschten Antifaschisten werden abgeschoben und die Dreckarbeit überläßt man den türkischen Sicherheitskräften.

Damit aber auch gewährleistet ist, daß die Antifaschisten in der Türkei nicht ungeschoren davonkommen, werden die Polizeiakten gleich mitsamt frischer ED-Fotos an die türkische Polizei weitergeleitet. 80.000 politische Gefangene dürften gewährleisten, daß die dortigen Sicherheitskräfte ihr Handwerk verstehen und wissen, wie sie mit den Antifaschisten - sollte die Abschiebung gelingen - umzugehen haben.

Mehr durch Zufall kam jetzt heraus, was eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war: Ein interner Erlass des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff vom Juni 1983, in dem dieser die zuständigen Behörden Niedersachsens indirekt auffordert, 25 türkische und kurdische Antifaschisten abzuschubsen. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: "...zu prüfen, ob gegen den betreffenden Personenkreis nach § 10/1 Nr. 11 Ausländergesetz aufenthaltsbeendende Maßnahmen ergriffen werden können." Bei den zuvor namentlich auf-

geführten 25 Personen handelt es sich sämtlich um Kurden und Türken deren Personalien anlässlich einer Demonstration gegen die "Grauen Wölfe" am 21. Mai letzten Jahres in Hannover polizeilich festgestellt wurden. Gegen 14 dieser Personen wurden in diesem Zusammenhang Strafverfahren eingeleitet, die ebenso skandalös verlaufen (s. nebenstehenden Artikel)

Die neun anderen sind bisher in der BRD nicht "ausländerrechtlich in Erscheinung getreten" - wie es im korrekten Behördendeutsch hieß.



Der Weg ist frei für die Faschisten - freigezügelt durch die Polizei



Für die Betreuung der Angeklagten hat sich ein "Solidaritätskomitee 21.5." gebildet, dessen besonderes Ziel das Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen ist. Trotz der Einschüchterungsversuche gegenüber türkischen und kurdischen Oppositionellen wird die antifaschistische Arbeit in Hannover noch intensiver fortgeführt werden. Für die juristische Unterstützung der

Angeklagten braucht das Komitee nach wie vor dringend Geld. Die genaue Summe der zu erwartenden Prozeßkosten ist noch nicht überschaubar. Sie dürfte aber auf jeden Fall fünfstellig sein.

Spendenkonto: GABL-Rechtshilfe, E. Jordan, Kto.Nr.: 241 990 5500, Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover.

Einziger Anlass für die von Möcklinghoff gewünschten "aufenthaltsbeendenden Maßnahmen" könnte also die Teilnahme an der genannten Demonstration oder vielleicht ihre antifaschistische Einstellung (?) bieten. Zusätzliche Brisanz erhält dieser Skandal jedoch durch die Tatsache, daß augenscheinlich die polizeilichen Ermittlungsakten einiger der Betroffenen inzwischen an die türkische Polizei weitergeleitet wurden. So tauchten bei den Angehörigen von zumindest zwei der Hannoveraner Antifaschisten in der Türkei Polizisten auf, die diese aufforderten, ihre Kinder anhand von Fotos zu identifizieren. Dabei soll es sich sowohl um ED-Fotos handeln, die mit allergrößter Wahrscheinlichkeit von der Hannoveraner Polizei bei den Festnahmen nach der Demonstration im Mai 83 gemacht wurden, als auch um Polizei-Fotos von der Aktion selbst.

Darüberhinaus sollen in der Türkei sogar die deutschen Polizeiakten betreffend des Vorfalles aufgetaucht sein und zwar in Händen der türkischen Polizei, die die Mutter eines der Betroffenen zum Verhör bezüglich ihres Sohnes ins Polizeirevier bestellt hatten.

Während die türkischen Polizisten vorgaben, im Auftrag von "Interpol" zu handeln, leugnet die Hannoverische Polizei bisher die Weiterleitung von Fotos oder Akten an die türkischen Stellen.

- versteht sich - Solche "Amtshilfe" geschieht meist "vertraulich".

### Ausländergesetz

§ 10 Ausweisung  
(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn

.....  
11. seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt.

### Nachtrag zum Prozess

In der öffentlichen Verhandlung am 26.1.1984 hat der Staatsanwalt erklärt, die politische Polizei habe angefragt, ob die gesamten Lichtbilder von dieser Demonstration an den Landesverfassungsschutz und den Bundesverfassungsschutz weitergegeben werden könnten, zum Zwecke der "Auswertung". Der Staatsanwalt erklärte weiter, er habe hiergegen keine Bedenken erhoben.

## Les marcheurs « anti-racistes » entrent dans Paris



Hunderttausend Antirassisten in Paris

# „Frankreich ist wie ein Mofa, es braucht Gemisch, um vorwärts zu kommen“

— Großer Erfolg des „Marsches für die Gleichheit und gegen den Rassismus“

70 – 100.000 Menschen waren es, die am 3. Dezember 83 in Paris die 32 Marschierer „für die Gleichheit und gegen den Rassismus“ empfangen und sich an der Demonstration durch Paris beteiligten. Über 1.300 km hatten die Marschierer zu Fuß zurückgelegt, seit sie am 15. Oktober zu fünfzehn in Marseille losmarschiert waren. Damals hatte kaum jemand von ihnen Notiz genommen, weder die Presse noch gar die Parteien. Während des 6-wöchigen Marsches und durch die Arbeit der regionalen Unterstützungskomitees wuchs jedoch die Mobilisierung. Die Demonstration am 3.12. war schließlich ein voller Erfolg, und entsprechend war die Stimmung: „Kraushaar oder nicht – marschieren wir gemeinsam“, „Nein zum Rassismus“, „Nein, nein, nein zu Ausweisungen“, „Nur die Legion ist fremd“ (1).

### Erschreckendens Anwachsens des Rassismus in Frankreich

Hauptanlaß für den Marsch war das erschreckende Anwachsen rassistischer Übergriffe seitens der französischen Polizei und wildgewordener Franzosen vornehmlich gegen junge Ausländer – oder auch junge Franzosen, Kinder von Einwanderern, die aufgrund ihrer Haut- oder Haarfarbe von vielen als „Ausländer“ angesehen und dementsprechend behandelt werden.

Am 21. März 1983 war es bei einer Polizeirazzia in Minguette, einem Trabantenviertel von Lyon zu üblen Ausschreitungen der Polizei und der berichtigten CRS (vergleichbar dem BGS) gegen die dort wohnenden ausländischen Jugendlichen gekommen. Ende Juni wiederholte sich das gleiche in Courneuve – einem ebenfalls vorwiegend von Ausländern bewohnten Vorort von Paris. Am 21. Juni schließlich wurde, wieder in Minguette/Lyon, der Algerier Toumi Djaida von einem Polizisten durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Toumi war bereits das vierzigste Opfer schießwütiger Polizisten oder französischer Rassistinnen innerhalb von 2 Jahren. Bis heute sind es weit mehr: auch in den Monaten Juli und August wurden 2 algerische Kinder erschossen und 6 weitere verletzt, zum Teil von Polizeikräften. Im Oktober wurde ein algerischer Junge von seinem französischen Nachbarn erschossen, weil er sich durch „den Lärm des Jungen gestört fühlte“. In der Nacht vom 14. zum 15. November schließlich wurde ein junger Algerier, Habib Gmizi, im Schnellzug von Bordeaux nach Ventimiglia von drei betrunkenen Fremdenlegionären mißhandelt, gefoltert und aus dem fahrenden Zug geworfen. Die Leiche wies entsetzliche Spuren auf, keiner der Mitreisenden hatte eingegriffen. Neu ist dabei der Rassismus in Frankreich keineswegs. Bereits in den 60er und 70er Jahren kam es wieder-

holt zu rassistischen Ausschreitungen auch der französischen „Ordnungskräfte“, vor allem gegen die Magrebiner. So z.B. während des algerischen Befreiungskrieges. Nach dem Sieg der algerischen Befreiungsfront wurden viele Angehörige der OAS (französische Sondereinheiten gegen die FNL, berüchtigt wegen ihrer grausamen Foltermethoden) direkt in den Polizeidienst übernommen. Auch in den 70er Jahren kam es somit zu Mißhandlungen und Folterungen von Ausländern durch französische Polizeikräfte.

Besonders an dem derzeitigen Anwachsen des Rassismus in Frankreich ist vielmehr a) die teilweise Massenbasis, was sich niederschlägt in den Wahlerfolgen der Faschisten, b) daß sich dies unter einer Linksregierung abspielt und c) daß die Betroffenen und Opfer zum großen Teil einer anderen Generation angehören, in Frankreich großgeworden sind und sich anders verhalten (werden), als ihre Väter.

### Wahlerfolge der Faschisten

Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1983 waren der „Kampf gegen die Kriminalität“ und das „Ausländerproblem“ mit die beliebtesten Themen aller rechten Oppositionsparteien, deren „Lösungsvorschläge“ auch alle mehr oder weniger offen rassistisch waren. Bereits im März bei den Kommunalwahlen erhielt die faschistische „Front National“ (FN) von Le Pen im 20. Pariser Arrondissement 20 Prozent der Stimmen die Stadtversammlung schicken. Außer einen allgemeinen Bestürzung kam es zu keinerlei antifaschistischen Reaktionen oder Gegenmobilisierung. Dabei vertritt die FN offen faschistische und auch antisemitische Positionen: „Mit den Revolutionären an der Regierung diskutiert man nicht – man schlägt sie auf der Straße“ – „Geschlechtskrankheiten werden von den sozialen Parasiten, den Gastarbeitern, ins Land ge-

bracht.“ (Parteiführer Le Pen laut „liberation“ u. „Le Monde“ v. 19.9. zitiert nach AK 241) Doch der Wahlerfolg im März war nur der Auftakt. Unterstützt durch die rechten Massenmobilisierungen der Studenten im Frühjahr und die Demonstrationen rechter Polizeikräfte konnten die Rechten bei verschiedenen Nachwahlen auf Gemeinde- und Parlamentsebene weitere Erfolge verbuchen: im September gewinnt die FN in Dreux (2) 17 % der Stimmen. Daraufhin gehen die übrigen Rechtsparteien (PPR und UDF) ein Bündnis mit den Faschisten ein. In insgesamt fünf Trabantenstädten um Paris, von Arbeitern und Angestellten bewohnt, gewinnen die Rechten. Am 11. Dezember gewinnt Le Pen in seiner Heimatstadt Auray in der Bretagne wiederum 12 % der Stimmen. Bestimmende Themen sind jedesmal Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

### ... und das Verhalten der regierenden Linksparteien

Wenn überhaupt ist ihr Verhalten eher verhalten. Nicht zuletzt die Ausländer hatten sich von dem Wahlsieg der Linkskoalition PS/PC im Mai 81 eine deutliche Verbesserung ihrer Lage erhofft. Tatsächlich gab es einige Erleichterungen: alle Ausländer, die nachweisen konnten, daß sie vor dem 1.1. 1981 nach Frankreich eingereist waren und eine Arbeitsbescheinigung vorweisen konnten, konnten sich „legalisieren“ lassen, d.h. eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung bekommen. Weitere Verbesserungen waren die leichtere Gewährung von Asyl für politisch verfolgte und – teilweise – Schutz vor Auslieferung. Grundsätzlich hat sich jedoch an der Benachteiligung und Diskriminierung der Ausländer auch unter der PS/PC-Regierung nichts geändert. Weder hat es auch nur Schritte in Richtung einer seit langem geforderten rechtlichen Gleichstellung gegeben, noch sind PS oder PC in anderer Weise dem anwachsenden Rassismus öffentlich entgegengetreten. Im Gegenteil: beide beeilten sich zu beweisen, daß sie dem „Problem“ der „illigalen“ und „kriminellen“ Ausländer noch konsequenter zu Leibe rückten, als dies zuvor die Rechtsparteien getan hatten. So wurden z.B. die Einreisebestimmungen und Kontrollen verschärft: allein 1982 wurden 47.000 Nordafrikaner gleich an der Grenze zurückgeschickt, 27.000 Ausländer „ohne Papiere“ (ohne Aufenthaltserlaubnis) wurden nach Razzien zurückgeschickt (lt. AK 241).

Besonders ekelhaft waren die Versuche der PC, sich mit offen ausländerfeindlichem Auftreten ihrer sinkenden Wählerschaft nach rechts anzubiedern.

So wurde von der PC in dem Pariser Arbeiterviertel St.Denis vor dem Haus eines algerischen Jugendlichen, der beim Haschischverkauf erwischt worden war, eine Demonstration mit der Forderung seiner Ausweisung („kriminelle Ausländer raus“) organisiert; in einem weiteren Pariser Vorort – ebenfalls PC-regiert – ein Wohnheim für Malier abgerissen und 40 afrikanische Familien buchstäblich auf die Straße gesetzt. Anstatt also der wachsenden Ausländerfeindlichkeit politisch entgegenzutreten, beeilten sich diese Linksparteien zu beweisen, daß sie durchaus selbst in der Lage sind, ausländerfeindliche Maßnahmen durchzuführen. Während Polizei und Justiz immer härter gegen ausländische Jugendliche vorgehen, gehen rassistische Verbrecher straffrei aus oder werden mit geringen Strafen belohnt: „Mord an einem jungen Magrebiner in Lyon: 6 Monate Gefängnis, Diebstahl eines Autoradios durch einen jungen Magrebiner: 9 1/2 Jahre Zuchthaus!“ (Aus dem Flugblatt „die Justiz auf die Anklagebank“ des Organisationskomitees „Collectif des Jeunes“ in Paris). Auch nachdem 1983 ein deutliches Ansteigen des Rassismus offensichtlich war, verkündete die Staatssekretärin für „Familie, Bevölkerung und Ausländerfragen“, Georgina Dufoux, Ende August noch einmal neue Maßnahmen zur „Eindämmung der clandestinen Immigration“. Diese werden von der französischen Immigrantenzentrale „la Bafouille“ so kommentiert: „Die Regierung hat erklärt, ihre Politik habe zwei Achsen: Kampf gegen die clandestine Immigration und Sicherung der Position der legalen (ordnungsgemäßen) Ausländer. Wir haben das Gefühl, daß die Regierung, indem sie den ersten Punkt – Bekämpfung der clandestinen Immigration – zu sehr betont, riskiert, den Rassismus zu verstärken, den wir in den letzten Monaten unter der französischen Bevölkerung haben anwachsen sehen (Morde an Jugendlichen, Wahlen in Dreux ...)“

Die Maßnahmen von Georgina Dufoux sehen u.a. eine weitere Verschärfung der Grenzkontrollen, sowie besondere Besuchervisita und eine Meldepflicht auch für Touristen und Verwandtenbesuche vor.

### Der Marsch „für die Gleichheit und gegen den Rassismus“

Auslöser für den Marsch waren die Vorfälle in Minguette/Lyon. Nachdem Tuomi Djaida, Vorsitzender des SOS Ausländer-Selbsthilfe-Komitees von Minguette im Juni durch eine Polizeikugel verletzt im Krankenhaus liegt, macht er den Vorschlag, so einen Marsch zu organisieren. Die Idee wird aufgegriffen, und es bilden sich in verschiedenen Städten regionale Unterstützungskomitees. In Minguette selbst unterstützt der Priester Christian Delorme die Initiative, was sich zum Teil inhaltlich in Parolen von Gewaltfreiheit und Brüderlichkeit niederschlägt. In Paris bildet sich das „Collectif des Jeunes“, das diverse Ausländerkomitees verschiedener Pariser Stadtteile zusammenfaßt und wesentlich zur Verbreitung und Unterstützung des Marsches beiträgt. In ihrem Manifest heißt es:

„Der erste Marsch für die Gleichheit der Rechte und gegen den Rassismus auf Initiative des SOS Minguette hat es ermöglicht zu zeigen, daß wir Jugendliche, hervorgegangen aus der Immigration, unser Recht auf physische, moralische, politische und soziale Integrität fordern. Über unser Recht, hier zu leben, kann es auch keine Diskussionen geben, da wir das Recht, in Frankreich zu leben, sehr teuer, zu teuer, bezahlen. ... Im Frankreich der Krise – während die Immigranten aktiv zum Wirtschaftswachstum beitragen, sind wir vom politischen Leben ausgeschlossen, und es verbreitet sich ein rassistisches Klima, das es der

extremen Rechten ermöglicht, ... eine Zuhörerschaft für ihren Hetz-Wahlkampf zu finden. Aber diese Woge des Hasses hat die Linke auf ihrem Weg noch nicht getroffen, um sie einzudämmen. Schamvoll hat sie den „Tschador“ (Schleier) über ihre Prinzipien geworfen, indem sie das Wahlrecht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschiebt ... Im übrigen ist es so auch keineswegs verwunderlich, daß der „Mordsomme 83“, in dem mehrere junge Magrebiner unter den Kugeln gefallen sind, ... mit Schweigen bedacht wird. ... Das Problem für uns, die politischen Rechte zu erhalten, ist klar gestellt. Deshalb hat für uns die Forderung nach unserem Wahlrecht Priorität... Das, was wir wollen, Gerechtigkeit, Gleichheit und Respekt, darum werden wir nicht bitten, sondern wir erklären deutlich unsere Rechte, und die politischen Kräfte sollen daraus ihre Verantwortung ablesen. Wir nehmen uns selbst unsere Rechte ...“

Von vorneherein hatte der Marsch neben dem politischen Ziel einer allgemeinen Mobilisierung gegen den Rassismus auch konkrete Forderungen: das Wahlrecht für Ausländer eine einheitliche Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für 10 Jahre für alle, (bisher gibt es 3 verschiedene Aufenthaltsberechtigungen für 1, 3 oder 10 Jahre, außerdem diverse Einzelbestimmungen je nach Herkunftsland, was a) die Ausländer untereinander spaltet, b) alle Ausländer einer enormen Bürokratie und Willkür der Behörden und der Ausländerpolizei aussetzt) eine schärfere Verurteilung rassistischer Verbrechen und die Zulassung der Immigrantensorganisationen als Nebenkläger in diesen Verfahren.

### Am 15. Oktober in Marseille

sind es jedoch gerade 15 Marschierer, die Jugendlichen aus Minguette, die aufbrechen. Weder die Presse noch die politischen Parteien schenken ihnen auch nur Beachtung. Die Tür des „sozialistischen“ Bürgermeisters von Marseille bleibt für sie verschlossen. Auch nach 2 Tagen in Salon de Provence, ca. 80 km von Marseille ist es gerade eine Person, die die Marschierer empfängt. Nach und nach steigt jedoch das Interesse und die Unterstützung. Nach 14 Tagen Marsch – in Lyon – waren es schon 2.000, in Straßburg 1.500. Dort werden sie auch von Vertretern der Liga für Menschenrechte im Europarat empfangen. Über Lille, Amiens, Pointoise führt der Marsch in Richtung Paris. Über 2.000 Menschen schließen sich zeitweise dem Marsch an und marschieren ein oder zwei Etappen mit. Abends in den jeweiligen Städten werden in Kirchen oder Gemeindehäusern kleine Veranstaltungen abgehalten. Am 30. November erscheint in „Le Monde“ eine Erklärung zur Unterstützung des Marsches und gegen den Rassismus in Frankreich, die von ca. 700 Intellektuellen unterzeichnet wurde. Eine weitere Erklärung ist von geistlichen Führern aller 5 Konfessionen (katholisch, protestantisch, moslemisch, jüdisch und orthodox) verfaßt. Nachdem jedoch zunächst die PS in einem internen Rundbrief ihre Ortsverbände angewiesen hatte, „diese Initiative gebührend zu empfangen“ und zu unterstützen, konnten natürlich auch die anderen Parteien nicht nachstehen. So kam es, daß die Marschierer schließlich in allen Gemeinden – egal ob PS, PC oder von der rechten Opposition verwaltet, gebührend empfangen und mit Lebensmitteln versorgt werden.

### Am 3. Dezember in Paris

Als der Marsch schließlich Paris erreicht, ist aus der Gruppe der 15 Marschierer eine (inter)nationale Demonstration geworden. 50.000 Menschen haben sich an der Bastille versammelt, um die Marschierer zu empfangen. Über 2 Stunden hat sich der Zug durch Paris in Bewegung gesetzt, bis das Ende des Zuges den Platz an der Bastille verläßt. Während der Demonstration

# Staatenbeschwerde gegen Türkei zulässig!

Am 1. Juli 1982 legten Dänemark, Frankreich, Norwegen, Schweden und die Niederlande ihre Beschwerde gegen die Türkei bei der Menschenrechtskommission des Europarates ein. In dieser Anklage warfen die fünf Staaten der Türkei insbesondere Verletzungen der Artikel 3 (Verbot der Folter), 5 (Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person), 6 (Recht auf ein faires Gerichtsverfahren vor einem unabhängigen Gericht), 9 (Gedanken-, Meinungs- und Religionsfreiheit), 10 (Recht auf freie Meinungsäußerung) und 11 (Versammlungs- und Vereinsfreiheit) vor. Gleichzeitig lehnten sie das "Argument" der türkischen Generäle ab, es handle sich in der Türkei um eine Situation, bei der "eine Gefahr für das Leben der Nation vorhanden sei". Eine solche Situation ermöglicht nach Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) die Suspendierung bestimmter Rechte und Freiheiten im Kriegs- oder anderen Notstandsfällen.

Die Reaktionen aus der Türkei auf diese Beschwerde waren äußerst empört. Immer wieder betonte Juntachef Kenan Evren, daß er dieses Verfahren als inkompetente Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei betrachte, und daß die Türkei nicht auf Europa angewiesen sei. Mehr oder weniger offen erklärten die Generäle, sie seien durchaus auch in der Lage, selbst aus dem Europarat auszutreten, wie es die griechischen Obristen taten. Gleichzeitig aber wurde eine offizielle Antwort auf die Vorwürfe immer wieder hinausgezögert, die Türkei bat immer wieder um Aufschub für eine Stellungnahme, zuletzt im Oktober 1982 mit dem Hinweis auf die "Wahlen" im November. Am 20. April 1983 erklärten die Generäle allerdings schon, daß in der Türkei alles mit rechtsstaatlichen Dingen zugehe, und daß die neue Verfassung von 1982 alle in der EMRK festgeschriebenen Rechte und Freiheiten schütze.

Der Artikel 19 der Verfassung erhebe das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person zum fundamentalen Prinzip. Ebenso regule er die Bedingungen für einen Freiheitsentzug, und in der Verfassung seien genaue Fristen für die Vorführung eines Festgenomme-

nen vor einen Richter und die Information der Angehörigen eines Verfahrens festgeschrieben. Desweiteren gehen die Generäle auch auf die Ausnahmefälle ein und legitimieren sich folgendermaßen: "Nach dem Eingriff in der Türkei vom 12. September 1980 wurde die Frist der vorläufigen Festnahme (d.h. die Zeit, in der ein Festgenommener ohne richterlichen Beschluß inhaftiert werden kann; Anm. d. Ü.) als Ergebnis der außergerichtlichen Bedingungen, die das Land an den Abbruch der Teilung und des Ruins gebracht hatten, auf 90 Tage verlängert. Während der Phase direkt nach dem Eingriff sah sich die

Regierung, unter dem Druck der hohen Zahl der Verhaftungen, die ein Ergebnis des erfolgreichen Kampfes gegen Anarchie und Terror waren, vor zwei Möglichkeiten gestellt: entweder Sondergerichte zu installieren, oder die Phase der vorläufigen Festnahme vorübergehend zu verlängern. Die türkische Regierung berücksichtigt die ersten Bedenken bei der Errichtung von Sondergerichten und entschied sich für die zweite Alternative der Verlängerung der Frist der vorläufigen Festnahme. Dies war eine zeitlich begrenzte Lösung und, mit der folgenden Abnahme der Verhaftungen wurde dann diese Frist auf 45 Tage herabgesetzt. Zur Zeit ist die Frist der vorläufigen Inhaftierung von Personen, die ohne richterlichen Beschluß festgenommen oder inhaftiert werden, wiederum zeitlich begrenzt, auf 30 Tage begrenzt, und diese Frist kann in Fällen absoluter Notwendigkeit um weitere 15 Tage verlängert werden. Mit der Wiederherstellung der völligen Ordnung und dem normalen Zustand im Land wird das entsprechende Gesetz der Verfassung natürlich angewendet werden." Nach diesem ausführlichen Legitimierungsversuch heißt es dann aber, daß all diese Dinge ja nur in Ausnahmefällen zutrafen, in der Praxis genieße jeder Festgenommene die in der Verfassung festgelegten Garantien. Jeder Festgenommene werde sofort über die Gründe der Festnahme informiert, die Angehörigen ebenfalls sofort benachrichtigt, und jeder Festgenommene könne Kontakt mit Anwalt und An-

gehörigen haben. Daß dies eine glatte Lüge ist, beweisen schon die Anklageschriften in den Massenprozessen, aus denen klar hervorgeht, daß die Fristen der Inhaftierung ohne richterlichen Beschluß in jedem Fall voll ausgeschöpft, ja in vielen Fällen sogar noch überschritten wurden, wie z.B. im Verfahren gegen die Minenarbeiter von Yeni Celtek, wo viele Angeklagte länger als 100 Tage ohne Richterbeschluß inhaftiert wurden.

Zum Vorwurf der Folter heißt es wieder einmal, die Folter sei ja gesetzlich verboten und gegen Folterer würde vorgegangen, sie würden streng bestraft. Wahrscheinlich wie der Polizist Mustafa Haskiris, der zwar wegen Folter zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde, jedoch kurz vor der Urteilsverkündung aus der U-Haft entlassen wurde und natürlich verschwand.

Im übrigen tue man alles für das leibliche Wohlergehen der Gefangenen, obwohl es dabei große materielle Schwierigkeiten gebe: "Der sprunghafte Anstieg der Zahl der Festnahmen nach dem 12. September 1980,

als Ergebnis effektiver polizeilicher Maßnahmen bei der Wiedereinführung von 'law and order' in das Land, zusammen mit der begrenzten Zahl von Gefängnissen..." Außerdem werde auch alles getan, um Selbstmorde in den Gefängnissen zu verhindern.

Im übrigen habe die Türkei eine lange Tradition als Rechtsstaat! Der Europarat ließ sich aber offensichtlich auch von dieser plumpen Stellungnahme nicht beeindruckt und nahm am 1.10.1983 die Entschließung des Türkei-Berichterstatters Steiner an und erklärte, die türkischen Parlamentarier sollten auch nach den "Wahlen" nicht in den Rat aufgenommen werden. Man erklärte, die Wahlen seien nicht demokratisch zustande gekommen und betonte die Möglichkeit, dem Ministerrat im Januar 1984 den Ausschluß der Türkei zu empfehlen. Dieser Beschluß fiel zeitlich in den Wahlkampf in der Türkei, sodaß sich auch die Parteiführer zu einer Stellungnahme genötigt fühlten. So erklärte Turgut Sunalp (MDP) die Mitglieder des Europarates schlicht zu Leuten, die unbedarft mit "Vaterlandsräh-

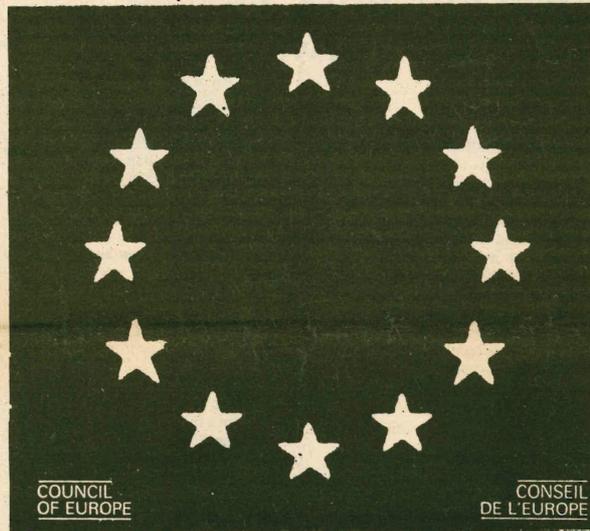
tern und Staatsfeinden" zusammenarbeiten und somit Terror und Anarchie der internationalen Linken unterstützen. Die Türkei werde ihren Weg gehen, und "Ausländer und die Verräter, die mit ihnen zusammenarbeiten, haben dabei kein Mitspracherecht".

Necdet Calp, Vorsitzender der Populistischen Partei (HP), zeigte sich insbesondere beleidigt, daß man nicht bis nach den "Wahlen" mit einem Beschluß gewartet hatte. Juntachef Evren aber ist sich vollkommen sicher, daß der Europarat die Türkei gar nicht ausschließen kann und weist dabei auf die internationalen Zusammenhänge hin, die die internationalen Gremien tatsächlich bisher von effektiven Sanktionen gegen die Türkei abgehalten haben:

"Erstens kennt der Europarat die Kraft und Macht der türkischen Streitkräfte, der türkischen Armee. Zweitens sieht der Europarat es als seine Pflicht an, wie schon zu Zeiten des Osmanischen Reiches, auch wieder in den letzten Tagen sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Wenn wir aus dem Europarat ausgeschlossen werden, dann können sie uns nicht mehr unter Druck setzen. Um diesen Druck ausüben zu können, haben sie keinen Mut, die Türkei aus dem Europarat auszuschließen. Aber ich will noch einmal sagen, daß die türkische Republik ihre Existenzberechtigung nicht aus ihrer Mitgliedschaft im Europarat ableitet. Die türkische Republik hat vor dem Europarat existiert und wird existieren, auch ohne den Europarat." (türkei infodienst Nr. 66).

Nach der Erklärung der Zulässigkeit der Staatenbeschwerde durch die Menschenrechtskommission gab es noch keinen Kommentar aus der Türkei. Die Kommission prüft z.Zt. die Möglichkeit der Entsendung von Delegationen zur Untersuchung der Wahrung der Menschenrechte in der Türkei.

Nachtrag: Bei seiner ersten Pressekonferenz am 7.1.1984 erklärte Ministerpräsident Turgut Özal, daß die Türkei sich auch aus dem Ministerrat zurückziehen könnte, falls die türkischen Parlamentarier nicht in die Parlamentarische Versammlung aufgenommen würden. Außerdem könnte es auch "unausweichlich für uns werden, unsere Beziehungen zum Europarat ganz abzubrechen."



Fortsetzung von Seite 5

durch Paris wächst die Zahl der Teilnehmer auf 70 - 100.000 an. Vorn die Gruppe aus Minguette und das "Collectif des Jeunes" gefolgt von den Müttern und Angehörigen, die die Bilder der jungen Magrebiner tragen, die Opfer rassistischer Morde wurden. Danach der nicht enden wollende Zug. Organisatoren und Teilnehmer sind selbst vom Erfolg der Demonstration überrascht, die Stimmung ist ausgezeichnet. Zu Tausenden sind die Emigranten-Jugendlichen aus den Trabantstädten - den Ausländerghettos - nach Paris gekommen. Für viele von ihnen ist es die erste Demonstration. Obwohl natürlich auch viele Franzosen, die "traditionelle" Linke und die "neue" Linke und Ausländerkomitees sämtlicher Herkunftsländer teilnehmen, ähnelt die Demonstration überhaupt nicht dem üblichen Bild Pariser Demos. Mitten im Zug heben sich einige Reihen gewerkschaftlich organisierter Automobilarbeiter von Renault mit Transparenten ab. Doch auch sie sind Emigranten - die der ersten Generation, die Väter derer, die diesen Marsch organisieren und die absolute Mehrheit dieser Demonstration stellen. Bestimmt wird der Zug von den jungen Magrebindern (den "beurs" wie sie sich selbst in einer Slang-Abwandlung des Wortes "arabes" nennen), die sich bisher in den Ghettos dem Rassismus ausgesetzt höchstens individuell gewehrt und sich aus "der Politik herausgehalten" hatten.

Wenige Transparente, dafür Trommeln und lautstarke Parolen prägen die Demo. Vor dem Militärkrankenhaus von Val de Grace hält der Zug eine Schweigeminute

für Habib Grimzi, jenen Algerier, der im November - also schon während der Marsch stattfindet - im D-Zug gefoltert und getötet worden war.

### Versprechen der Regierung!

Angeht dieser Mobilisierung konnte natürlich auch die linke, gewerkschaftliche und politische Prominenz nicht fehlen: Edmond Maire, Vorsitzender der CFDT, Hugette Bouchardeau, PSU-Vorstand und Staatssekretärin für Fragen des Umweltschutzes, Alain Krivine, LCR, und die Regierungsmitglieder Jack Lang, Claude Chesson sowie Georgina Dufoix. Letztere - obwohl selbst verantwortlich für die Maßnahmen des 30. August - läßt es sich nicht nehmen, auf der Abschlußkundgebung zu sprechen: "Die Re-

gierung von Frankreich heißt Euch willkommen...", "Ich werde Euch niemals im Stich lassen". Allerdings ist ihr Rederecht nicht unumstritten, und sie wird von Sprechchören ("die Emigranten reden für sich selber") unterbrochen. Neben einigen vagen Zusagen (s.u.) verkündet sie, daß eine Delegation der Marschierer von Staatspräsident Mitterrand im Elyseepalast erwartet wird. Mitterrand wiederholt dann der 8-köpfigen Delegation in warmen Worten den Glückwunsch der Regierung, daß es ihnen mit dem Marsch gelungen sei, ein Zeichen gegen den Rassismus zu setzen. Was die konkreten Forderungen des Marsches angeht, so macht er folgende Zusagen: - die einheitliche Aufenthaltsgenehmigung (die gleichzeitig Arbeitsgenehmigung ist) mit 10-jähriger Gültigkeit wird "in absehbarer Zeit, nach

und nach für alle Emigranten, die sich in Frankreich aufhalten und in geregelter Situation sind", eingeführt werden.

- die rassistischen Gewaltverbrechen sollen nach einem neuen Gesetz als besondere Straftat geahndet werden, wobei die antirassistischen Organisationen als Nebenkläger auftreten können. Laut Kommentar des MRAP (Bewegung gegen den Rassismus und für den Frieden) gibt es zu diesem Punkt allerdings von Regierungseite noch überhaupt keine konkreten Vorschläge oder Gesetzesinitiativen. - das Wahlrecht für Ausländer ... "hat ihn auch schon immer beschäftigt" ... "ich habe es nicht Soweit die Versprechen von Mitterrand (alle Zitate nach liberation v. 5.12.1983).

### Und wie weiter?

Das "Collectif des Jeunes" - Hauptorganisator des Marsches für den Pariser Raum - gibt sich am Tag nach dem Marsch aufgrund des Erfolges sehr selbstbewußt: "Natürlich, eigentlich müßten all diese Leute jeden Tag zur Stelle sein. Aber eins ist sicher: Jetzt wird nichts wieder wie vorher sein. Wir wissen, daß wir Tausende von Menschen für die Idee des Antirassismus mobilisieren können. ... Auch die Franzosen haben begriffen, daß wir eine Kraft darstellen." (dieses und alle folgenden Zitate aus einem Interview in "Libe").

Über die Zusagen der Regierung und von Georgina Dufoix machen sie sich keine Illusionen: "Man wird die Regierung an ihren Taten beurteilen" ... (Georgina Dufoix) "... hat eine Rede gehalten, aber wir scheißten auf Reden. Davon haben wir genug. Wir wollen konkrete

Fakten." Auf die Gefahr angesprochen, von den Politikern vereinnahmt zu werden: "Welche Vereinnahmung? Die Marschierer haben die Politiker vereinnahmt und nicht umgekehrt." ... "Seit wir begriffen haben, daß wir auf nichts zählen dürfen, außer auf unsere eigenen Kräfte, ist alles möglich geworden. Wir sind schließlich zu einem Ergebnis gekommen, indem wir alle offiziellen Organisationen, von denen wir nie etwas hätten erwarten sollen, beiseite gelassen haben. In Wirklichkeit haben sie nie etwas getan. Jedesmal, wenn wir versucht haben, über sie etwas zu erreichen, sind wir gescheitert..."

Für das Frühjahr 1984 steht zunächst eine intensive Kampagne zur Justiz bevor. Es werden einige rassistische Gewaltverbrechen-Prozesse stattfinden, zu denen das "Collectif" versuchen wird, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Zu diesem Thema fand bereits am Tag vor der Demo, am 2.12.83, in Paris eine Veranstaltung unter dem Thema "die Justiz auf die Anklagebank" statt, zu der auch mehrere demokratische Anwalts- und Juristenorganisationen aufgerufen hatten, sowie die Menschenrechtsliga.

Wir werden weiter über die Aktivitäten der Emigrantenbewegung berichten.

### Anmerkungen:

- (1) bezogen auf den Mord an einem jungen Algerier durch Angehörige der Fremdenlegion (legion etrangere) s.u. und das Wort "etranger" = Fremder im Französischen für Ausländer/Gastarbeiter
- (2) Arbeitervorstand von Paris, bisher von Linken registriert "clandestin" = versteckt



# „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“

Mit dieser Parole ging die NPD schon vor Jahren auf Stimmenfang. Alle etablierten Parteien wiesen das weit von sich; die Holzhammerargumente der NPD waren aber gut geeignet, um sich selbst nachdrücklich von „Ausländerfeindlichkeit“ abzugrenzen. Im Zusammenhang mit der Abfindungsaktion für Ausländer bei Mannesmann fiel mir die alte NPD-Parole wieder ein. Nicht zufällig.

Von Unternehmen ist inzwischen eine ganze Palette von Maßnahmen entwickelt worden, mit denen Belegschaftsabbau „weich“, d.h. ohne größere Konflikte, durchgeführt werden können. Die berühmte 59er-Regelung, Sozialpläne für über 55-jährige oder Abfindungsaktionen gehören dazu. Die Betroffenen wägen individuell die Vor- und Nachteile gegeneinander ab und treffen ihre Entscheidung. Ihnen mag das Ausscheiden attraktiv erscheinen, für das Unternehmen ist die angepeilte Belegschaftsreduzierung wichtig. Im Grunde genommen erkaufst sich das Unternehmen von den Beschäftigten den „sozialen Frieden“ für den Arbeitsplatzabbau.

Vorausgesetzt wird dabei, daß die Belegschaft die Reduzierung als unabänderlich akzeptiert. Kampf um jeden Arbeitsplatz? „Da kann man doch nix machen“, Achselzucken. Dann bleibt nur noch die Frage, wen es trifft. Mit ihren „Angeboten“ knüpfen die Unternehmen an vorhandene Interessenlagen und Denkstrukturen an. Ältere sind z.B. oft so kaputt malocht, daß sie froh sind, mit einigen tausend Mark der Knochenmühle rauszukommen. Mannesmann bot zuletzt 1982/83 Abfindungen für freiwillig ausscheidende Ausländer an, die bis zu 24.000 DM betragen. Ungefähr 50 Kollegen machten davon Gebrauch. Aber schon damals haben einige Deutsche geschimpft, daß „die Türken das Geld nachgeschmissen kriegen“. Seit Dezember 83 versucht Mannesmann nun massiv, ausländische Kollegen zum „freiwilligen“ Ausscheiden zu bewegen. Zunächst wurde ein „Personalüberhang“ von 1000 Leuten festgestellt. Durch normale Fluktuation und Ausscheiden über Montan-Union-Vertrag für Ältere sollen 400 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die restlichen 600 sollten durch ein „Angebot“ an die ausländischen Kollegen eingespart werden. Wenn nicht so viele Ausländer „freiwillig“ gehen, seien Entlassungen notwendig. Sollten aber mehr als 600 die Abfindung annehmen, ist vom Unternehmen die zusätzliche Übernahme von Lehrlingen nach der Ausbildung in Sicht gestellt worden.

Das „Angebotpaket“ für die ausländischen Kollegen ist geschickt geschmürt. Alle wurden zur „Beratung“ ins Personalbüro bestellt und erhielten dort einen Computerausdruck über die Geldsumme, die sie bekommen konnten. Dabei wurde aber nicht nur der Betrag angegeben, den Mannesmann zahlt (je nach Betriebszugehörigkeit und Bruttoverdienst um 40.000 DM). Ebenfalls aufgeführt war die staatliche Rückkehrförderung und der Arbeitnehmeranteil aus der Rentenversicherung (damit gekoppelt auch eine Pauschale zur Abgleichung der Betriebsrente), den sich die Ausländer beim Verlassen der Bundesrepublik auszahlen lassen können. Dadurch kamen teilweise Gesamtsummen von über 100.000 DM zustande. Solche Zahlen können so manchen blenden. Mannesmann nützt auf diese Weise die Möglichkeiten aus, die durch die Verabschiedung des „Gesetzes zur Rückkehrförderung von Ausländern“ von der Regierung bereitgestellt wurden. Nach diesem Gesetz erhalten Ausländer aus Nicht-Eg-Ländern, die durch Konkurs oder Stilllegung arbeitslos geworden sind oder ein halbes Jahr vor Antragstellung Kurzarbeit gemacht haben, eine Rückkehrförderung von 10.500 DM,

wenn sie mit ihrer Familie die BRD verlassen. Das muß allerdings innerhalb von 4 Wochen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit geschehen. Für jeden Monat, den sie später gehen, wird die Rückkehrförderung um 1.500 DM gekürzt. Außerdem wird für jedes Kind eine Pauschale von 1.500 DM als Ersatz für das Kindergeld gezahlt. Die Summe von 10.500 DM wurde festgesetzt, weil laut Bundesanstalt für Arbeit im statistischen Durchschnitt Ausländer ein Arbeitslosengeld von 1.500 DM für eine Dauer von 7 Monaten beziehen. Die Rückkehrförderung soll also pauschal das Arbeitslosengeld ersetzen, auf das der rückkehrende Ausländer verzichtet. Das ist kein Geschenk oder eine Prämie, wie einige Deutsche fälschlicherweise meinen, sondern ein Anspruch, den sich der ausländische Kollege durch seine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erworben hat. Es kann sein, daß er mit den 10.500 DM sogar ein schlechtes Geschäft macht, denn das Arbeitslosengeld kann durchaus mehr als 1.500 DM betragen, und die Anspruchsdauer beträgt ein Jahr. Im übrigen kostet allein der Umzug des gesamten Haushalts in die Türkei je nach Haushaltsgröße und Entfernung um 6.000 bis 8.000 DM. Durch das Gesetz wurde außerdem die Möglichkeit zur Auszahlung der Arbeitnehmeranteile aus der Rentenversicherung geschaffen. Auch hier also: kein Geschenk, sondern selbst aufgebracht Geld. Und die Arbeitgeberanteile bleiben in den Rentenkassen.

Um dieses Gesetz ist viel Rummel gemacht worden. In einer wenig informierten Öffentlichkeit entstand der Eindruck, „die Ausländer“ bekämen irgendetwas geschenkt; jetzt sollten sie dieses Geschenk aber auch annehmen und endlich abhauen. Tatsächlich rechnet die Bundesregierung wegen der zeitlichen Begrenzung des Gesetzes (bis 30.6.84) und den definierten Voraussetzungen nur mit 20.000 Antragstellern für die Rückkehrförderung. Wenn trotz dieser geringen Zahl soviel Aufhebens um die ganze Angelegenheit gemacht wird, so liegt die Vermutung nahe, daß die oben skizzierten Reaktionen der Öffentlichkeit einkalkuliert wurden. Anders ausgedrückt: dieses Gesetz schürt Ausländerfeindlichkeit – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Die Rückkehrförderung ist nichts anderes als eine „Hau ab“-Prämie.

Daß diese Rechnung aufgeht, zeigt das Beispiel Mannesmann. Die Firmenleitung stellt „Personalüberhang“ fest und winkt mit dem Zaunpfahl Entlassungen. Das „Angebot“ für die Ausländer wird so zum Rettungsring für die deutschen Kollegen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Plötzlich scheinen die ausländischen Kollegen dafür verantwortlich zu sein, ob Deutsche entlassen werden oder nicht. „Wenn's die Türken trifft, bin ich gerettet“ lautet die trügerische Hoffnung vieler Kollegen, die sich längerfristig als Illusion erweisen wird. Die „Rettesich-wer-kann“-Mentalität, Produkt jahrzehntelanger Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik, schlägt voll durch.

Im Fall der ausländischen Kollegen zeigt sich zudem deutlich, daß sie von den meisten Deutschen nur als zeitweilige Arbeits-Gäste in diesem „unserem“ Lande geduldet werden und wurden. Jetzt werden die Rufe lauter: „Die sollen doch nach Hause abhauen!“ Die großen Summen heizen die Stimmung zusätzlich an. Schimmert es da nicht durch: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“? Diese vorhandenen Ressentiments waren der Ansatzpunkt für Mannesmann. Geschickt wurde an der vorhandenen Spaltung in der Belegschaft angesetzt, und diese Spaltung durch das Gespann Entlassungsdrohung / Abfindungsangebot ver-

tieft. Auch der Betriebsrat wird mit der Entlassungsdrohung und der Aussicht auf Übernahme von Lehrlingen unter Druck gesetzt. In dieser Situation zieht er sich mit Hinweis auf die „freiwillige“ Entscheidung der ausländischen Kollegen zurück. Nur von der Auszahlung der Rentenversicherung wird ihm abgeraten. „Wenn wir sagen: Nehmt das Geld nicht!, und die Kollegen werden später rausgeschmissen, kriegen wir dann die Vorwürfe gemacht!“ Ist die ganze Angelegenheit im Vorfeld der Betriebsratswahlen und angesichts zunehmender Ausländerfeindlichkeit bei den deutschen Kollegen ein zu heißes Eisen?

Ein anderes Verhalten würde ein Konzept gegen Arbeitsplatzabbau voraussetzen. Das existiert ebenso wenig wie eine kämpferische Belegschaft, die ein solches Konzept solidarisch unterstützen könnte. Da hilft auch die Aufforderung des IG-Metall-Vorstandes an die Betriebsräte und Vertrauensleute nicht, die den ausländischen Kollegen von der Inanspruchnahme der Rückkehrförderung abraten sollen. Diese Aufforderung und die Charakterisierung des Rückkehrförderungsgesetzes als „Fortsetzung der Rausschmiß-Politik der Bundesregierung“ sind ohne Grundlage eines solidarischen Kampfes um Arbeitsplätze nur verbalradikale Erklärungen. Wo kollektive Gegenwehr nicht entwickelt wird, ist individuelles Reagieren die einzig möglich erscheinende Alternative.

Und so spielen auch die ausländischen Kollegen das „Rettesich-wer-kann“-Spiel mit. Im Vorfeld der ganzen Aktion wurden sie reihenweise zum Deutsch-Diktat bestellt, ihre „mangelnde Qualifikation“ festgestellt, und mit dieser Begründung wurde ihre Versetzung in den Einsatzbetrieb vorgenommen. Dort wird Dauer-Kurzarbeit gefahren, und bei den erwarteten Stilllegungen von Betriebsteilen steht der Einsatzbetrieb ganz oben auf der Liste. Mannes-

zeitlichen Druck gesetzt durch die kurze Frist von etwa 4 Wochen, in der sie sich entscheiden mußten, sonst gab's weniger Geld. Mit dem gleichen Mechanismus drängt auch das staatliche Gesetz zur Rückkehrförderung auf eine schnelle Entscheidung. Viel Zeit zur Abwägung der Vor- und Nachteile wird also nicht gelassen. Und so schieben sich andere Faktoren bei der Entscheidungsfindung in den Vordergrund, z.B. die enttäuschten Erwartungen. Denn der Lack vom gelobten Land „Almanya“ ist ab. Die Erfahrung von Diskriminierung und Benachteiligung in der BRD läßt die Heimat in neuem Glanz dastehen: die Rückkehr wird zur Perspektive. Mit dem Geld in der Tasche scheint der Aufbau einer eigenen Existenz möglich. Daß durch die Auszahlung der Rentenversicherung die Alterssicherung futsch ist, wird ebenso zweitrangig wie alles Wissen über Inflation und Massenarbeitslosigkeit in der Türkei. Sie haben die Nase voll, wollen weg: rette sich wer kann! Ergebnis: eine Woche vor Ende der Frist sollen schon 800 ausländische Kollegen die Aufhebungsverträge unterschrieben haben.

Mannesmann ist kein Einzelfall: Thyssen führt eine Abfindungsaktion bis zum 29.2.84 durch, bei der die betriebliche Abfindung bis zu 30.000 DM betragen kann. Obwohl die Aktion formell für Ausländer und Deutsche gilt, sind offensichtlich nur die ausländischen Kollegen gemeint. Denn im Aushang der Personalabteilung wird ausdrücklich auf die zusätzlichen Möglichkeiten des Rückkehrförderungsgesetzes hingewiesen. Und bei einer ähnlichen Aktion im Vorjahr haben 169 Belegschaftsangehörige unterschrieben: 168 Ausländer und eine deutsche Frau.

Der stellvertretende Arbeitsamtsdirektor hat nach einem Gespräch mit Vertretern der Duisburger Großunternehmen verlaun lassen, daß die angeschlagene Stadtstadt Duisburg wohl ein Zentrum der Inanspruchnahme der Rückkehrförderung sein wird. Die Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Unternehmen beim Ausländer-Loswerden klappt also offensichtlich.

Auch die Ruhrkohle-AG „will Türken die Heimreise erleichtern“ (so die Überschrift in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, 11.1.84). Mit einem Durchschnittsbetrag von nur 7.000 bis 8.000 DM Abfindung hofft

und entsprechende Aktionen des Protestes dagegen entwickelt werden können. Wir wollen nicht erst wieder reagieren, wenn ein anderer Ausländer seine Lage nicht mehr ertragen kann. .... Uns ist bis jetzt keine andere Anlaufstelle dieser Art bekannt. Es ist aber unbedingt wichtig einen Überblick zu bekommen, da die Dunkelziffer oder die Anzahl der überraschenden Abschiebungen/Auslieferungen nach unseren Erfahrungen sehr groß ist. Es sollten darüber Strukturen entstehen, die bundesweit in der Lage sind, erforderliche Informationen schnell weiterzuleiten, so daß andere Gruppen, Initiativen, Abgeordnete etc. damit öffentlich arbeiten können. ...“ (aus dem Aufruf zur Einrichtung des Büros)

Als ersten Schritt hat die Arbeitsgruppe eine Dokumentation zu den letzten Fällen von Abschiebungen und Auslieferungen aus der BRD erstellt (s. nebenstehende Anzeige)

Das bundesweite Arbeitstreffen soll den folgenden Ablauf haben:

**ORT:** in der „MOTTE“, Rothestr.50 Hamburg-Altona

**ZEIT:** Samstag 11.2.84 14 - 20 Uhr, falls erforderlich Fortsetzung Sonntag, 12.2.84 10 - 14 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung:

- Vorstellung der bisherigen Arbeit,
- Aufgaben und Ziele eines Informationsbüros
- Aufbau eines Info-Netztes und weitere Zusammenarbeit
- Finanzierung, Förderung und Einrichtung eines Beirates.

Kontaktadresse und Anmeldung über Franz Scheurer, c/o DAAG, Wallgraben 37, 21 HH 90 Telefon: 040/ 77 08 73

## Informationsbüro zum Schutz gegen Auslieferung und Abschiebung

Zu einem bundesweiten Arbeitstreffen gegen Auslieferung und Abschiebung lädt eine Arbeitsgruppe des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses am 11.2.1984 nach Hamburg ein.

Ziel des Treffens soll es sein, eine bundesweite Zusammenarbeit aller interessierter Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich gegen Auslieferungen und Abschiebungen einsetzen, zu organisieren und das Projekt des Informationsbüros vorzustellen.

In den vergangenen Monaten sieht sich die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und in Westberlin einer zunehmend brutaleren Ausländer - Raus - Politik der Bundes- und Länderregierung/ gegenüber. Flüchtlinge aus diktatorischen Staaten werden unter fadenscheinigen Vorwänden angeberlicher Straftaten in ihre Verfolgerstaaten ausgeliefert oder wie C.K. Altun in den Tod getrieben. Das Asylrecht wird damit endgültig außer Kraft gesetzt.

Die jetzt schon menschenverachtende Praxis der behördlichen Verhinderung des Familiennachzuges und der Abschiebung von arbeitslos gewordenen kranken oder sozialhilfebedürftigen Ausländern soll nach den staatlichen Plänen noch weiter verschärft werden u.a. durch die weitere Einschränkung des Nachzugs von Ehegatten und Kindern und durch die Verschärfung von „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen“. Mit den entsprechenden gesetzlichen Veränderungen ist noch 1984 zu rechnen.

Die Zahl der Ausländer, die dann gegen ihren Willen die BRD verlassen müssen, ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren oder auf Grund politischer Verfolgung um ihr Leben fürchten müssen, wird dann noch erheblich ansteigen.

Angesichts der zunehmenden Zahl solcher Verfahren und der Notwendigkeit einer rechtzeitigen und umfassenden Unterrichtung aller derjenigen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die bereit sind, sich gegen diese Zwangsmaßnahmen einzusetzen und ihr Durchführung zu verhindern, bedarf es dringend einer Stelle, von wo aus die entsprechenden Informationen gesammelt und schnell an alle Interessenten im gesamten Bundesgebiet und Westberlin weitergegeben werden können. Eine solche Stelle zu schaffen ist das Ziel einer Arbeitsgruppe, die sich auf Beschluß des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses in Hamburg zusammengelassen hat: „Die Ausweisung und Auslieferung von oppositionellen Ausländern aus der Bundesrepublik wird dabei integraler Bestandteil einer Ausländerpolitik sein, die das sog. 'Ausländerproblem' durch noch mehr Repression und Maßnahmen zur massenhaften Vertreibung lösen will. ... Es ist bisher nur in einigen wenigen Fällen gelungen, geplante Auslieferungen und Abschiebungen durch breite öffentliche Proteste bekannt zu machen, zu stoppen und zu verhindern. In vielen Fällen erfolgen solche Maßnahmen, ohne daß die Öffentlichkeit hiervon rechtzeitig informiert

und entsprechende Aktionen des Protestes dagegen entwickelt werden können. Wir wollen nicht erst wieder reagieren, wenn ein anderer Ausländer seine Lage nicht mehr ertragen kann. .... Uns ist bis jetzt keine andere Anlaufstelle dieser Art bekannt. Es ist aber unbedingt wichtig einen Überblick zu bekommen, da die Dunkelziffer oder die Anzahl der überraschenden Abschiebungen/Auslieferungen nach unseren Erfahrungen sehr groß ist. Es sollten darüber Strukturen entstehen, die bundesweit in der Lage sind, erforderliche Informationen schnell weiterzuleiten, so daß andere Gruppen, Initiativen, Abgeordnete etc. damit öffentlich arbeiten können. ...“ (aus dem Aufruf zur Einrichtung des Büros)

Als ersten Schritt hat die Arbeitsgruppe eine Dokumentation zu den letzten Fällen von Abschiebungen und Auslieferungen aus der BRD erstellt (s. nebenstehende Anzeige)

Das bundesweite Arbeitstreffen soll den folgenden Ablauf haben:

**ORT:** in der „MOTTE“, Rothestr.50 Hamburg-Altona

**ZEIT:** Samstag 11.2.84 14 - 20 Uhr, falls erforderlich Fortsetzung Sonntag, 12.2.84 10 - 14 Uhr.

Vorschlag für die Tagesordnung:

- Vorstellung der bisherigen Arbeit,
- Aufgaben und Ziele eines Informationsbüros
- Aufbau eines Info-Netztes und weitere Zusammenarbeit
- Finanzierung, Förderung und Einrichtung eines Beirates.

Kontaktadresse und Anmeldung über Franz Scheurer, c/o DAAG, Wallgraben 37, 21 HH 90 Telefon: 040/ 77 08 73

# In eigener Sache

Auf dem Treffen der Redaktion der Türkei Information am 10./11. Dez. in Darmstadt wurden folgende Änderungen für die Zeitung besprochen:

die Berichterstattung über die Türkei muß fundierter und inhaltlich erweitert werden. Während bisher vor allem die Menschenrechtsverletzungen, Aufklärung über die Repression der Militärjunta, Massenprozesse, Folter den Hauptschwerpunkt bildeten, soll der Themenbereich erweitert werden und versucht werden, mehr Hintergrundinformationen zu den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei zu erarbeiten (s. Themen unter I).

Dies erfordert auch eine genauere Untersuchung über die Türkei im internationalen Zusammenhang und zwar in zweifacher Hinsicht.

- a) aus dem Blickwinkel des Imperialismus: Funktion der Türkei für die NATO, Verhältnis USA-Türkei, BRD-Türkei;
- b) im Zusammenhang mit den übrigen Befreiungsbewegungen im Nahen Osten (Kurden, Palästinenser, Opposition in den arabischen Ländern und im Iran...), da deren Entwicklungen, Erfolge oder Mißerfolge starken Einfluß auf die Bewegungen in den jeweiligen Nachbarländern haben — also auch auf die Opposition in der Türkei.

## Ausländer in der BRD

Insbesondere zu diesem Schwerpunkt soll die Zeitung der veränderten politischen Situation Rechnung tragen. Seit geraumer Zeit findet hierzu innerhalb von Devrimci Isci eine Diskussion statt (s. die entsprechenden Diskussionsbeiträge in der Türkei Information, z.B. "mit dem Kopf in der Türkei..." und andere), die allerdings noch nicht abgeschlossen ist. In jedem Fall soll die Türkei Information sich in Zukunft nicht darauf beschränken, die staatliche Ausländerpolitik und ihre schlimmsten Auswirkungen darzustellen, sondern diese Politik auch langfristig untersuchen, das Verhalten der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen in der BRD hierzu, und vor allem, als Ausländer in der BRD (und linke Deutsche) hierzu eigene Perspektiven entwickeln und diese zur Diskussion stellen.

in der Türkei; Standpunkte und Diskussionen der bürgerlichen Opposition; gesellschaftliche und soziale Entwicklungen (Köln)

b) aktuelle Diskussion innerhalb der türkischen Linken, linke/revol. Opposition (Köln)

c) türkische Kultur (Aachen)

d) Bedeutung der islamischen Religion für die politische und gesellschaftliche Entwicklung Hannover/Duisburg)

e) Kurdistan (offen)

f) Geschichte/Entwicklung der türkischen Linken (Hamburg)

g) Wirtschaft (Tübingen)

h) Menschenrechtsverletzungen, Repression; aktuelle staatliche Politik in der Türkei (Herford)

## Türkei im internationalen Zusammenhang

a) Türkei und NATO USA-Türkei und BRD-Türkei (Türkeihilfe, internationale Abkommen, milit. Zusammenarbeit...) (Frankfurt)

b) Naher Osten (Hamburg)



## Ausländer in der BRD

a) staatliche Ausländerpolitik in der BRD; Haltung der Parteien und offiziellen Gremien (Köln, offen)

Asyl (offen)

Auslieferungen/Abschiebungen (Büro Hamburg)

b) Aktivitäten; Diskussionen und Perspektiven der Ausländerbewegung Emigrantenbewegung (Köln)

c) Erfahrungen der Emigrantenbewegung(en) in anderen europäischen Ländern (GB, F...) (Hamburg)

d) Nationalstaat und Minderheiten (Frankfurt)

e) Politik der Gewerkschaften zur Ausländerfrage (Duisburg)

f) türkische (u. allgemein ausländische) Jugendliche in der BRD (offen)

g) Frauen aus der Türkei in der BRD (offen)

h) Emigrantenkultur (Darmstadt)

i) Graue Wölfe (Hannover)

k) Neonazis und offen rassistische Gruppen (offen)

Wer also Interesse an einem dieser Themen hat, wer selbst mitarbeiten möchte oder interessantes Material zu einem der Themen hat oder Menschen kennt, die bereits zu einem der Themen gearbeitet haben und möglicherweise zu einer Zusammenarbeit bereit sind, oder zumindest Erfahrungen und Rat geben würden, wie wir uns selbst in dieses

Thema einarbeiten könnten, wo Material zu finden ist etc., wende sich bitte an die Informationsstelle in Köln, um die Kontakte herzustellen.

Da wir bisher nicht in dieser Weise gearbeitet haben, muß sich die Arbeitsweise der Arbeitsgruppen erst in der Praxis entwickeln, wie eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Städten möglich ist, wie (hoffentlich) „gemischte“ (deutsch-türkische) Arbeitsgruppen arbeiten können. Dies wird auch von den Themen abhängen, also ob es in erster Linie darum geht, Material und Informationen zusammenzutragen und auszuwerten, oder ob es darum geht, gemeinsame politische Standpunkte und Perspektiven zu erarbeiten, die dann wieder gemeinsam in der „großen“ Redaktion diskutiert werden müssen.

Darüberhinaus wird von einigen Genossen von Devrimci Isci eine Arbeit für die Zeitung Devrimci Isci zu folgenden Themenbereichen vorschlagen:

- internationale Erfahrungen der Linken in Ländern wie Portugal (Einflußnahme der SPD auf die Bewegung nach 75)
- Spanien (comisiones obreras unter dem Faschismus)
- Griechenland

Argentinien, Chile, Pakistan (Verhältnis der linken und bürgerlich demokratischen Opposition während des Faschismus und z.B. während der Demokratisierung oder kontrollierter Ablösung.)

— politische Entwicklung in der BRD  
aktuelle politische Entwicklungen  
Geschichte der linken Bewegung  
Diskussion u. Auseinandersetzungen innerhalb der Linken  
die Grünen (u. ihre Auseinandersetzungen)  
Die Friedensbewegungen

— ideologische Auseinandersetzungen  
Ökonomie—Ökologie—Diskussion  
Diskussion Partei—Bewegung  
theoretische Fragen der marxistischen Bewegung

Dieser Punkt wurde jedoch nicht zueinander diskutiert bzw. ohne konkretes Ergebnis. Es wurde jedoch von allen deutschen Genossen zugesagt, sich nach Material zu den betreffenden Punkten umzusehen und dies Devrimci Isci zur Verfügung zu stellen. Als erster Schwerpunkt soll eine Broschüre (auf türkisch) für Devrimci Isci über die Friedensbewegung erarbeitet werden. Hierüber soll im Anschluß an die nächste Redaktionssitzung diskutiert werden und dazu Material zusammengestellt werden. Außerdem soll noch einmal über die genannten Punkte für die Diskussion in der türkischen Linken diskutiert werden und darüber, inwieweit hierfür eine Zusammenarbeit mit der deutschen TI-Redaktion möglich oder sinnvoll ist.

Die nächsten Treffen der Redaktion: 18./19. Februar in Hannover 17./18. März (noch offen).

## Prozesse gegen türkische Antifaschisten — Jetzt auch hier!



### KOMMT ZU DEN PROZESSEN GEGEN DIE BESETZER DES TÜRKISCHEN KONSULATS!

Am 2., 4., 6., 11., 13., 17., 23., 25., 27. und 31. Januar, um 9 Uhr  
in Saal 210 Landgericht Köln, Luxemburger Str. 101  
U.S.D.P. Solidaritätskomitee, Jülicher Str. 22.

## Konsulatsbesetzer-Prozeß in Köln

Seit dem 2. Januar läuft im Kölner Landgericht der Prozeß gegen die 10 Dev Sol-Sympathisanten, die im November 1982 das türkische Generalkonsulat besetzt hatten, um gegen das Verfassungsverfahren zu protestieren. Die Anklage lautet auf „Geiselnahme und Verstoß gegen das Waffengesetz“. Die ersten Verhandlungstage waren geprägt vom rigiden Verhalten des vorsitzenden Richters Ernst Liptow, der seinem Lehrer, dem berühmten-berühmten Viktor de Somoskoey alle Ehre macht.

Die verfügten „Sicherheitsmaßnahmen“ (Leibesvisitationen, Fotokopieren der Ausweispapiere usw.) veranlaßten selbst den Kommentator der rechten „Kölnischen Rundschau“, Jürgen C. Jagla, zum Vergleich mit „Maßnahmen, ... die wir sonst nur in totalitären Staaten kennen.“

Die Kontrollmaßnahmen sorgten an den ersten Prozeßtagen für einige Aufregung und führten dazu, daß viele türkische und kurdische Prozeßbesucher draußen blieben, da sie — aufgrund der bekannten guten Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischem Geheimdienst — befürchten müssen, daß ihre Personalien bei türkischen Behörden landen.

Richter und Staatsanwalt sind bemüht, die Angeklagten auf „kriminelle Täter“ zu reduzieren und tun so, als gäbe es keine politischen Hintergründe für die Aktion — wie üblich in d.U. Rechtsstaat.

Durch die hervorragende Arbeit der Verteidiger erhalten die Angeklagten aber wenigstens das Recht auf politische Stellungnahmen, in denen sie ihre Beweggründe für die Aktion ausführlich darstellen.

Die Prozeßdauer —zunächst auf 12 Verhandlungstage festgesetzt — wurde schon mal verlängert. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

## linke zeitung

ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

## linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probe-exemplars der lz.
- Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

Vorname/Zuname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

Lieferung ab

Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:  
Demokratische Sozialisten  
Hohe Straße 28  
6050 Offenbach

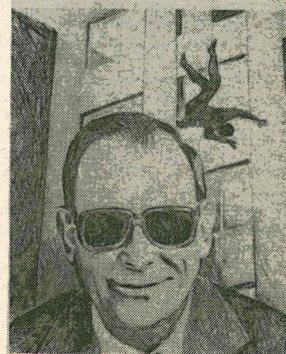
## linke zeitung

DOKUMENTATION:  
Abschiebung und Auslieferung von Ausländern  
Erscheinen am 12.12.1983

- Inhalt:
- Aufruf zur Errichtung eines zentralen Büros
- rechtliche Erläuterungen und Kommentare zu Abschiebungen und Auslieferungen
- Zusammenarbeit BRD-Türkei gegen politische Flüchtlinge
- Auslieferungen (Dokumentation von 11 Fällen)
- Abschiebungen (Dokumentation von 7 Fällen)
- Abschiebungen von Palästinensern in den Libanon und von Tahrifan nach Sri Lanka,
- Folter und Gerichtsbarkeit in der Türkei, "Demokratisierung"
- Geplante Verschärfung des Ausländerrechts
- Dokumentation

52 Seiten, Preis: 5 DM  
Einzelbestellungen nur gegen Vorrat  
Kasse (+ 1,- DM Porto) zu richten an:

### Abschiebung und Auslieferung von Ausländern



## zum Thema Türkei

a) aktuelle politische Entwicklung

# Einige Überlegungen zur Türkei Information

Vorneweg - um mir nicht hinterher den Vorwurf des Miesmachers zuzuziehen: ich finde vieles gut an der Türkei Information, ich finde vor allem, daß sie sich im letzten Jahr sehr verbessert hat, und ich freue mich, daß die Türkei Information wahrscheinlich die meist-verkaufte linke Organisationszeitung in der BRD ist (!). Die regelmäßige Herausgabe und Verkauf der Türkei Information (TI) haben sicherlich (neben den Publikationen der Alternativen Türkeihilfe) wesentlich dazu beigetragen, die Türkei-Solidarität relativ breit in der westdeutschen Linken zu verankern.

Und nun zur Kritik:

1) Nach wie vor wird der Teil der Türkei-Berichterstattung im wesentlichen allein vom Thema Menschenrechte (Folter, Prozesse, Todesstrafe) bestimmt. Selbstverständlich wird dies ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnenpolitik in der BRD bleiben (mit dem Ziel, Druck auf die entsprechenden BRD-Gremien auszuüben, damit diese ihrerseits Druck auf die Junta ausüben). Ich denke jedoch, daß die Leserschaft der TI diese Menschenrechtsverletzungen wirklich weiß und auch durch immer weitere Aufzählungen nicht mehr „motiviert“ wird, sich zu engagieren.

2) Ich gehe davon aus, daß sich an der augenblicklichen Lage (Repression und Schwäche bis Nichtvorhandensein einer revolutionären Opposition) auch demnächst nichts ändern wird; wir dies also bei unseren Überlegungen zur Verbesserung der TI bzw. Änderung des Konzeptes berücksichtigen müssen.

Aufgrund der zweimonatlichen bis unregelmäßigen Erscheinungsweise lohnt es sich auch nicht, den Schwerpunkt auf „aktuelle Nachrichten“ aus der Türkei oder der Solidaritätsbewegung zu legen, da diese bei Erscheinungsdatum bereits veraltet oder in der taz und anderen Zeitungen genügend berichtet wurden. (Im Gegenteil hieraus eher die „Versuchung“ entstehen, möglicherweise aktuelle Nachrichten oder Dokumente für die TI „exklusiv“ aufzuheben, anstatt sie so schnell wie möglich anderweitig zu veröffentlichen.)

Es ergibt sich also fast zwangsläufig die Entwicklung in Richtung eines Magazins mit guten Hintergrundberichten und differenzierten Themenschwerpunkten.

Eine Zeitschrift also, mit der wir bzw. all die Menschen, die in den letzten Jahren zum Thema Türkei sensibler wurden, in ihren Bereichen arbeiten können, für Veranstaltungen etc. einsetzen können, und in der gleichzeitig unsere Politik hier in der BRD - sowohl zur Türkei-Solidarität als auch zur Ausländerpolitik im weitesten Sinne - diskutiert und weiterentwickelt wird.

Dies heißt, zum

## Themenschwerpunkt Türkei

muß die Berichterstattung wesentlich fundierter und inhaltlich besser werden (gutes Beispiel bisher: die Wirtschaftsberichte) und mehr verschiedene Themen umfassen, die auch Ansatzpunkte bieten, das Thema in die vorhandenen Bewegungen hier in der BRD herinzutragen, z.B. „Gewerkschaftsbewegung in der Türkei“, „Kurdistan“, „Rolle der Türkei im Nahen Osten“, „traditionelle deutsch-türkische Zusammenarbeit seit der Bagdat-Bahn und heute (z.B. deutsche Hilfe bei der Umstrukturierung der türkischen Polizei)“, „Türkei und NATO“ ... um nur einige Beispiele zu nennen.

## Weg vom Schwarz-Weiß-Bild

- die Zwischentöne sind wichtig. Jeder getreue TI-Leser, der in die Türkei fährt, wird erstmal erstaunt sein, weil die alltägliche Realität seiner Erwartung keineswegs entspricht. (Wo sind

denn die Soldaten, wo die Plakate, da sind ja weniger Sicherheitskräfte als bei uns“, wird er sich fragen. Nun ist der ALLTAG des Faschismus von außen schwer zu verstehen, denn man sieht es einem Menschen, der gerade sein Brot kauft oder im Bus fährt, nun mal nicht an, er sein Sohn gefoltet wird, Todesstrafe zu befürchten hat, oder ob er selbst womöglich schon inhaftiert war oder aber gesucht wird.

Unabhängig davon muß man aber zugestehen, daß es die Generäle innerhalb von drei Jahren geschafft haben, - zumindest was den Westen und die Städte anbetrifft - einen „sauberen“ Faschismus zu institutionalisieren, und es stimmt einfach, daß die 100.000 Gefangenen und die geflohenen Genossen in den Bergen nicht die einzige türkische Realität sind. (Was machen die übrigen 44 Millionen Einwohner der Türkei? Abgesehen von der Darstellung der Repression ist unser Türkei-Bild am 12.9.1980 stehengeblieben. Seitdem sind 3 1/2 Jahre vergangen - ein genauso langer Zeitraum wie die Phase des antifaschistischen Kampfes bis zum Putsch (1977-80) Aber wie sieht die politische und gesellschaftliche Realität in der Türkei heute aus?

Also Darstellung auch des türkischen Alltags unter dem jetzigen Regime, Entwicklung der bürgerlichen Opposition, gesellschaftliche Phänomene wie z.B. Entpolitisierung in vielen Kreisen, „West“-Kult oder Einfluß von Traditionen und Religion in der Gesellschaft.

Mit den Wahlen ist einiges in Bewegung geraten, selbst wenn man es nicht als „linke Opposition“ bezeichnen kann, aber immerhin gibt es seit Monaten eine Amnestiekampagne. Erzwungen durch die Flut von Gesetzen, mit denen die türkische Junta die ganze Gesellschaft nach ihren Vorstellungen neu „ordnen“ will, gibt es in sämtlichen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Kammern etc. Neukonstituierungen und Wahlen, die zur Beurteilung der momentanen gesellschaftlichen Kräfte (und der Möglichkeiten der Linken) dennoch von Bedeutung sind. All diese Themen vermisste ich in der TI.

## Darstellung türkischer Kultur, Schriftsteller etc.

Abgesehen von Nazim Hikmet - von dem dem deutschen Publikum mittlerweile zumindest ein einziges Gedicht bekannt sein dürfte („Leben, einzeln und frei...“) und einigen Büchern der Emigrantenliteratur (z.B. die gesammelten türkischen Vorurteile von Dursun Akcam) dürfte den meisten Deutschen höchstens noch Orhan Gencebay bekannt sein, dessen Musik sie bei den Nachbarn aus dem Küchenfenster hören. So wäre es auch eine Aufgabe der TI, der deutschen Leserschaft mehr türkische Schriftsteller und Liedermacher mit ihren Texten vorzustellen, denn Kultur ist ein wichtiger Spiegel der Gesellschaft. (Ein Deutscher, der z.B. die Bedeutung von Karikatur und Satire in der Türkei nicht kennt, der Aziz Nesin oder die Zeitung GirGir nicht kennt, wird die türkische Realität nicht verstehen.)

## Auseinandersetzung in der türkischen Linken

Wenngleich die TI besser und umfassender ist, als die meisten vergleichbaren Zeitungen anderer türkischer Exilgruppen, so ist es für den deutschen Leser keineswegs möglich, anhand der Publikationen tatsächlich die politische Linie und die Differenzen und Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen zu erkennen. 80% der Artikel in all diesen Zeitungen prangern Menschenrechtsverletzungen an, wenden sich an ein mehr „humanistisches“ Publikum und unterscheiden sich eigentlich nur stilistisch.

Dementsprechend gestaltet sich auch die Zusammenarbeit zwischen türkischen und deutschen Genossen und die Einschätzung der einzelnen Or-

ganisationen aus der Türkei durch die deutschen Genossen: **sehr sehr oberflächlich**. Entweder ist die Zusammenarbeit mit dieser oder jenen türkischen Gruppe **purer Zufall** (wer grad am besten Deutsch kann oder am nettesten aussieht) oder nach grober außenpolitischer Zuordnung (Albanienfraktion, China, Moskau ...), allenfalls noch nach dem Grad des sektiererischen Auftretens bei Aktions-einheiten hier.

Ich erwarte von der TI, daß sie entsprechend der Nr. 1 sich selbst gestellten Aufgabe, umfassender über die politische Linie von Devrimci Yol und über die Differenzen und Diskussionen zwischen den türkischen Organisationen berichtet (Einschätzung



der jetzigen Situation, Konsequenzen aus der Niederlage vom 12.9.80, Perspektiven, Stellung zur bürgerlichen Opposition, politische Vorstellungen für die BRD, also Emigrantenpolitik). Nur so können wir zu einer wirklich politischen Diskussion, Voraussetzung für eine solidarische Zusammenarbeit, kommen.

## Ehrlichkeit/Selbstkritik

Ein solches Verständnis von Solidarität - also eine **politische Zusammenarbeit**, ein Austausch von Erfahrungen zwischen türkischen und deutschen Linken - setzt allerdings Ehrlichkeit voraus. „Ehrlichkeit“ in dem Sinne, daß man seine Stärken und Schwächen tatsächlich realistisch darstellt und keine falschen Mythen aufbaut. So wurde in der TI noch lange (2 Jahre) nach dem Putsch versucht, das Ausmaß der politischen Niederlage herunterzuspielen und den Widerstand hochzustilisieren. (Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften, in die die Genossen, die sich auf die Berge zurückgezogen hatten, z.T. sogar unfreiwillig gerieten, wurden zu Beweisen der Stärke des Widerstandes hochstilisiert). Danach wurde die „Widerstandsfront“ (Cephe) propagiert und als die politische Perspektive verkauft. Inzwischen „ist es auch darum recht still geworden“, ohne daß Ihr Euch dazu geäußert hättet.

Ich kann nicht beurteilen, ob dies nur mit dem deutschen Publikum oder auch mit den Lesern von Devrimci Isci - also Euren Sympathisanten - so gemacht wird. Schädlich ist es in jedem Fall. Jede kleinste Unehrlichkeit, jedes Tabu untergräbt die politische Moral: Entweder man nimmt sich selbst nicht ernst, oder den Leser (also die deutschen „Humanisten“ bzw. die eigenen Sympathisanten !?). Dies hat in der Vergangenheit in der westeuropäischen Linken eine recht üble Tradition: diverse Befreiungsbewegungen wurden erst „hochstilisiert“ (z.B. Chile, Palästina), zu Mythen aufgebaut und dann, als auch „Schwächen“ offenbar wurden, kehrte man ihnen enttäuscht den Rücken.

Die Ursachen („Schuld“) liegen m.E. auf beiden Seiten: So gibt es auch bei vielen deutschen Linken, die für sich selbst in der BRD keine Perspektive sehen, eine Art „Konsumverhalten“ gegenüber ausländischen Organisationen: sozusagen als Ausgleich für die tatsächliche oder vermeintliche Schwäche der Linken hier, identifiziert man sich mit einer starken Aus-

landsorganisation. (So wissen z.B. die zahlreichen deutschen Unterstützer von Dev Sol wenig über die politische Linie der einzelnen türkischen Organisationen, haben aber gehört, daß es „die militantesten waren“.)

Um zu so einem neuen Verständnis von Zusammenarbeit zu kommen, finde ich es auch eine Voraussetzung, daß bestimmte Einschätzungs- und Diskussionsartikel zweisprachig (also gleichzeitig in TI und Devrimci Isci) erscheinen, um eine Auseinandersetzung zwischen deutschen und türkischen Freunden zu ermöglichen. (In diesem Zusammenhang noch eine letzte Anmerkung zum Thema „Tabu“: Mit Erstaunen habe ich festgestellt, daß in der TI z.B. ein Interview mit U. Schmiederer zur Außenpolitik der SU abgedruckt war, während dieses Thema auf türkisch meines Wissens nicht öffentlich diskutiert wird, und in den Vereinen z.T. noch Stalin verkauft und geschult wird. Ähnlich verhält es sich mit anderen zentralen Themen wie M.Cayan, Front, ... In der Frage der offenen Diskussion sollte es

auch keine „Abstufungen“ geben.)

Ein weiterer Themenvorschlag noch:

## die Befreiungsbewegungen im Nahen Osten

und die Entwicklung in diesen Ländern. Wir haben zwar mehrfach auf die Bedeutung der Türkei als Stützpunkt im Nahen Osten für den Imperialismus hingewiesen. Ich halte es auch für wichtig, aus dem Blickwinkel der Befreiungsbewegungen die Entwicklungen in diesen Ländern zu beobachten und darüber zu berichten, da - ähnlich wie in Lateinamerika - m.E. auch im Nahen Osten die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern sich gegenseitig beeinflussen (also die Palästinenser, die Kurden, die Opposition



in den arabischen Ländern und im Iran), da deren Erfolge und Mißerfolge (PLO, Khomeny) auch Einfluß auf die Bewegungen in den jeweiligen Nachbarländern haben, also auch auf die Opposition in der Türkei.

## Zum Thema Ausländer in der BRD

Soweit man es verfolgen kann, findet innerhalb von Devrimci Isci seit geraumer Zeit eine Auseinandersetzung zu diesem Thema statt, die sich aber meines Wissens hauptsächlich auf die Frage konzentriert: „Bleiben wir hier oder kehren wir in die Türkei zurück?“ bzw.: „Wer geht wann?“ und „warum

nicht?“ etc. Ich denke allerdings, daß die Entscheidung dieser Frage sich in der Zukunft zeigen wird (und kaum allein theoretisch zu lösen ist), daß aber die Beantwortung auch nicht Voraussetzung dafür ist, ob Ihr Euch mit der westdeutschen Realität auseinandersetzt, solange Ihr hier seid. Mit wenigen Ausnahmen erscheint mir alles, was zum Thema BRD in der TI steht (also Berichte zu betrieblichen Streiks, Aktionen gegen Graue Wölfe, Asyl etc.) eher zufälliges Produkt, als Ergebnis systematischer Arbeit. Es wäre aber Aufgabe der TI, Einschätzungen zu erarbeiten zu Themen wie: Politik der DGB-Gewerkschaften, zur Ausländerfrage, Rassismus und Ursachen, Bedeutung und Funktion der Neo-Nazi-Gruppen etc. etc.

Gegenüber der BRD-Realität und gegenüber uns als westdeutschen Linken muß ich Euch den Vorwurf des „Konsummentenverhaltens“ machen. Ich gehe davon aus, daß die wenigsten von Euch die Positionen und Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Linken kennen. Zusammenarbeit mit deutschen Gruppen erfolgt auch bei Euch nach dem Zufallsprinzip (bei welcher Gruppe ist die deutsche Freundin des am besten Deutsch sprechenden türkischen Genossen organisiert?) oder nach dem Opportunitätsprinzip (mit den Autonomen kann man am besten Faschisten prügeln, und mit den Grünen macht man ne Pressekonferenz). Ich will damit nicht vorschlagen, daß Ihr mit einer ganz bestimmten Fraktion der deutschen Linken („Schwesterpartei“) zusammenarbeitet, aber daß ihr/wir Euch zu den hier laufenden Auseinandersetzungen - die Euch auch betreffen - politisch verhaltet. So gibt es z.B. in der Friedensbewegung Auseinandersetzungen zur Frage der Gewalt, zur Bedeutung der Befreiungsbewegungen, zur Untrennbarkeit von Antimilitarismus und Antimperialismus, und Ihr geht hin und verkauft Käfte, während wir als Türkei-Solidaritätsbewegung in diese Debatte eingreifen könnten/sollten. Genauso zum Thema Antifaschismus. Gerade die Türken - also auch Ihr - sind besonders vom Terror der Neo-Nazis betroffen. In Euren Zeitungen findet man jedoch keine systematische Einschätzung hierzu, und auch Euer jeweiliges Verhalten bei praktischen Aktionen und Aktionseinheiten ist anscheinend vom Zufall (?) abhängig, während es innerhalb der deutschen Linken immerhin eine Auseinandersetzung auch zu taktischen Fragen gibt.

Noch nicht einmal zum Fußballspiel in Berlin, das ja auch in der türkischen Tagespresse einen breiten Raum eingenommen hat, hat es eine Auswertung gegeben.

Soweit erstmal (es gäbe noch viele Punkte).

Ich hoffe jedoch, daß diese Kritik sowohl von den türkischen Freunden als auch von den deutschen Lesern nicht als „Negativkritik“ verstanden wird, sondern als ein Anstoß, sich bei einer Änderung der TI und unserer Arbeit entsprechend zu beteiligen! (S. auch nebenstehendes Protokoll der TI-Redaktion.)

„Alles verändert sich, wenn du es veränderst“

mit solidarischen Grüßen  
Co. HH  
November 1983

# Entwicklung bis zu den Wahlen 1983

Die Militärs in der Türkei haben mit den Zwangswahlen am 6.11.83 den Versuch unternommen, ihrer Gewaltherrschaft ein demokratisches Mäntelchen zu geben. Und kurz nach den Wahlen lautet es aus dem Ausland auch schon wieder, daß demokratische Verhältnisse mit Beachtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei eingekehrt seien und deshalb die Hilfen wieder freigegeben werden sollen.

Um den Hintergrund dieser Scheinwahlen zu verstehen und die Frage, ob nun mehr Demokratie herrscht, ist es notwendig, einen Blick auf die Entwicklungen bis zu den Wahlen zu werfen. Dabei sind besonders drei Punkte wichtig:

- Chronologie der Ereignisse
- Programme der Parteien
- Auswirkungen des Wahlgesetzes

Den Zeitpunkt der "Demokratisierung", wie sie von den Generälen genannt wird, mußte man eigentlich schon mit dem Tag des Putsches am 12.09.80 festsetzen, da hier die ersten Versprechungen für eine baldige Abkehr von der Militärherrschaft gemacht wurden. Es gab in der Folgezeit die Einrichtung der Beratenden Versammlung, die neben anderen Gesetzen (ca. 700) im wesentlichen für die Ausarbeitung der neuen Verfassung zuständig war. Diese Verfassung wurde am 7.11.1982 mit einer Mehrheit von 91,5% der abgegebenen Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde der Juntachef Kenan Evren zum Staatspräsidenten bestimmt. In der Folgezeit wurde das Parteiengesetz bearbeitet und begonnen, am Wahlgesetz zu arbeiten. Unsere chronologische Übersicht beginnt mit der Verkündung der Möglichkeit, Parteien zu bilden.

## Chronologie der Ereignisse

**24.04.83**  
Vom 16. Mai dieses Jahres an soll die Gründung von Parteien freigegeben werden. Gleichzeitig werden bestimmte Lockerungen bezüglich der Möglichkeit, sich für eine Parteigründung zu versammeln, getroffen.

**25.04.83**  
Das Parteiengesetz tritt in Kraft. Mit dem Dekret Nr. 76 werden die Grundlagen erläutert, auf denen sich politische Parteien anmelden können (Überprüfung der Gründer durch den Nationalen Sicherheitsrat)

**30.04.83**  
In Erzincan verkündet Evren, daß die Wahlen am 6. November des Jahres stattfinden sollen.

**08.05.83**  
Auf einer Rede macht Staatspräsident Kenan Evren darauf aufmerksam, daß eine gefährliche Entwicklung bei der Herausbildung der Parteien zu beobachten sei. Die Kriegsverweigerungskommandanten seien angewiesen, jeden, der gegen die Verbote der politischen Betätigung verstoße, (ehemalige Politiker) streng zu bestrafen.

**17.05.83**  
Als erste Partei hat sich die Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) beworben.

**21.05.83**  
Drei Parteien kommen hinzu: Partei der Großen Türkei (BTP), Vaterlandspartei (ANAP) und Populistische Partei (HP).

**22.05.83**  
Ex-Außenminister Caglayanil und 143 ehemalige Parlamentarier treten der BTP bei.

**01.06.83**  
Die BTP wird verboten. 16 Ex-Politiker werden nach Canakkale in die Verbannung geschickt.

**02.06.83**  
Evren kündigt an, daß die Wahlen verschoben werden können, wenn es sein muß.

**07.06.83**  
Die Partei der Sozialen Demokratie (SODEP) wird

gegründet, d.h. die Gründungszerklärung wird abgegeben.

**14.06.83**  
Das Wahlgesetz ist in Kraft getreten. Kurz vorher wurde bekanntgegeben, daß die Kandidaten für einen Parlamentspräsidenten vom Nationalen Sicherheitsrat überprüft werden.

**24.06.83**  
Gegen den Vorsitzenden der SODEP, Erdal İnönü, und 20 weitere Gründer der Partei wird Veto eingelegt.

**02.07.83**  
Evren gibt das Amt des Generalstabschefs an Nurettin Erşin (den Scharfmacher der Junta und vormals Kommandeur des Heeres) ab.

**08.07.83**  
Die Gründer der Partei des Rechten Weges (DYP), eine Folgepartei der BTP, werden mit 30 Vetos belegt.

**09.07.83**  
Die SODEP bekommt für ihre neuen Kandidaten wiederum 13 Vetos. Die Partei der Wiedergeburt (YDP) erhält für alle 38 Gründer ein Veto.

**27.07.83**  
Pamak, als Ex-MHP'ler zugleich Mitglied der Beratenden Versammlung, erhält als Vorsitzender der Konservativen Partei (MP) zusammen mit weiteren 24 Gründern ein Veto. Ein Verfahren zur Auflösung dieser Partei wurde inzwischen eingestellt, und diese Partei hat sich nach den Wahlen vollends konstituieren können.

An diesem Tag werden auch 26 Gründer von Unsere Partei (BP) abgelehnt.

**11.08.83**  
Die Zeitung 'Tercüman' wird wegen eines Artikels von Nazlı İlicak, 'Jede Nacht liegt zwischen zwei Tagen', verboten.

**17.08.83**  
Insgesamt 57 Vetos für drei Parteien.

**25.08.83**  
Zusammen mit den letzten Vetos steht fest, daß insbesondere SODEP und DYP nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen können. Es wurden von den 15 Parteigründungsversuchen nur drei zugelassen, eine Partei wurde verboten, gegen 4 Parteien wurde ein Verfahren zur Auflösung eingeleitet.

**03.09.83**  
Für die Wahlen am 6.11. haben sich 1.200 Kandidaten (dreimal soviel wie gewählt werden) gemeldet. Insbesondere bei den unabhängigen Kandidaten gibt es einen Boom: 356 Kandidaten.

**30.09.83**  
Das Pressegesetz wurde in einer Minute in der Beratenden Versammlung verabschiedet. Die Verfassungskommission hat den Gesetzentwurf von General Tümer abgelehnt, nach dem nur drei Parteien an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.

**01.10.83**  
Die 'verbannten' Politiker in Canakkale werden freigelassen. Ursprünglich sollten sie bis zur Bildung des Parlamentspräsidiums in der Verbannung bleiben.

**16.10.83**  
Die Wahlkampagne hat begonnen.

**23.10.83**  
Im Fernsehen findet das Spitzentreffen statt. Es werden von den Parteiführern aber nur wenige Punkte diskutiert. Stattdessen versuchen sie, sich mit Versprechungen gegenseitig zu übertreffen.

**04.11.83**  
Evren greift noch einmal mit einer Fernsehrede ein und wendet sich gegen Özal, indem er dessen selbstherrliches Auftreten "ich kann alles, ich habe viel geschafft, ich bin der Größte" angreift.

**07.11.83**  
Das Wahlergebnis ist klar. Die Vaterlandspartei hat gewonnen, die Populistische Partei landet auf dem zweiten Platz, und die Partei der Nationalistischen Demokratie landet abgeschlagen auf Platz drei.

Die scheinbare Wende in der Haltung des Staatspräsidenten Kenan Evren überrascht ein wenig. Nachdem er den Wahlsieger Turgut Özal zuvor noch äußerst scharf kritisiert hatte, spricht er nun voller Begeisterung davon, daß es möglich war, eine Regierung ohne Koalition hervorzubringen. Özal stellt sich in seiner ersten Rede ganz bewußt unter das Primat der Armee. In der Folge wird nun am 5.12.83 Necmettin Karaduman zum Parlamentspräsidenten gewählt. Am 7.12. erhält Turgut Özal den Auftrag, seine Regierung zu bilden, und sein Kabinett wird von Staatspräsident Kenan Evren am 14.12.83 gebilligt.

## Die Programme der Parteien

Es ist sicherlich richtig, daß die Wahlen in der Türkei nicht aufgrund der unterschiedlichen Programme der Parteien erfolgt sind. Neben den Persönlichkeiten, die jeweils an der Spitze der Parteien standen, waren es andere Faktoren, die den Ausschlag für die Stimmenabgabe gegeben haben.

Dennoch sind die Parteiprogramme wichtig, wenn man einschätzen will, welche Politik in der nächsten Zeit verfolgt werden wird. Die Wahlversprechungen der Parteiführer sind nun sowohl für die Regierungen als auch für die Oppositionsparteien entscheidend. Dies bezieht sich auch auf die derzeit noch außerparlamentarische Opposition (im wesentlichen SODEP und DYP). Wir stellen im folgenden die wesentlichen Punkte aus den jeweiligen Parteiprogrammen vor:

### ANAP (Vaterlandspartei)

Emblem: eine 'fleißeige' Biene sitzt auf der Türkei als Wabe.

Zusammensetzung der Gründer: 17 Bürokraten, 1 Armeeingehöriger, 10 Unternehmer, 4 Ex-Parlamentarier, 5 Wirtschaftler, 1 Gewerkschafter.

Gründungsdatum: 20.05.83  
Vetos: 7  
Wesentliche Programmpunkte:

Das Programm der Vaterlandspartei beinhaltet im wesentlichen wirtschaftliche Punkte. Auch auf seinen Wahlreden hat sich der Parteiführer Turgut Özal hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen auseinandergesetzt. Auffallend war, daß er bei allen Fernsehreden immer selbst auftrat und damit den Eindruck entstehen ließ, daß er alle Fäden in der Hand hat.

Diese Haltung hat er auch in Bezug auf seinen 'Rücktritt' aus der Regierung Ulusu begründet. Er wolle keine zwei verschiedenen Führer in ein- und derselben Sache haben, sagte er. Es ginge zwar an, daß bestimmte Fragen gemeinsam diskutiert werden, aber die Entscheidung habe schließlich eine Person allein zu fällen. Darüber hinaus war Turgut Özal stets bemüht, seine Partei als Vereinigung von links und rechts darzustellen. Seine Gestik dazu waren die über dem Kopf vereinten Hände, die wie die Siegerpose eines Boxers anmuteten.

Die Sprache wurde neben der Symbolik von den fleißigen Bienen insbesondere durch das Wort 'Mittelpfeiler' angereichert. Angeblich will sich Turgut Özal nämlich bei seiner Politik hauptsächlich auf die Mittelschicht stützen.



Die wesentlichen Stichpunkte des am 20.05.83 veröffentlichten Programms sind:

- \* Erste Bedingung ist es, eine stabile und starke Regierung zu haben.
- \* Abgelehnt wird jedes Regime, das gegen demokratisches Gedanken- und demokratische Rechte ist.
- \* Der Laizismus wird nicht als Hindernis bei dem Schutz der Ideellen Werte, der Freiheiten der Religion und des Glaubens, sowie bei der Entwicklung der religiösen Kultur angesehen.

\* Man muß sich vor einer dogmatischen und unflexiblen Planwirtschaft in Acht nehmen.

\* Die Staatsbetriebe müssen im Laufe der Zeit der Nation übergeben werden (ebenso wie beim Verkauf der Bosphorusbrücke ist hier der Verkauf an den Privatsektor gemeint). In der Industrie müssen die Staatsmonopole aufgehoben werden.

\* Inflation muß gesenkt werden. Hüriyyet meldet als Ziel 10 %.

\* Die Staatseinrichtungen, die sich um die Landwirtschaft kümmern, müssen zusammengefaßt werden.

\* Eine Mittelschicht muß geschaffen werden. Dazu sollen in den Ortschaften sogenannte Industriegebiete mit kleinen Werkstätten geschaffen werden.

\* Bürokratische Formalitäten müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Die Zahl der Beamten soll nicht gesteigert werden, sondern es sollen qualifiziertere Beamte für besseres Geld eingestellt werden.

Bei den Wahlreden sprach sich Turgut Özal gegen eine Generalamnestie aus. Er stellte seine persönlichen Qualitäten in den Vordergrund und bürgte mit seinem Namen dafür, daß er allein gekonnte Politik betreiben könne. Immer wieder verwies er stolz auf die Beschlüsse vom 24. Januar (die Doktrin des IWF), die das Erfolgsrezept für die Türkei sein sollen, obwohl längst klar ist, daß die Last dieses Programms auf den Bürgern mit geringem Einkommen liegt. Einer seiner Aussprüche war: "Wir sind weder Rechte noch Linke, wir sind die Leute des 24. Januar."

### Die Populistische Partei (HP)

Die Populistische Partei hat bis zu ihrem Wahlerfolg als zweitbeste Partei sehr viele Krisen durchgemacht. Unter den Sozialdemokraten wollten sich nur wenige Leute finden, die diese künstlich geschaffene "linke" Partei unterstützen wollten. Deswegen wurde es für den Parteiführer Necdet Calp, der zuletzt Staatssekretär im Ministerpräsidium war und schon vorher unter

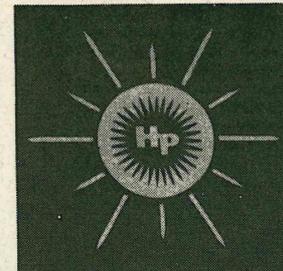
Ismet İnönü Privatsekretär gewesen war, auch besonders schwer, die Organisation seiner Partei in den Provinzen voranzutreiben. Sehr lange war er bemüht, eine Vereinigung mit der Partei der Sozialen Demokratie (SODEP) herbeizuführen und dafür sogar bereit, den Vorsitz seiner Partei abzugeben.

Obwohl diese Partei sich in der Namensgebung und auch mit dem Symbol überdeutlich an die alte sozialdemokratische Partei CHP anlehnte, wollte bis zum Schluß keine starke Unterstützung aufkommen.

Erst mit Beginn der Fernsehdebatten, in denen Calp durch einen Angriff auf Özal glänzte und später auch Parteimitglieder "aus dem Volk" zu Wort kommen ließ, schwenkten viele Wähler der CHP auf seine Linie ein. Schließlich bekannte er sich auch wohlwollend dazu, auf der Linken zu stehen. Dies wurde von ihm in der Formulierung ausgedrückt: "Wir sind so weit links, wie es die Verfassung zuläßt." Damit sollte ausgedrückt werden, daß es außer der HP keine weiter links stehende Partei gebe, bzw. daß andere Parteien auf der Linken von ihm als verfassungsfeindlich angesehen werden.

Emblem: Eine Sonne mit 6 großen und 6 kleine Strahlen  
Zusammensetzung der Gründer: 8 Bürokraten, 5 Unternehmer, 5 Ex-Parlamentarier, 4 Angehörige der Armee, 4 Gewerkschafter, 4 Mitglieder der Beratenden Versammlung.  
Gründungsdatum: 20.05.83  
Vetos: 13

Wesentliche Programmpunkte:  
Die Populistische Partei übernahm zunächst einmal die 6 Prinzipien der CHP: Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Staatlichkeit, Laizismus, Revolutionärertum.  
\* Die Partei ist eine sozialdemokratische Partei, die der freiheitlichen, demokratischen, parlamentarischen Ordnung verpflichtet ist.  
\* In der Wirtschaft hat der Staatssektor Vorrang. Es gilt, Monopole der Privatwirtschaft zu verhindern; Staatsmonopole sind zu fördern.  
\* Die unterentwickelten Gebiete müssen durch ein gesondertes Programm gefördert werden.



Erst sehr spät trat die HP auch als eine Partei auf, die sich als Bewerberin der Regierung definierte. Schließlich aber wurden alle Wahlreden mit dem Satz begonnen: "Sollten wir an die Regierung kommen, werden wir ..." Zu den Versprechungen, die gemacht wurden, gehörte auch, daß der Mindestlohn der Arbeiter unbesteuert bleiben sollte, und daß es eine Amnestie für "Gedankenbrechen" geben sollte. Mit dieser Aussage setzte sich Necdet Calp von den anderen Kandidaten um den Posten des Ministerpräsidenten ab, denn er forderte insbesondere für Taten wie Plakatekleben und dergleichen eine Amnestie und schloß noch Verbrechen der Blutrache in seine Amnestieüberlegungen mit ein.

### Die Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP)

Diese Partei sah lange Zeit wie der sichere Sieger der Wahlen aus, denn sie wurde in jeder Weise von den Generälen protegiert. Allerdings stellte sich spätestens nach Eröffnung der Wahlkampagnen heraus, daß der Spitzenkandidat zu schwach war. Das Gefühl des sicheren Sie-

ges wurde von dem Spitzenkandidat Turgut Sunalp, seines Zeichens Ex-General und Gründer der 4. Armee, in überheblicher Form zum Ausdruck gebracht. Am Schluß blieben in seinen Wahlreden aber ausschließlich einige antikommunistische Sprüche übrig, die seine Partei zu einem billigen Abklatsch der faschistischen MHP werden ließen. Die öffentliche Unterstützung beschränkte sich denn auch auf eine Handvoll jugendlicher Fanatiker aus dem Lager der "Idealisten", die besser als "Graue Wölfe" bekannt sind.

Emblem: Krähender Hahn mit Ähren umrankt.  
Zusammensetzung der Gründer:

12 Ex-Parlamentarier aus AP und DP, 11 Bürokraten, 10 Mitglieder der Beratenden Versammlung, 7 Personen aus der Wirtschaft, 5 Angehörige des Militärs, 4 Unternehmer. Gründungsdatum: 16.05.83  
Vetos: 3  
Wesentliche Programmpunkte:



Hier wird zunächst der Eindruck erweckt, als handele es sich um eine Partei, die die neue Linie des 12. Septembers verkörpere. Nationalismus ist das Wort, das im Vordergrund steht, und die Rede ist von einer großen und starken Türkei mit allen nationalistisch empfindenden Bürgern. Darüber hinaus aber beinhaltet das Programm im wesentlichen wiederum wirtschaftliche Ziele.

- \* Die Wirtschaft muß auf freier Marktwirtschaft beruhen.
- \* Landreform ist wichtig, aber Vorrang muß die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft haben.
- \* Die Beschlüsse des 24. Januar müssen revidiert werden, damit die Inflation weiter gesenkt wird.
- \* Industrie hat Vorrang vor der Landwirtschaft.
- \* Ausnutzung der Kapazitäten und Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das ursprüngliche Programm der MDP kann eher als dürftig bezeichnet werden. Die einzige Waffe war denn auch die Berufung auf den Geist des 12. Septembers. Ganz offensichtlich bezeichnete sich diese Partei als Fortführung der Militärherrschaft unter zivilen Vorzeichen. Schon kurz nach der Gründung verkündete Turgut Sunalp, daß der Staat wichtiger sei, als die Demokratie. Gegenüber einer italienischen Zeitung steigerte er sich sogar so weit, zu sagen, daß der Faschismus nicht so gefährlich sei, wie der Kommunismus.

Während der Wahlkampagnen sprach sich Sunalp u.a. für eine Verkürzung des Wehrdienstes aus, betonte aber, daß die Idee der Amnestie nur als Teilamnestie gedacht werden könne.

**Die Partei des Rechten Weges (DYP)**

Wie schon in der Chronologie angedeutet, hatte die Partei des Rechten Weges (DYP) einen Vorläufer in der Partei der Großen Türkei (BTP). Beide Parteien haben denn auch ähnliche Aussagen benutzt, wie z.B. die Grundüberzeugung, daß zur Beseitigung von Anarchie und Terror die Demokratie nicht beseitigt werden muß. Allerdings konnte die Partei, ebenso wie die SODEP, nicht in den Wahlkampf eingreifen, weil durch die Vetos nicht die Mindestzahl von Gründern bis zum Stichtag 24.08.83 zusammen war. Nachdem die Mitglieder und

Gründer der verbotenen BTP praktisch komplett in die DYP eingetreten sind, kann man getrost von einer Nachfolgeorganisation sprechen, obwohl anfänglich doch stärker religiös geprägte Parolen ein anderer Eindruck entstehen konnte.

Emblem: ein Mann auf dem Weg. Zusammensetzung der ursprünglichen Gründer:  
1 Armeeangehöriger, 2 Erzieher, 1 Gewerkschafter, 2 Mitglieder der Beratenden Versammlung  
Gründungsdatum: 23.06.83  
Vetos: 54 (bei bis zum 24.08.83 gemeldeten 79 Gründern)

Wesentliche Programmpunkte:  
Nachdem bei der Gründung zunächst nur Parolen religiösen Inhalts aufgeführt wurden, ist es sinnvoll, hier die Äußerungen der Partei der Großen Türkei aufzuführen, weil diese deutlicher zeigen, in welche Richtung diese Partei tendiert.

\* Prinzipien sind ein starker Staat, türkischer Nationalismus, Laizismus, Grundrechte und -freiheiten. Politische Organisation ist ein unverzichtbares Element des demokratischen Regimes. Wir sind gegen kommunistische, faschistische und theoretische Regierungen.

\* Der Staatspräsident ist das ausgleichende Element des demokratischen Systems.

\* Die gemischte Wirtschaft wird nicht als Widerspruch gegen die freie Marktwirtschaft gesehen. Staats- und Privatsektor müssen gleich behandelt werden.

\* Das Problem der Landwirtschaft muß mit Vorrang behandelt werden.

\* Eine Steuerpolitik, die neue Investitionen verhindert, ist abzulehnen.

\* Volle Mitgliedschaft in der EG; Treue zur NATO.

Sowohl für die DYP, als auch für die SODEP (die aber in einer Partei der demokratischen Linken noch eine Konkurrenten bekommen wird) kann man erwarten, daß sie ihre Stärke bei den Kommunalwahlen im März 1984 erweisen werden. Allerdings standen sie schon bei den Wahlen 1983 als zivile Alternativen im Hintergrund. Die Aufrufe des Vorsitzenden der DYP, Yildirim Avcı, haben ihm ebenso wie dem Vorsitzenden der SODEP, Cezmi Kartay, verschiedene Verfahren eingebracht, weil er angeblich zum Wahlboykott aufgerufen hat.



Während der Wahlkampagnen aber waren beide Parteien ausgeschlossen. Trotzdem haben auch hier die Vorsitzenden Reisen durch das Land unternommen, wobei sie allerdings lediglich darauf verweisen konnten, daß sich ihre wahre Stärke erst später herausstellt. Es ist aber auch in vielen Orten passiert, daß man die Wahlreden der "außerparlamentarischen Opposition" schlicht und einfach nicht zugelassen hat.

**Die Partei der Sozialen Demokratie (SODEP)**

Als die Organisation der politischen Parteien begann, da war in der Türkei klar, daß die Sozialdemokraten aus der Republikanischen Volkspartei, CHP, keine geschlossene Front darstellten. Die Mannschaft war in der Zeit der Militärjunta zum Teil an dem Einzelgang von Bülent Ecevit und an dem Mangel einer integrierenden Persönlichkeit gescheitert. So verwundete es nicht, daß auch die Zusammenkunft der Ex-Provinzvorsitzenden dieser Partei

keine Neugründung auf die Beine brachte. Es fehlte auch hier an einem zugkräftigen Namen, der symbolisch für die Tradition der 'Kemalisten' und Erben Atatürks stehen konnte.

Der Sohn von İsmet İnönü, Prof. Dr. Erdal İnönü, zog sich zunächst auch einmal zurück, wobei gemunkelt wurde, daß ihn die Militärs dazu gedrängt hätten. Dann aber trat er wieder auf die politische Bühne, der er als Kernphysiker immer fern gestanden hatte, und vereinte jene sozialdemokratischen Kräfte, die für eine Parteibildung schon vor den Wahlen 1983 waren. Ihn erliefte aber das gleiche Schicksal wie viele andere Gründer dieser Partei, die zunächst Sozialdemokratische Partei der Türkei heißen sollte, als aber das Wort 'Türkei' in den Parteinamen verboten wurde (nach Schließung der BTP), wurde diese Partei in SODEP umbenannt. Besonders tragisch an dem Schicksal dieser Partei war, daß sie in dem allerletzten Versuch, die Veto-Hürde zu nehmen, noch einen 80-jährigen ehemaligen Diener von Atatürk als Gründer benannten. Zu diesem Zeitpunkt fehlten der SODEP noch ganz zwei Gründer für eine Wahlzulassung. Die Militärs aber

lehnten alle neubenannten Gründer (auch den Ex-Diener) ab.

Emblem: Olivenzweig in einem Kreis  
Zusammensetzung der ursprünglichen Gründer:

11 Bürokraten, 5 Gewerkschafter, 7 Ex-Parlamentarier, 9 Selbstständige, 1 Unternehmer, niemand aus der Beratenden Versammlung  
Gründungsdatum: 06.06.83  
Vetos: 50 (bei 78 bis zum 24.08.83 benannten Gründern)



**Wesentliche Programmpunkte:**

Die SODEP stellte neben den wesentlichen Aussagen des Programmes noch 7 Prinzipien (im Unterschied zu den sechs Prinzipien der CHP) auf: Verbundenheit mit den Prinzipien von Atatürk, der Mensch soll den höchsten Stellenwert bekommen, die Kraft kommt aus dem Volk, keine Abwendung von der pluralistischen, demokratischen Herrschaft, Steigerung der Produktion, Stärkung der Unabhängigkeit, Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit.

**Aus dem Programm:**

- \* Streik ist ein unverzichtbares Recht.
- \* Die Landreform muß durchgeführt werden.
- \* Strategische Bodenschätze müssen vom Staat ausgebeutet werden.
- \* Die NATO ist notwendig; Beteiligung an der EWG.
- \* Der Staat schreitet ein, wo der Privatsektor versagt.
- \* Kein Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit.

Inzwischen steht in dieser Partei fest, daß der als Gründer abgelehnte Erdal İnönü wieder Vorsitzender der Partei wird. Von den aktiven sozialdemokratischen Kräften sind trotz der Erstarkung der HP nicht sehr viele in dieses Lager abgewandert, allerdings muß die Konkurrenz aus den Kreisen um Ex-Ministerpräsident Bülent Ecevit ernstgenommen werden. Über sein Sprachrohr, den Ex-Türk-Is-Chef Halil Tunc, hatte Ecevit vor den Wahlen verkünden lassen, daß eine Organisation nur über die Felder und Fabriken laufen könne. In Wirklichkeit wird an der Organisation dieser Partei der "Demokratischen Linken" in Stadtteilkomitees gearbeitet, und man kann gespannt sein, ob dieser Flügel in

der Lage ist, eine starke Linke auf die Beine zu bringen (s. dazu den Teil 'Perspektiven in der Wahlanalyse').

**Auswirkungen des Wahlgesetzes**

Als am 13.06.1983 das neue Wahlgesetz für die Türkei in Kraft trat, wurde hiermit auch festgelegt, in welcher Form die ersten Wahlen am 6.11.83 durchzuführen sind. Die Kandidaten für einen Parlamentssitz wurden demnach durch den Gründerrat der für die Wahlen zugelassenen Parteien ausgesucht, gleichzeitig aber behielt sich der Nationale Sicherheitsrat einen Einspruch gegen die Kandidaten vor.

Diese Vetos betrafen die zu den Wahlen zugelassenen Parteien (MDP, ANAP und HP) nicht sehr stark: MDP: 74; HP: 89; ANAP: 81. Sehr hart betroffen aber waren die unabhängigen Kandidaten. Hier hatte es mit 475 Bewerbungen eine wahre Flut gegeben, da sich viele potentielle Politiker in den erlaubten Parteien nicht repräsentiert fühlten. Für diese Einzelkandidaten galt zwar nicht die Bestimmung, die landesweit eingeführt 10 %-Hürde zu nehmen, aber sie hatten auch keine Möglichkeit, Ersatzkandidaten bei einer Ablehnung zu benennen.

Während die Rate der Ablehnung von Kandidaten bei den Parteien zwischen 18 und 24 % lag, stieg dieser Prozentsatz bei den Unabhängigen auf 90 %. Das heißt, hier wurden 428 Kandidaten abgelehnt, und nur 47 Unabhängige konnten sich an den Wahlen beteiligen.

Bei der Frage um den Wahlausgang stand zu einem gewissen Teil auch die Frage im Hintergrund, ob durch einen enormen Stimmenzulauf zu den unabhängigen Kandidaten vielleicht auch ein Protest gegen diese Wahlen ausgedrückt werden würde. Da aber sowieso nur noch die Kandidaten zur Wahl standen, gegen die die Junta keine Bedenken hatte, konnte mit einem solchen Stimmenzuwachs nicht gerechnet werden. Die Unabhängigen erhielten denn auch ganze 1,1 % der Stimmen. Damit waren auch die übriggebliebenen 47 Kandidaten aus dem Rennen. Aufgrund des Wahlgesetzes hätten sie sowieso kaum eine Chance gehabt.

Nach dem bestehenden Wahlgesetz ist es den Parteien einmal landesweit vorgeschrieben, über die 10 %-Hürde zu kommen (d.h. Parteien mit regionalen Schwerpunkten haben kaum eine Chance), dann aber müssen sie in jedem Wahlbezirk auch noch mehr als den Anteil der gültigen Stimmen erhalten, der sich bei der Teilung dieser Stimmen durch die Zahl der zu wählenden



Abgeordneten ergibt. Konkret heißt das, in einem Wahlbezirk, in dem vier Abgeordnete zu wählen sind, benötigt eine Partei mehr als ein Viertel der Stimmen, bei drei zu wählenden Abgeordneten entsprechend mehr als ein Drittel der Stimmen. Das gleiche Prinzip gilt auch für die unabhängigen Kandidaten, das heißt, auch sie hätten in den Wahlbezirken erst einmal den Anteil erreichen müssen.

Auch bei den Parteien wird dieses Phänomen überdeutlich. Es zeigt sich, in welcher Form die mächtigen Parteien noch einmal begünstigt

werden. So haben die Parteien im Gegensatz zu den von ihnen erreichten Stimmenprozenten eine ganz unterschiedliche Repräsentation im Parlament:

ANAP: erreichte Stimmenprozente: 45,1 %,  
Prozente der Parlamentssitze: 53,4 %.  
HP: Stimmenprozente: 30,2 %,  
Parlamentssitze: 29,3 %.  
MDP: Stimmenprozente: 23,3 %  
Parlamentssitze: 17,3 %.

Das gleiche läßt sich auch an den Stimmen verdeutlichen, die für einen Abgeordnetenstiz notwendig waren. Es waren für die:

Türkei insg. 43.351 Stimmen,  
ANAP 37.027 Stimmen,  
HP 45.333 Stimmen,  
MDP 57.131 Stimmen.

Bei diesem System fallen dann ein Masse von Stimmen schlicht und einfach unter den Tisch, da, falls der vorgeschriebene Anteil für die Wahl eines Abgeordneten in dem jeweiligen Wahlkreis nicht erreicht wird, die abgegebenen Stimmen nichts mehr wert sind. Insgesamt fielen so 1,5 Millionen von 19 Millionen Stimmen unter den Tisch. Wieder war die MDP als schwächste Partei dieser Wahlen am stärksten davon betroffen:

MDP: 857.708 Stimmen;  
HP: 408.687 Stimmen;  
ANAP: 106.095 Stimmen;  
Unabhängige: 192.537 Stimmen.

Man mag für diese Wahlen daraus den Schluß ziehen, daß die Ungerechtigkeit (fast 10 % der Stimmen nicht repräsentiert) bei diesen Wahlen gegen den herrschenden Apparat gewirkt haben, sollte dabei aber nicht vergessen, daß alle Parteien und alle Kandidaten von der Junta 'abgesegnet' waren. Für die Zukunft sollte also erwartet werden, daß es um dieses Wahlgesetz noch einige Auseinandersetzungen geben wird.

Es gelang lediglich 4 unabhängigen Kandidaten, in das Parlament einzuziehen. Der Ministerpräsident Bülent Ulusu und drei weitere Minister hatten bei der MDP (als Unabhängige) kandidiert. Nach der Wahlniederlage (vielleicht war sie von diesen 'Spitzenpolitikern' durchaus kalkuliert worden) sind sie nicht in die Partei eingetreten. Bülent Ulusu war eine Zeitlang als möglicher Parlamentspräsident im Gespräch, soll aber nun doch wiederum für 'größere Aufgaben' geschont werden. Im Prinzip zeigt diese unentschlossene Haltung lediglich, daß man sich noch nicht über die politische Kraft im Lande im Klaren ist; denn würde man der ANAP



eine überdauernde Stärke vertrauen, wäre es für die Profis der Militärdiktatur ein Leichtes, dieser Partei beizutreten. Das Karussell der Abgeordnetenstize und -diäten hat also wieder begonnen. Aber zumindest für die nächste Legislaturperiode ist der Dampf raus, denn das System hat es vermocht, eine Ein-Parteien-Regierung an die Macht zu bringen. Und wer meinte, daß Özal der mißliebige Kandidat der Militärs dabei war, sieht sich auch bei dem reibungslosen Ablauf der Besetzung der Ministerposten eines Besseren belehrt.

# Reif für die Demokratie

Die Militärdiktatur in der Türkei wird im In- und Ausland sehr gerne damit verteidigt, daß man der Bevölkerung in der Türkei unterstellt, sie sei noch gar nicht reif für eine Demokratie. Es wird insgeheim behauptet, daß das Volk es gewohnt sei, Anordnungen von oben zu erhalten, und daß es nur ungerne selber Verantwortung im Staate (und sei es auch nur in Form eines Wahlzettels) übernehme.

Um dieses Vorurteil einmal näher untersuchen zu können, ist das Wahlverhalten der Bevölkerung nach über 4 Jahren Abstinenz ebenso entscheidend, wie die Stimmung und Haltung gegenüber den Wahlen, die man vorher beobachten konnte. Dieser Artikel wird deshalb vorrangig Stimmen aus der Bevölkerung zu den Wahlen des 6. November 1983 wiedergeben und dabei eine Antwort auf die Frage suchen, ob die Türkei denn reif für eine westliche Demokratie ist.

Trotz einer Wahlbeteiligung von über 90% (das höchste Ergebnis in den letzten 30 Jahren) hat es in der Türkei kaum einen Wahlkampf gegeben, der so langweilig verlief, wie der von 1983. Während die Wahlreiser der großen Kontrahenten Ecevit von den Sozialdemokraten, und Demirel für die Konservativen, in den 70er Jahren immer zu wahren Volksfesten ausarteten, die sich mit jeder guten Kundegelegenheit messen konnten und Hunderttausende von Menschen auf die Straßen brachten, waren es bei den drei Parteien, die sich an den Wahlen vom 6. November beteiligen durften, maximal 10.000 Zuhörer, wobei es in der größten Stadt, Istanbul, nicht mehr als 5.000 gewesen sein dürften.

Selbst die in den letzten zwei Wochen vor den Wahlen mit großer Aufmachung veranstalteten Fernsehdiskussionen haben bei den meisten Bürgern im Lande kaum mehr als ein müdes Lächeln erzeugen können. Es war zu beobachten, daß in den Teestuben mit einem Fernsehapparat nicht einmal die Hälfte der Besucher auf den Bildschirm schaute, und in den Wohnungen setzten sich die Familien auch lieber zu einem Spiel oder zum Handarbeiten zusammen, als die einmalige Gelegenheit zu nutzen, einem großen Teil des Abendprogrammes in Farbe zu betrachten. Dies ist umso erstaunlicher, als das Fernsehprogramm der Türkei nun wirklich nicht mit Spannung geladen ist. In der Zeit zwischen 20 und 23.00 Uhr (länger wird aus Gründen der Energieeinsparung nicht ausgestrahlt) gibt es außer Nachrichten mit Stanbildern und einigen verklemmten Künstlerauftritten jeden Abend maximal einen Film, der meistens einer amerikanischen Serie entnommen ist. Aus diesem Grunde hätte man erwarten können, daß eine Abwechslung auf dem Bildschirm auch großes Interesse erweckt hätte.

Das allgemeine Desinteresse aber lag hauptsächlich an der Tatsache, daß die Bevölkerung insgeheim wußte, daß die Wahlen keine großen Veränderungen in der Türkei bringen würden und deshalb eine wichtige Entscheidung für sie gar nicht bevorstand. Es kann wohl behauptet werden, daß die Wahlbeteiligung unter 60% gelegen hätte, wenn der Druck, zu den Wahlen zu gehen, nicht so groß gewesen wäre (wer legt schon gerne ein Fünftel seines Monatslohnes als ü Strafe auf den Tisch und muß sich dann als vorbestraft fühlen?).

Das Interesse an den Wahlen beschränkte sich auf die Frage: "wenn ich schon eine Stimme abgeben muß, wo ist sie dann am besten untergebracht?" Die Grundhaltung dabei war, daß die Sache irgendwie weitergehen muß, und dafür suchte man nach der angemessenen Lösung. Bei Gesprächen in den Dorfcasos kam keine Diskussion über den richtigen Kandidaten auf. Wer immer sich öffentlich zu einem Kandidaten bekannte, brauchte nicht mit Opposition zu rechnen, außer daß er von seinem Nachbar hörte, daß dieser sich anders entschieden hatte. Kann man die Diskussionen vor früheren Wahlen mit den Auseinandersetzungen unter Fußballfans um die bessere Mannschaft vergleichen, so wurde dieses Mal in der Form des Lebensmitteleinkaufs diskutiert ("was schmeckt mir besser?"). Auch

für die Entscheidung des Einzelnen gab es keine langen Begründungen. Es hieß dann: "Ich wähle die Partei des Hahnes (MDP), weil sie die Politik der Generale weitermacht." "Ich entscheide mich wohl für die HP, weil sie für die Benachteiligten eintritt." "Außer Özal gibt es keinen, der Ahnung von Politik hat." Die Stimmung in der Bevölkerung täuschte lediglich an einem Punkt, nämlich die Anzahl derer, die durch einen offenen Boykott oder durch ungültige Stimmen die Wahlen grundsätzlich kritisieren wollten. Überall war in den unterschiedlich-

doch nicht als Sympathisant dieser Parteien angesehen werde.

Es war also schon vorher klar, daß die Wahl eine Reaktion auf die Diktatur des 12. September sein würde. Allerdings ließ sich der Faktor von Juntachef Kenan Evrens Poularität in der Bevölkerung nicht eindeutig festlegen. Nach den Äußerungen in der Bevölkerung stand eher zu vermuten, daß er mit seiner gewaltigen Rede am 4.11.83 im Fernsehen doch noch den Ausgang zu Ungunsten von Özal beeinflussen könnte. An diesem Punkt aber bewahrheitete sich, daß die Bevölkerung der Türkei einen traditionellen Widerwillen gegen allzu elitäres Gebaren hat. Ob nun von Evren kalkuliert oder nicht, seine Rede wirkte eher das Gegenteil, d.h. sie trieb noch weit mehr Wähler in die Arme der als juntafeindlich erscheinenden ANA.P.

Wie schon bei anderen Wahlen vorher gab es auch eine andere Grundstimmung, die eigentlich als Parteifeindlichkeit bezeichnet werden kann. Die bürgerlichen Parteien in der Türkei haben ihr Geschäft immer



sten Versionen das "tak-tak-tak" als Symbol der Stimmenabgabe für alle drei Parteien (und damit ungültig) zu hören. Obwohl die Zeichensprache vermuten ließ, daß es sich hier um geheime Propaganda handelte, war die Anzahl derer, die in der Öffentlichkeit eine solche Haltung kundtaten, doch besonders groß. Das Ergebnis von 7,1% Nichtbeteiligung und 4,9% ungültigen Stimmen aber zeigt, daß diese Propaganda nicht durchgeschlagen hat, denn eine solch bewußte Anhaltung gegen die staatlich verordnete Wahlplattform wurde insgeheim von vielen doch als Verrat am Vaterland empfunden.

Auffallend war schon vor den Wahlen, daß es praktisch nur der Vaterlandspartei (ANA.P) gelungen war, ihre Propaganda auch bis in die Dörfer voranzutreiben. Anscheinend verfügten die offen durch das Militär initiierten Parteien HP und MDP nicht über eine Basis in der Bevölkerung, die z.B. die Verteilung von Wahlbroschüren übernommen hätte. Darüberhinaus konnte man allgemein beobachten, daß nur die ANA.P in offener Form unterstützt wurde. Ladenbesitzer hatten hier und da die "fleißige Biene" von Özal in ihr Schaufenster gehängt und gaben damit ihre stille Unterstützung zum Ausdruck.

Ausschlaggebend dafür, daß praktisch niemand öffentlich für die anderen Parteien eintrat, wenn er nicht selber in diesem Apparat einen Platz innehatte, war die geheime Angst, die Unterdrückung der letzten drei Jahre könnte in naher Zukunft doch in eine Reaktion gegen die Staatsparteien umschlagen. Und für einen solchen Fall wollte man denn

# Das Politikum der Kommunalwahlen oder Sind die Juntaparteien am Ende

Schon für das Frühjahr deuten sich im Parteiengefüge der Türkei neue Veränderungen an. Nach dem Willen der Regierung sollen am 25.3.84 die Kommunalwahlen durchgeführt werden. An diesen Wahlen dürfen sich auch jene Parteien beteiligen, die nicht an den allgemeinen Wahlen vom 6.11.83 teilnehmen konnten. Gerade hier aber lauern die alten gesellschaftlichen Kräfte auf ihre Chance. Sie wollen beweisen, daß sie bei einer regulären Wahl am 6. November die Stimmenmehrheit im Parlament bekommen hätten. Diese Behauptung werden sie erst recht aufstellen, wenn bei den Kommunalwahlen die Parteien der Junta schlechter abschneiden, als die Nachfolger der alten Parteien. Aus diesem Grunde bilden die Kommunalwahlen und die Auseinandersetzungen darum ein Politikum für sich.

Die Auseinandersetzung hinter den Kulissen um die Vormacht auf der politischen Bühne im Lande hatte schon vor den Wahlen zum Parlament deutlich gemacht, daß die Junta nicht alle ihre Vorhaben durchsetzen konnte. Der Gesetzesentwurf des Generals Tümer, daß auch bei den Kommunalwahlen nur die für die allgemeinen Wahlen zugelassenen Parteien mitmachen dürfen, war in allen Ausschüssen der Beratenden Versammlung abgeschmettert worden, sodaß er schließlich den Entwurf wieder zurückzog.

Neben der Tatsache, daß die Junta die 16 verbannten Politiker wieder freiließ, war dies wohl das deutlichste Zeichen für einen Schritt nach rückwärts durch die Generale. Inzwischen haben die Nachfolgeparteien für die alten politischen Kräfte im Lande mit zahlreichen Provokationen deutlich gemacht, daß sie eine Einmischung der Militärs in die Politik ablehnen. Während auf der konservativen Seite die „Partei des Rechten Weges“ (DYP) als Nachfolgeorganisation für die Gerechtigkeitspartei (AP) von Süleyman Demirel durch Masseneintritte von Ex-AP-Abgeordneten der Junta zeigt, daß sie auch die Strategie der verbotenen „Partei der Großen Türkei“ (BTP) (der Masseneintritt von Ex-Parlamentariern hatte bei der BTP zur Schließung geführt), setzt die sozialdemokratische Partei SODEP wieder ihren mit Veto belegten Vorsitzenden Erdal İnönü ins Amt. Hinzu kommt, daß insbesondere aus den Kreisen der DYP sehr starke Töne zu vernehmen sind. Worte wie „es gibt gehängte Staatsmänner, denen man später ein Denkmal setzte, und es gibt Perioden, in denen Personen hochkommen, an die später nur verstaubte Archive erinnern“ sollen für die Junta und ihren Kandidaten Turgut Özal ein deutliches Zeichen sein, daß ihre Tage gezählt sind.

Von Seiten der Militärs wurde auf diese Provokationen bisher nicht reagiert. Was noch vor einigen Monaten zur Schließung einer Partei und etlichen Ermittlungsverfahren gegen die Politiker führte, wird nun schlicht und einfach hingenommen. Möglich wäre der Gedanke, daß die Junta dadurch den Ministerpräsidenten Turgut Özal noch stärker an sich binden will. Trotzdem bleibt aber die wahre Stärke der alten/neuen Parteien ein Rätsel. Derzeit verfügen sie über keine erkennbare Macht im Staate. Es ist fraglich, wieviele Leute sich eine kraftvolle Politik von den „alten Füchsen“ erwarten.

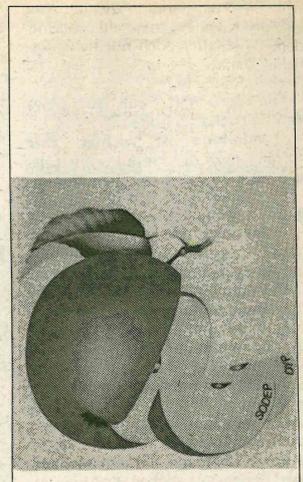
Die Zahlen der Parteieintritte sprechen zwar eindeutig für SODEP und DYP, sowie die RP („Partei des Wohlstandes“; als Fortsetzung der MSP), die derzeit schon die Mindestvoraussetzungen für eine Beteiligung an den Kommunalwahlen erfüllt haben. Sie dürften auf der lokalen Ebene auch über wesentlich bessere Beziehungen verfügen, sodaß sie eine ernsthafte Konkurrenz für die Parteien von Juntas Gnaden bei der Besetzung der Kommunalparlamente werden dürften.

Aus diesem Grunde verlegte Ministerpräsident Turgut Özal die Kommunal-

wahlen auch kurzerhand nach vorne, auf den 25. März, in der Hoffnung, daß bis dahin die anderen Parteien ihre Vorbereitung nicht abgeschlossen haben. Außerdem wäre in vielen Regionen auch eine Wahlbeteiligung aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen nicht möglich. Die Regierungspartei ANAP verfolgte dabei eine etwas naiv anmutende Strategie bei dem Gesetz zu den Kommunalwahlen. Sie gingen nach den Besprechungen in ihrer Fraktion gleich zur Abstimmung über, sodaß die Opposition in Form der linken HP und der rechten MDP überhaupt keine Chance hatten, sich zu der Sache zu äußern.

Die schwache Opposition von HP und MDP atmete nach dem Beschluß des Staatspräsidenten und Juntachefs Kenan Evren wieder auf, weil dieser beschlossen hatte, daß das Gesetz noch einmal im Parlament beraten werden müsse. Für sein in der Verfassung verankertes Recht auf ein Veto führte Evren dann aber noch juristische Gründe ins Feld, die von der Regierung nicht so leicht zu entkräften sind.

Die Regierung hat nun zwei Möglichkeiten. Entweder sie legt das Gesetz im gleichen Wortlaut noch einmal dem Staatspräsidenten vor, dann muß dieser unterschreiben, ein Konflikt zwischen Ministerpräsident und Staatspräsident ist dann aber vorprogrammiert. Bei der zweiten Lösung, nämlich der Vorlage mit einigen Veränderungen, kann der Staatspräsident erneut ein Veto einlegen, und auch hier liegt genügend Zündstoff. In diesem Faktum liegt das zweite Politikum der Kommunalwahlen.



Weitaus entscheidender aber ist, ob es in der Bevölkerung eine Mehrheit für die „alten“ oder für die „neuen“ Parteien gibt. Momentan läßt sich wohl eindeutig sagen, daß die „militärischen“ Parteien HP und MDP von der Bildfläche verschwinden werden, das heißt, sie werden nicht annähernd so gute Resultate erzielen wie bei den allgemeinen Wahlen. Aus diesem Grunde versucht die HP auch eine Vereinigung mit der SODEP, damit die „linken“ Stimmen nicht gespalten werden.

ANAP wird sich zunächst einmal mit der Konkurrenz von der DYP auseinandersetzen müssen. Ein Teil der Stimmen kam aber auch von den Anhängern der früheren MSP, die jetzt in der RP organisiert sind. Da die RP an den Kommunalwahlen beteiligt sein wird, dürfte hier der Philosoph der Mittelschicht, wie sich Özal gerne nennt, wohl erhebliche Stimmenvorluste einstecken, wenn er nicht vorher durch spektakuläre Aktionen wieder das Wählerpotential an sich bindet. Es ist allerdings ungewiß, ob SODEP und DYP der ANAP wirklich den Rang ablaufen können. Dennoch ist diese Auseinandersetzung von Wichtigkeit, denn bei einer großen Niederlage der Regierungspartei dürften sogar vorgezogene Wahlen zur Debatte stehen.

# Neues Anwaltsgesetz schaltet Verteidigung aus Rechtsanwälte unterm Damoklesschwert

Rechtzeitig zur "Demokratisierung" der Türkei ließen die Generäle von ihrer beratenden Versammlung noch das türkische Anwaltsgesetz so abändern, daß auch die letzten Möglichkeiten einer Verteidigung ausgeschaltet sind: Mißliebigen Anwälten droht nun Berufsverbot, die Unabhängigkeit der Berufsorganisationen - Anwaltskammern wird aufgehoben.

Seit dem Militärputsch kann in der Türkei, insbesondere in den politischen Strafverfahren, von einer Verteidigung im juristischen Sinne nicht die Rede sein. Durch repressive Bestimmungen (Sprechzeit mit den Mandanten 3 Minuten nur im Beisein von Soldaten, Beschränkung der Akteneinsicht,...) sowie diverse Schikanen wurde das Recht auf Verteidigung untergraben. Die wenigen Rechtsanwälte, die sich überhaupt bereit fanden Mandate in den politischen Massenprozessen zu übernehmen, ließen sich damit nicht nur auf einen juristisch meist aussichtslosen Kampf ein, sondern setzten sich auch zunehmend selbst der Verfolgung der Junta aus. Zahlreiche Anwälte, die sich für ihre Mandanten engagierten und insbesondere gegen die Folterungen auftraten, wurden selbst inhaftiert, mißhandelt, von Polizeikräften bedroht, ihre Büros durchwühlt und zertrümmert, mehrere Anwälte sind inhaftiert.

Umso höher ist das Engagement derjenigen Rechtsanwälte einzuschätzen, die sich trotz all dem unbeirrt für ihre Mandanten einsetzen. Mit dem neuen Anwaltsgesetz wollen die Machthaber nun auch noch die minimalen verbliebenen Verteidigungsmöglichkeiten ausschalten.

## BERUFSVERBOTE GEGEN RECHTSANWÄLTE

So muß nach der neuen Vorschrift jeder Rechtsanwalt, gegen den ein Strafverfahren eröffnet wird, innerhalb von zwei Monaten aus der Anwaltskammer ausgeschlossen - also mit Berufsverbot belegt werden, da nur von den Anwaltskammern zugelassene Rechtsanwälte praktizieren dürfen. Kommt die Anwaltskammer dieser Pflicht (zum Ausschluß) nicht nach, so wird das Berufsverbot vom Justizministerium oder gar dem Gouverneur der jeweiligen Provinz verhängt.

Nach den bisherigen Bestimmungen wurden in der Türkei (wie in den meisten Rechtssystemen) Personen die zu einer Strafe von einem Jahr oder mehr rechtskräftig verurteilt / vorbestraft waren, nicht zum Anwaltsberuf zugelassen bzw. mussten von der Kammer ausgeschlossen werden. Dies galt jedoch nur für 'kriminelle' Delikte (Diebstahl, Fälschung, Betrug, Raub, etc.)

+ nach dem neuen Gesetz gilt dies nun auch für die sog. "Gesinnungsdelikte" - politische Überzeugung, Beleidigung von Staatsorganen...

Dies macht jede Verteidigung von vornherein unmöglich, da jedes Wort, jede Äußerung, die im Rahmen der Verteidigung gemacht wird, als "Beleidigung des Gerichts" oder von Staatsorganen gehandelt werden kann. Bereits in der Vergangenheit wurden -zig Rechtsanwälte, die im Verfahren zum Beispiel Folterungen an ihren Mandanten zur Sprache brachten und protokollieren lassen wollten wegen "Beleidigung von Sicherheitskräften" angeklagt. Der neue Erlaß ermöglicht es jedem Richter, jedem Staatsanwalt oder anderen Staatsorganen gegen mißliebige Rechtsanwälte unter beliebigen Vorwänden ein Verfahren anzustrengen, was automatisch ein Berufsverbot für den betroffenen Anwalt nach sich zieht. Denn:

+ nach den bisherigen Bestimmungen wurde der Ausschluß aus der Kammer nach rechtskräftiger Verurteilung eingeleitet; nach dem neuen Erlaß muß automatisch der Ausschluß erfolgen, sobald ein formeller (richterlicher) Eröffnungsbeschluss ergeht, also zumindest ein "vorläufiges" Berufsverbot erteilt werden. Da sich diese Verfahren (auch wegen Geringfügigkeiten) aber über Jahre hinziehen können, bedeutet in der Türkei auf Grund der wirtschaftlichen Situation jedes "vorläufige" Berufsverbot, die Existenzvernichtung des Anwalts und damit ein endgültiges Berufsverbot. Da es nach der türkischen Strafprozessordnung keine Vorschrift über die längste einzuhaltende Frist zwischen zwei Verhandlungstagen gibt (BRD z.B. 10 Tage) laufen derzeit in der Türkei hunderte von Verfahren gegen Rechtsanwälte, in den nur alle paar Monate ein Prozesstermin stattfindet, oft liegen schon Monate zwischen dem Eröffnungsbeschluss und dem eigentlichen

Beginn der Verhandlung. All diese Verfahren reichen jedoch aus, um nach den neuen Bestimmungen zumindest ein "vorläufiges" Berufsverbot zu verhängen und kaum ein Rechtsanwalt kann es sich leisten über 1 oder 2 Jahre hinweg trotz Berufsverbot sein Büro aufrechtzuerhalten und zu überleben.

Nach Schätzungen türkischer Rechtsanwälte laufen derzeit etwa 300 Verfahren gegen Rechtsanwälte. (Diese Zahl ist unserer Schätzung nach eher niedrig angesetzt, da allein gegen einzelne Rechtsanwälte 5 oder mehr Verfahren laufen.) Nur ein Teil dieser Verfahren beruht auf Anklagen direkt aus der Verteidigtätigkeit. (hauptsächlich Beleidigung) Andere Verfahren beziehen sich auf Äußerungen gegenüber der Presse, oder dem Ausland oder aber auf politische und gesellschaftliche Aktivitäten von Rechtsanwälten vor dem 12. September 1980, als Mitglieder jetzt verbotener Parteien oder Vereinigungen. So gehörten zu den Angeklagten im bekannten Prozess gegen das Friedenskomitee neben Orhan Apaydin, dem ehemaligen Vorsitzenden der Anwaltskammer in Istanbul - noch mehrere bekannte Anwälte. (s. weiterer Artikel in dieser Ausgabe)

Selbst wenn die Mehrheit oder gar 90 % all dieser angeklagten Rechtsanwälte schließlich freigesprochen würden, reichten die angestregten Verfahren aus um hunderten von Anwälten ein Berufsverbot zu erteilen und um einen ganzen Berufsstand ein zuschüchtern und zum Schweigen zu verdammen.

## EINSCHÜCHTERUNG DER ANWÄLTE = AUSSCHALTUNG DER VERTEIDIGUNG

So ist es auch nicht das eigentliche Ziel der neuen Verfügung, möglichst vielen Anwälten ein Berufsverbot zu erteilen. Was viel entscheidender ist, daß das Damoklesschwert des Berufsverbots es ermöglichen soll, alle Rechtsanwälte einzuschüchtern und damit zum Schweigen zu bringen. Orhan Apaydin, der jetzt zu 8 Jahren Strafe verurteilt wurde, drückt es folgendermaßen aus: "Besonders in politischen Strafverfahren wird die Verteidigtätigkeit praktisch völlig unmöglich. Tatsächlich wird es möglich, gegen die Anwälte, deren Verteidigung unerwünscht ist, einen öffentlichen Prozeß anzustrengen und sie damit aus ihrem Amt zu entfernen. .... Allein durch diese Bedrohung wird die Verteidigung enorm eingeschränkt. Denn der Anwalt wird vor jedem Wort das er ausspricht befürchten müssen, daß es als strafbare Handlung angesehen werden könnte."

Ein Rechtsanwalt verteidigt die Rechte von Menschen, damit nimmt er immer eine Seite ein. Damit kann sich der Rechtsanwalt - in Ausübung seiner Verteidigungsaufgaben - leicht die Feindschaft der Gegner seines Mandanten, also der Staatsanwaltschaft oder der politischen Machthaber zuziehen. Auf Grund dieser Feindschaft können auch (künstliche) Denunziationen erfolgen. ..."

## GÄNGELUNG DER ANWALTSKAMMER

Eine weitere Verschlechterung für die Rechtsanwälte erfolgt durch die Gängelung der Anwaltskammern, die mit dem neuen Gesetz lt. Kommentaren türkischer Anwälte "zum verlängerten Arm der Justizbehörde" degradiert werden.

Waren die Anwaltskammern in der Vergangenheit selbstorganisierte und selbstverwaltete Ständesorganisationen, so unterstehen sie nun der Kontrolle der Justizbehörde. Ihre Tätigkeit wird im allerengsten Sinne auf die Vertretung der reinen Berufsangelegenheiten eingengt. Jede Stellungnahme zu allgemeinen Fragen, jede politische Betätigung, Stellungnahme Unterstützung politischer Parteien oder anderer Berufsorganisationen oder die (passive) Unterstützung durch diese ist generell verboten. Darüberhinaus ist allen Anwälten, die in irgendeiner Weise "staatsfeindlich" gesinnt sind oder aber "für eine Zerstörung der Einheit von Staat und Nation" eintreten (also z.B. Kurden) eine Mitgliedschaft oder gar Funktion in der Kammer verwehrt. Die Kontrolle dieser Verbote sowie die Durchführung der "entsprechenden Maßnahmen" (Absetzung des Kammervorstands, Auflösung d.Kammer) obliegt wiederum dem Justizministerium, kann aber in bestimmten Fällen auch vom Gouverneur der betreffenden Provinz oder sogar vom Landrat - jedenfalls von Nichtjuristen - vollzogen werden. Apaydin: "Ein solches Verständnis von Anwaltskammer hat es noch nirgendwo auf der Erde gegeben, gleich in was für einem Regime."

## "RECHTSANWALT VON JUNTAS GNADEN"

Gewünschtes "Endprodukt" dieses Gesetzes, ist der - wie Apaydin es formuliert - "Typ des beauftragten Anwalts" der das Vertrauen des Regimes genießt.

Da durch das neue Gesetz nicht nur die einzelnen Anwälte eingeschüchtert, sondern auch die Berufsorganisationen eingeschränkt sind, hat es bisher keine eindeutigen Reaktionen der Anwaltschaft gegen dies neue Gesetz gegeben.

Wohl hat sich die Istanbul Anwaltskammer geweigert, dem Ersuchen des Justizministeriums nach einem Ausschluß ihres Vorsitzenden Apaydin nachzukommen und dies in einem vierseitigen Schreiben begründet. Die Weigerung stütze sich jedoch im wesentlichen auf formale Gründe. Es ist uns auch bisher kein Fall bekannt geworden, indem eine Anwaltskammer von sich aus ein Mitglied (wegen eines laufenden Verfahrens) ausgeschlossen hätte. Nach dem Motto "dem Justizministerium nicht die Dreckarbeit abnehmen" haben sich die Kammern eher abwartend passiv verhalten, ohne jedoch öffentlich gegen diese Maßnahmen aufzutreten. Dazu kommt, daß entsprechend dem neuen Gesetz derzeit in allen Kammern - erwahlen stattfinden. Hierbei sind bereits einige ehemals demokratische Kammern in die Hände der Rechten übergegangen. Die weitere Entwicklung wird zeigen, inwieweit sich die Anwaltschaft zum erwünschten Typ des (staatlich) 'beauftragten' Anwalts degradieren lassen wird. Unsere uneingeschränkte Solidarität muß all den Anwälten gelten, die sich aktiv für ihre Mandanten einsetzen und von Strafverfahren, Berufsverbot und Knast bedroht sind. Insbesondere die Anwaltsorganisationen in der BRD rufen wir auf, sich um das Schicksal ihrer Berufskollegen in der Türkei zu kümmern, nicht nur der Anwälte wegen: "Wenn die Ausübung des Anwaltsberufes nicht gewährleistet ist, ist der Schutz und Gebrauch der Menschenrechte und -freiheiten nicht möglich."

(alle Zitate sind einem Artikel des türkischen Magazins "NOKTA" der Ausgabe vom 24. Okt. 1983 entnommen.)

# „...Ihre Liebe zu Vaterland und Nation zu verstärken

Ihre Neigung zu Terror und Anarchie zu vernichten!!  
Neue Strafvollzugsbestimmungen in der Türkei

Mit Wirkung vom 12.9.1983 (Veröffentlichung im Amtsblatt) wurden für die Türkei neue Vollzugsbestimmungen eingeführt, deren wichtigste Punkte zum einen die Einführung von Spezialgefängnissen für politische Gefangene und eine Verschärfung der Besuchsbestimmungen beinhalten. Der große Hungerstreik der Gefangenen in der Türkei im August dieses Jahres richtete sich zum Teil gegen diese Maßnahmen. Darüberhinaus werden ausführlich die Zielsetzungen der politischen Umerziehung beschrieben, die wir im folgenden auszugsweise wörtlich zitieren.

"Durch Ausendiglernen Atatürks ... zu einer freien Weltanschauung"

"& 110 Maßnahmen zur Besserung und Ausbildung (Treatment)"

Die Maßnahmen zur Besserung und Ausbildung sollen den Verurteilten dazu erziehen, in Achtung vor dem Gesetz zu leben, seine Gedanken und Einstellungen zu ordnen, gegenüber seiner Familie und der Gesellschaft persönlich und sozial Verantwortung zu entwickeln, ein normales Leben zu führen und selbst seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können ...

zu vernichten und ihre geistige Entwicklung zu ermöglichen ..."

Entsprechend diesen 'weltoffenen' Erziehungszielen (Atatürk, Atatürk...) sind auch die Bestimmungen über die Gefängnisbüchereien abgeändert worden. & 89: "In jeder Anstalt ist eine Bibliothek einzurichten, mit Büchern, die die Erziehung der Häftlinge ermöglichen, ...ihnen Liebe zu Mensch, Heimat und Nation beibringt, ihnen der Reformen und Prinzipien Atatürks, türkische Geschichte und Kultur bekannt macht ..."

Während in der Vergangenheit viele Gefangene - besonders die politischen Gefangenen - den Gefängnisaufenthalt zur eigenen und gegenseitigen Weiterbildung nutzten, und es den Angehörigen möglich war, Zeitschriften und Bücher in die Anstalten zu schicken, werden die Bücher, Zeitungen und Zeitschriften für die Gefängnisbüchereien nun direkt zentral vom Justizministerium angeschafft. Über Bücher, die als Spende angenommen werden, entscheidet die Staatsanwaltschaft.

Diese prüft gewissenhaft, ob diese Bücher tatsächlich den oben genannten Erziehungskriterien entsprechen und nicht gar irgendwo in der Türkei verboten sind. Auch das reicht noch nicht: "Außer den Atatürk-Prinzipien dürfen keine ideologischen Veröffentlichungen - auch wenn sie nicht verboten sind - in die Anstalt."



Deshalb zielen die Durchführung von Unterricht und Ausbildung (...) darauf ab, daß der Verurteilte sich die Atatürk-Reformen und -prinzipien sowie die nationalen, ethischen, menschlichen und geistigen Werte der türkischen Nation vollständig aneignet und ständig weiterentwickelt, seine Familie, seine Heimat und seine Nation liebt, seine Aufgaben und Verantwortung gegenüber jeder Spaltung der Einheit der Heimat und Nation der Türkschen Republik kennt und dies in seinem Verhalten anwendet, sodas der Verurteilte physisch, geistig, moralisch und gefühlsmäßig ausgeglichen (...) eine freie und wissenschaftliche Denkweise und eine offene Weltanschauung übernimmt, und die Verurteilten zu Menschenrechte und Menschenwürde achtenden, konstruktiven, produktiven und effektiven Menschen erzogen werden ..."

Das ganze noch einmal kurz zusammengefaßt:  
"& 183 Zielsetzung

## Einschränkung der Besuchsmöglichkeiten

Wie bisher beträgt die Besuchszeit einmal alle 14 Tage in der Regel eine halbe Stunde (in den Militärgefängnissen meist nur 5 Minuten. Sämtliche hier genannten Bestimmungen gelten jedoch nur für die "normalen" staatlichen Straf- und Untersuchungsaufstellungen. Da die meisten der politischen Gefangenen vor Militärgerichten angeklagt werden, sind sie während der Vorbereitung und des Verfahrens in den Militärgefängnissen und werden erst nach der Verurteilung in die normalen Straftaftanstalten verbracht.) Während bisher jedoch jeder Angehörige oder Verwandte zum Besuch gehen konnte, ist die Besuchsmöglichkeit jetzt auf einen engen Kreis direkter Verwandter (Ehegatten, Kinder, Eltern, Großeltern, Geschwister, Onkel und Tanten ersten Grades) beschränkt. Freunde, selbst Verlobte oder Cousins sind nun vom Besuch ausgeschlossen oder benötigen eine besondere Genehmigung der Staatsanwaltschaft.

## Hochsicherheitstrakte zur Umerziehung der politischen Gefangenen

Entscheidender Punkt der neuen Vollzugsbestimmungen ist jedoch die Fortsetzung Seite 14

# Die Türkei nach den Wahlen

Mit den Wahlen vom 6.11.1983 hat in der Türkei eine neue Periode begonnen. Selbst wenn auf der einen Seite das von der Militärjunta entworfene System, das Modell Türkei, in vollem Umfang zur Anwendung gekommen ist, so gibt es doch deutliche Anzeichen für einen Umbruch in der Gesellschaft, der dann die Entwicklungen der Militärs rückgängig macht, beziehungsweise die Weichen für eine Neuordnung bietet.

Vom Zeitpunkt der Machtübernahme am 12. September 1980 bis zu den Wahlen für die Nationalversammlung hat die Militärjunta stets alle geplanten Vorhaben durchsetzen können. An keinem Punkt der Entwicklung mußte sie einen Schritt zurück machen. Sie setzte sich mit ihrer Version der Verfassung ebenso wie mit den Gesetzen zu den Gewerkschaften, dem Pressegesetz und anderen drastischen Einschränkungen der persönlichen Rechte (bis hin zur Vollstreckung der Todesstrafe). Das gleiche läßt sich auch für den "Übergang zur Demokratie" sagen. Die Junta hat sich die PöBarteien ausgesucht, die an den Wahlen teilnehmen sollten, ja sogar eigene Parteien ins Rennen geschickt, ohne darauf zu achten, ob eine Verankerung in der Bevölkerung vorhanden war oder nicht. Alle drei Parteien, die von den Militärs akzeptiert wurden, sind nun im Parlament vertreten. Außerdem sitzen in den Bänken lediglich solche Abgeordnete, die wiederum von der Junta "abgesegnet" wurden.

Mit einem absolut erfolglosen Parlament und den wesentlichen Gesetzen für eine starke Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung könnte die Junta eigentlich sicher sein, daß sich in der nächsten Zukunft nichts ändert. Jede Kritik wird auch schon relativ bald auf die Grenzen stoßen, die durch die Verfassung gesetzt wurden.

Welche Bedeutung hat das Wahlergebnis?

Die Wahl von Turgut Özal und seiner Vaterlandspartei zur absoluten Mehrheit im Parlament bedeutet aber gleichzeitig eine Niederlage für die Junta. Ihr verbal stets betonter Wunsch nach der Wahl des Ex-Generals Turgut Sunalp, der ihre Philosophie, die Ideen des 12. Septembers, vertritt, hat Özal in die La-

Fortsetzung von Seite 13

gesetzliche Einführung der neuen Spezialgefängnisse für politische Gefangene (s. dazu ausführlichen Artikel in t.i. Nr. 18), die eine Kombination zwischen Umerziehungslager und Hochsicherheitstrakt darstellen. Ziel der Einführung dieser Spezialgefängnisse ist es nicht nur, die politische Gesinnung und den Widerstand der gefangenen Genossen zu brechen, sondern auch durch ihre gesonderte Unterbringung zu verhindern, daß sie zu einer Politisierung der Hunderttausende sozialen Gefangenen beitragen, wie dies in der Vergangenheit — vor dem Putsch — häufig geschah. Aufgrund der wirtschaftlichen Armut sind auch die normalen Gefängnisse in der Türkei hoffnungslos überfüllt, da die "normale" Kriminalitätsrate — Eigentumsdelikte etc. — sehr hoch liegt. Laut Milliyet vom 20.12.83 wird pro Jahr (!) ein Türke auf sechs straffällig bzw. muß vor Gericht erscheinen. Während sich zur Zeit ein Großteil der politischen Gefangenen vor Beginn oder während des laufenden Verfahrens noch in Untersuchungshaft in den Militärgefängnissen befindet, würden sie nach ihrer Verurteilung als Strafgefängnisse in die normalen Gefängnisse überstellt. Dies soll mit dieser Bestimmung verhindert werden. Darüberhinaus wird noch einmal unterschieden zwischen den "normalen" einfachen politischen Gefangenen, die in "Spezialgefängnissen zur gemeinsamen Umerziehung" untergebracht werden sollen, und den "Kadern" und "Unverbesserlichen", für die die Einzelumerziehung vorgesehen ist.

" & 78 A Spezialgefängnisse zur gemeinsamen Besserung und Ausbildung (Umerziehung)

ge versetzt, alle "Proteststimmen" gegen eine zu starke Bevormundung auf sich zu vereinen. Özal hat in seinen Propagandareisen und den von ihm verwandten Motiven nicht nur Wert darauf gelegt, als Mann der Mitte betrachtete zu werden, sondern ist auch immer bemüht gewesen, sich als Vertreter einer "zivilen" Politik, als nicht staatlich verordnete Partei darzustellen.

Daß diese Wahlen eine Reaktion auf die "zu dick aufgetragene" Schützenhilfe der Junta war, wird durch die MDP selbst ausgedrückt. In der Wahlanalyse dieser Partei heißt es, daß die "Rechnung von drei Jahren Regierungszeit 'uns' aufgebürdet" wurde. Die Tatsache, daß Mitglieder der Beratenden Versammlung auf der Liste der MDP kandidiert haben, wird ebenfalls als Manko bewertet. Als Letztes noch der Vorsitzende mit der 'bösen Mine', der keine Stimmen einbrachte. Hier ist wohl auch eher gemeint, daß die Nähe von Turgut Sunalp mit der Symbolik von Unterdrückung und Haß im Gesicht den Zulauf von Stimmen verhindert hat. Am deutlichsten aber wird diese Selbstanalyse in einer Antwort auf die Frage eines Reporters, in welcher Weise denn dieses eine Protestwahl gewesen sei. Der Vertreter der MDP antwortete darauf: "Das wissen Sie sehr gut." Diese Reaktion sollte aber keinesfalls überbewertet werden. Denn es ist die Wahl des 'geringsten Übels' und begrenzt sich auf eine Auswahl unter den eingeschränkten Angeboten. Es ist in keinem Fall als eine ernsthafte Kritik anzusehen, sondern eben nur als der Keim einer aufkommenden Kritik. Es sind reine Nein-Stimmen, die aber nicht aufzeigen, zu was man sich entscheiden will, wenn mehr Möglichkeiten zur Wahl stehen.

Die Junta war gezwungen, einige Schritte zurück zu tun. Dies betrifft

*Häftlinge, die Anarchie und Terrorverbrechen wie Gewaltanschläge, Bankraub, Sprengstoffbesitz, Mord, Körperverletzung, Menschenentführung, Massenwiderstand und ungesetzliche Organisation aus ideologischen Gründen und mit dem Ziel, die öffentliche Ordnung zu stürzen, das freie demokratische Regime und die Einheit des Staates mit Land und Nation zu zerstören, schuldig sind, werden in besonders gesicherten Spezialgefängnissen zusammengefaßt, wo für sie spezielle Besserungs- und Erziehungsmaßnahmen durchgeführt werden.*

*& 78 B Spezialgefängnisse zur Einzelbesserung und (Um-)erziehung*

*In erster Linie die wegen Anarchie und Terror-Verbrechen Verurteilten, aber auch andere Verurteilte*

*a) wenn festgestellt wird, daß sie sich den Besserungsmaßnahmen nicht fügen und sich als unverbesserlich erweisen und sich gegen Besserung und Erziehungsmaßnahmen auflehnen,*

*b) die in den Strafvollzugsanstalten Prügeleien anfangen und die Lebenssicherheit der anderen Häftlinge und Untersuchungsgefangenen in Gefahr bringen,*

*c) wenn sie innerhalb von 2 Jahren mehr als dreimal Disziplinarstrafen wie Zellenhaft oder verschärfte Haft bei Wasser und Brot bekommen haben*

*werden durch Beschluß der Zentralstelle für Beobachtung und Einstufung und des Justizministeriums in Sondergefängnisse mit Einzel- und Zweimannzellen zur Einzelbesserung und -erziehung geschickt."*

allerdings nicht nur die Wahl und ihr Ergebnis. Schon vor den Wahlen mißlang ihr der Versuch, bei den Regionalwahlen eben nur jene drei Parteien zuzulassen, die man auch für die Parlamentswahlen zugelassen hatte. Gleichzeitig mußte sie auf internationalen Druck hin auch die 16 "verbannten" Politiker wieder freilassen und ist mit dem Ermittlungsverfahren gegen diese Persönlichkeiten auch noch keinen Schritt vorangekommen. Gleich nach den Wahlen nahmen die von ihr abgelehnten Parteien wieder die Formen an, die ihnen durch die Generäle vorher untersagt worden waren: Erdal İnönü wurde wieder Vorsitzender der SODEP, die abgelehnten Gründer der Partei der Großen Türkei (BTP) und der DYP traten neben den Ex-Politikern der AP unter großem Rummel in die DYP ein, und es konnten unbehelligt starke Worte fallen, wie: "Die Nation gründet die Parteien, nicht der Staat. Der Staat kann Parteien nicht verbieten, sondern nur die Nation erteilt den Parteien ein solches Verbot" (Hüssamettin Cindoruk, einer der Verbannten, nach seinem Wiedereintritt in die DYP). Diese "Herausforderungen" an die Junta zeigen, daß man sich schon auf eine erneute Machtprobe eingelassen hat. Auch das sonstige System wird schon wieder in Ansätzen diskutiert. Dies geht sogar so weit, daß die Kompetenzen des Staatspräsidenten (zum Beispiel bei der Ernennung des Kabinetts) trotz der eindeutigen Formulierung in der Verfassung in die Schuldbühne gerade dieser konservativen Politiker geraten.

Was sind die Besonderheiten dieser "Übergangsperiode"?

Von den Militärs war ihr Regime bis zur Installierung eines Parlamentes immer als "Übergangsperiode" bezeichnet worden. Aber die eigentliche Übergangsphase hat jetzt erst begonnen. Es ist abzusehen, daß das System der Junta nicht so ohne weiteres akzeptiert wird. Neben der Kritik an den einzelnen Gesetzen wird gerade auch die Verfassung wieder verstärkt in den Mittelpunkt gerückt. Man kann diese Phase auch getrost als die Tendenz in der Bevölkerung ansehen, eine angemessene demokratische Form zu finden. Gesucht wird desweiteren nach einer neuen Form des Regimes. Allerdings ist dieses Suchen nicht

Wie schon in den Militärgefängnissen üblich, werden Linke zu Faschisten in die Zelle gesteckt:

*"Häftlinge verschiedener politischer Ansichten werden gemeinsam untergebracht."*

und

*"Diejenigen, die eine führende Stellung innehaben, werden von den übrigen gesondert untergebracht. Es wird ihnen keine Möglichkeit gegeben, innerhalb der Anstalt ideologische Schulungen durchzuführen und die anderen zu beeinflussen und zu lenken."*

*"& 198 —...— Arbeitsbedingungen — erweiterte Arbeitsmöglichkeiten"*

*letzter Absatz: "Häftlinge, die sich in den Spezialgefängnissen befinden, dürfen nach Absatz 182 und 210 der Satzung ausschließlich bei den Säuberungsarbeiten der Zellen (Sammelzellen) beschäftigt werden."*

Auch die politischen Gefangenen, die nicht in die Spezial-Umerziehungslager gebracht werden, sollen von den übrigen Gefangenen strang abgeschirmt werden:

*"d) Häftlinge, die wegen ideologischer Straftaten und der Absicht, die gesellschaftliche Ordnung zu stürzen und das freie demokratische Regime und die Einheit des Staates mit Land und Nation zu zerstören, verurteilt sind, werden in gesonderten Traktes oder Großzellen untergebracht. Kontakt dieser mit anderen Straf- und Untersuchungsgefangenen ist zu unterbinden."*

allein auf das Regime und die Verfassung beschränkt. Es wird in der nächsten Zeit verstärkt nach einer neuen Identität auf allen gesellschaftlichen Ebenen gesucht werden (gewerkschaftliche Organisation, künstlerische Aktivitäten etc.). In diesem Prozeß werden alle gesellschaftlichen Kräfte erneut in einen Streit über ihre "Basen" eintreten. Was passiert in dieser Periode mit den sichtbaren Kräften? Die Junta und ihr parlamentarischer Ableger, die MDP, werden abwarten, um an einem bestimmten Punkt dem Treiben wieder Einhalt zu gebieten. Dies könnte durchaus bedeuten, daß die Militärs wieder putschen. Es ist aber nicht abzusehen, wann und zu welchem Anlaß dies geschehen wird. Daß die MDP auf der parlamentarischen Bühne abgedankt wird, dürfte wohl außer Zweifel stehen. Ihre einzige Chance könnte darin bestehen, die Überreste der faschistischen MHP wieder in sich zu vereinen. Dem stehen aber andere Parteigründungen und auch die unterschiedlichen Strömungen in dieser Partei entgegen.



Turgut Özal im Wahlkampf

Özal wurde durch seine Kompromißbereitschaft zum Ministerpräsidenten. Seine wesentliche Aussage zu diesem Punkt ist, daß man mit den Kräften, die einen Neunordnungsprozeß in Gang setzen, zu einer Einigung kommen muß. Die Arme sei es, die den Staat hochhalte. Niemand komme daran vorbei, den Zusammenhalt der Arme und der Nation zu berücksichtigen, sagt er. Seine Kompromißbereitschaft ist aber auf der anderen Seite auch jetzt sein größter Nachteil. Er sitzt praktisch zwischen zwei Stühlen. Nähert er sich zu sehr der Junta an, so wird er seine Wählerschaft enttäuschen und in der Zukunft kaum eine Chance haben. Geht er hier aber auf Kollisionskurs, so erwartet ihn die Tatsache, daß diese Positionen und Felder schon durch andere Parteien (SODEP, DYP) besetzt sind.

Diese zwei Parteien werden bei den Kommunalwahlen im März 1984 ihre erste Prüfung zu bestehen haben. Beide Parteien berufen sich auf die klassischen Modelle einer bürgerlichen Demokratie, müssen aber radikaler auftreten, um sich von Özal abgrenzen zu können. Während sie sich derzeit aber mit den Junta-Kräften anlegen, indem sie sich direkt-indirekt gegen das Verbot der Betätigung von ehemaligen Politikern wenden, dürfte gerade diese Art der Propaganda auch ein Stück Unpopularität beinhalten, denn die

Bevölkerung möchte ganz sicher nicht die "Sackgassen" im Parlament wieder erleben, wie sie von der CHP und der AP verkörpert werden.

Die Lage auf der Linken

Es ist klar, daß sich momentan der Hauptwiderspruch auf die "Staatsführung", den Gegensatz zwischen der führenden Elite und der Reaktion der Bevölkerung darauf bezieht. Es steckt aber ein weit größeres Potential in der Bevölkerung. Wenn sich in den 60er Jahren eine Klassenbewegung mit sozialistischer Perspektive herausgebildet hat, so traten diese Tendenzen 1973 bei der Wahl Ecevit zum Ministerpräsidenten in

der Form auf, daß eine Systemveränderung gefordert wurde. Die Forderung nach Systemveränderung wird in der Zukunft noch stärker auftreten. Es ist die Aufgabe der Revolutionäre, diese Forderung umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist zu beobachten, daß sich die Kreise um den Ex-Premier Ecevit radikalisiert haben. Demirel findet in ihm nicht den Partner, um für ein wenig mehr bürgerliche Freiheiten einzutreten. Während ein Teil der Sozialdemokraten sich auf eine Einigung mit der Junta auf deren Plattform einließ und die SODEP gründete, ging Ecevit so weit, nun eine Organisation von der Basis her zu propagieren. Zunächst nannte er es die Organisation auf den Feldern und in den Fabriken, nun heißt es, daß die Partei der "Demokratischen Linken" nach dem Prinzip der Wahlen, also stadtteilweise organisiert werden müsse.

Es ist jetzt schon zu beobachten, daß viele Intellektuelle dieser Bewegung große Sympathien entgegenbringen. Obwohl die Namen der

Gründer, die für diese Partei im Gespräch sind, sicherlich Zweifel an der radikal-demokratischen Einstellung aufkommen lassen, deuten die Bewegungen auf der Basis mit intensiven Diskussionen an vielen Orten der Türkei darauf hin, daß hier wirklich so etwas wie eine neue Massenbewegung im Entstehen ist.

Die eigentliche sozialistische Bewegung in der Türkei ist derzeit marginal, bei den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschaltet und ohne Einwirkungsmöglichkeiten. Aktionen zu den Wahlen in verschiedenen Regionen der Türkei haben lediglich dazu geführt, der Junta wieder einen Vorwand für ein verstärktes Eingreifen zu geben. Die linke Bewegung hatte aufgrund von konjunkturellen Gründen eine Massenverankerung erreicht (Widerstand gegen faschistischen Terror).

Bei der Aufgabe, erneut zu einer sozialen Kraft zu werden, trifft die 'alte' Linke aber auf fundierte Schwierigkeiten. Es wäre ihre erste Pflicht, nun eine weitreichende Perspektive für die Demokratie vorzulegen. Aber hierbei ist sie sich einmal selbst mit den Vorstellungen über Avantgarde, ihrer Haltung von der natürlichen Führung, die nur die Kehrseite der staatlichen Elite ist, sowie der Einstellung, daß die Initiative stets bei ihr selber und nicht bei den Massen liegen soll, im Wege. Darüber hinaus haben die Aktionen vor dem 12. September 80 einen negativen Eindruck hinterlassen, der nicht so einfach wegzuwischen ist. Sollte es zum Beispiel gelingen, eine Einheit herzustellen, und nicht wieder die teilweise gewalttätigen-Flügelkämpfe aufzunehmen, wäre schon viel gewonnen.

Es gibt allerdings auch positive Ansätze in Teilen der Linken, die, insgesamt gesehen, mit einer "Bedeutungsphase" der Selbstfindung beschäftigt ist. Zumindest werden die Probleme als solche erkannt, selbst wenn dies augenblicklich noch keine Konsequenzen für die Organisation hat. Die Diskussionen innerhalb von Devrimci Yol, die wir auch in den folgenden Nummern wiedergeben wollen, stellen hierfür wohl eines der positivsten Beispiele dar.

## Unveränderter Kurs:

# Politische Verfolgung

Nach den Wahlen gibt es in der Türkei keine Beratende Versammlung mehr, sondern ein Parlament, in dem nun nicht mehr 160 Abgeordnete von Juntas Gnaden sondern 400 Abgeordnete von den drei den Militärs genehmen Parteien sitzen.

Daß sich dennoch im System nichts geändert hat, sieht man am besten an der Situation der Menschenrechte, wie sie sich weiterhin in den Verfahren vor den Militärgerichten, den Polizeiverhören und dem Strafvollzug ausdrücken.

Für das Ausland sollten die Wahlen den großen Einschnitt darstellen, den Willen der Generale zeigen, sich wieder in die Kasernen zurückzuziehen. Aber nicht nur, daß das Kriegsrecht mit den Sonderkompetenzen der Kriegskommandanten fortbesteht, auch der gesamte Apparat der politischen Verfolgung ist nach wie vor intakt. Wie schon nach der Abstimmung über die Verfassung, nach der sich die Junta angesichts ihres überschwenglichen Erfolges eigentlich eine Lockerung der Repression hätte leisten können, ist nach den Wahlen nicht zu erkennen, daß es zu einem Nachlassen der brutalen Verfolgungsmaßnahmen kommen soll.

Im Gegenteil, Razzien und Operationen werden noch verstärkt fortgeführt, um anschließend bekanntzugeben zu können, daß noch zu viele "Anarchisten und Terroristen" auf freiem Fuß sind, und man auf weitere Repression deshalb nicht verzichten kann (s. insbesondere die Operation um Fatsa, in einem gesonderten Artikel behandelt). Ebenso waren die Medien gerade im Vorfeld der Wahlen besonders hart betroffen. Wahre Nichtigkeiten, wie ein Kommentar zum Opfern von Hähnen vor den Wahlkugengebungen der MDP waren Anlaß für die Schließung solcher Publikationen. Nacheinander erwischte es *Tercüman*, *Milliyet*, *Milli Gazete*, *Günaydin*, *Tan* und *Hürriyet*. Darüber hinaus gab es empfindliche Strafen für Journalisten auch von Wochenmagazinen.

## DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION

Ein neues Ziel war mit der außerparlamentarischen Opposition, verkörpert in den zwei Parteien SODEP und DYP, gegeben. Hinzu kamen die verbannten Politiker und Angehörigen der verbotenen BTP. Hier ist es zu einer langen Reihe von Verfolgungsmaßnahmen gekommen. Insbesondere die Zeit der Wahlkampagne, als auch die Parteivorsitzenden der DYP und SODEP, - Yildirim AVCI und Cemzi KARTAY - eine Art Wahlreise unternahmen, auf der sie betonten, daß ihre Parteien keine andere (zugelassene) Partei unterstützen würden, hat zu einer ganzen Reihe von Ermittlungsverfahren geführt, weil in der Aussage der Politiker vermutet wird, daß sie indirekt zu einem Wahlboykott aufgerufen haben.

Es ist bisher noch ungewiß, ob es in irgendeinem Verfahren eine Bestrafung geben wird. Nachdem jedoch die Wahlen ganz im Sinne der Militärs über die Bühne gegangen sind, wird es wohl in den meisten Fällen einen Freispruch geben. So wurde der Ex- und künftige Vorsitzende der SODEP Prof. Dr. Erdal İnönü, vor dem Militärgericht in Ankara am 9.12.83 von dem Vorwurf gegen das Dekret Nr. 76 verstoßen zu haben, freigesprochen. Erdal İnönü hatte nach der Verkündung des Vetos gegen die Gründer seiner Partei gesagt, daß es bei dem Übergang zur Demokratie zu einer Verzögerung kommen werde.

Dies war als ein Verstoß gegen das Dekret Nr. 76 angesehen worden. Das Militärgericht in Ankara konnte aber in diesem Ausspruch keinen Verstoß sehen. Man kann es auch getrost so ausdrücken, daß die Militärs nun nach den Wahlen keine Veranlassung mehr sahen, eine Bestrafung vorzunehmen.

## DISZPLINIERUNG DER PRESSE

Ebenfalls im Zeitraum der Wahlen hat es verschiedene Publikationen in der Türkei besonders hart getroffen. Nachdem die Zeitung *Tercüman* mit ihrer Kolumnistin Nazlı İlica, als Sprachrohr von Süleyman Demirel, wegen des Artikels 'Jede Nacht liegt zwischen zwei Tagen' für fast einen Monat verboten wurde, erwischte es auch die Zeitungen *Milliyet*, *Günaydin*, *Tan* und zuletzt *Hürriyet*. Während im letzten Fall die Schließung lediglich 4 Tage dauerte, und der Anlaß eine Meldung zum Versterben des Vorsitzenden der TKP, İsmail Bilen, war, waren bei den anderen Schließungen jeweils Äußerungen zu den Wahlen dafür verantwortlich.

Die Strafe für Metin Tokur von der Zeitung *Milliyet* ist inzwischen rechtskräftig geworden. In seinem Artikel "Wenn es durchgeführt wird, wird es ganz sicher mit einem unglücklichen Ende ausgehen" hatte er am 14.8.83 betont, daß die Ausschaltung von weiteren Parteien aus dem Wahlgeschäft zu einem Ausschluß aus dem Europarat führen könnte. In dem Artikel war auch der Satz zu finden gewesen, wenn ich heute schweige, wie kann ich morgen meinen Kindern in die Augen sehen. Obwohl Metin Tokur im Gerichtssaal einen Rückzug angetreten hatte und alles als Mißverständnis zu interpretieren versuchte, konnte er nicht verhindern, daß er am 15.9.83 zu einer Strafe von 3 Monaten verurteilt wurde. Diese Strafe wurde nun am 2.12.1983 rechtskräftig, der Vollzug wurde aber noch einmal um 4 Monate ausgesetzt.

Auch der Herausgeber der Zeitschrift "Erkeke" (Männlich) Ali Kocatepe, war am 27.9.83 zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten verurteilt worden, weil er in der Mai-Ausgabe Foto und Artikel von einem Künstler veröffentlicht hatte, der ausgebürgert war. Diese Strafe ist im Dezember ebenfalls rechtskräftig geworden.

Die Reihe der Prozesse ließe sich hier noch um ein Vielfaches verlängern. Man sieht aber, daß die Verfolgung von Personen, die ihre Meinung äußern, nach wie vor weitergeht. Bei der Presse scheinen sich also die Militärs nicht so sicher zu sein, ob ihre Disziplinierungsmaßnahmen, Zensur und Pressegesetz schon den entscheidenden Erfolg gehabt haben. Die Verurteilung von Journalisten dürfte darüberhinaus nicht nur für diesen Berufsstand sondern auch für weitere Kreise eine Abschreckung sein.

## MUSTERPROZESSE GEGEN WISSENSCHAFTLER :

Dr. Yalcin Kücük

Ein wahres Exempel wird unterdessen an dem Wissenschaftler Dr. Yalcin Kücük statuiert. Er war wegen seines Buches "Für eine neue Republik" zu einer Haftstrafe von 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seit mehreren Monaten sitzt er nun im Militärgefängnis Sıgmalcılar in Istanbul. Hier ist ja bekanntlich der Sondertrakt für die politischen Gefangenen eingerichtet worden, die man umerziehen möchte, die Zellen vom Typ E (für education).

Ende November verfügte nun das militärische Revisionsgericht, daß Yalcin Kücük freizulassen sei, weil das Urteil nicht ganz stichhaltig ist. In der Tat hatte der Prozeß einen etwas kuriosen Verlauf genommen, denn vor der Urteilsverkündung war ein Gutachten zu dem Schluß gekom-

men, daß in dem Werk des Wissenschaftlers kein Verstoß gegen bestehende Gesetze zu sehen sei. Deshalb hatte sich der Militärstaatsanwalt auch dem Antrag auf Freispruch angeschlossen. Yalcin Kücük hatte sich dann trotz der anscheinend klaren Lage für ihn eine Fristverlängerung für ein Schlußwort erbeten.; Hier hatte er dann die Prozeßführung und die Anklage noch einmal aufs Korn genommen. Obwohl das Gericht also eigentlich hätte auf Freispruch erkennen müssen, wurde der Angeklagte zu 8 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Nun aber war es mit der Entscheidung des Revisionsgerichts auch noch nicht getan. Denn noch bevor die Entscheidung auf Haftentlassung in die Praxis umgesetzt werden konnte, wurde von einem anderen Gericht ein neuer Haftbefehl ausgestellt. Dr. Yalcin Kücük erwartet nun ein Prozeß wegen Beleidigung und eine erneute Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe zwischen 1 und 6 Jahren. Deshalb verbleibt er auch weiterhin in Haft (dieses Mal allerdings Untersuchungs- und nicht Strafhaft).



Dozent Yalcin Kücük im Prozeß

Bei den Wissenschaftlern ist es also nicht die Zahl der Angeklagten, die den antidemokratischen Charakter der Militärs zeigt. Hier wurden zwar eine ganze Reihe von Hochschulangehörigen suspendiert, ohne daß dafür ein Grund angegeben zu werden brauchte. Aber bis zu einer Verurteilung hat es nur in den wenigsten Fällen geführt. Anscheinend ist aber der Zweck einer solchen Bestrafung wie im Falle von Dr. Yalcin Kücük auch schon ausreichend, um den Zweck zu erfüllen. Die anderen Wissenschaftler werden eingeschüchtert, und heute kann man in der Türkei an den Hochschulen wirklich kein kritisches Wort mehr hören.

## URTEILE IN DEN MASSENPROZESSEN ZEIGEN GLEICHE LOGIK

### AUSSCHALTUNG der OPPOSITION

Unterdessen geht in den Militärgerichten die Willkürjustiz weiter. Während bei immer neuen Festnahmen auch immer wieder neue Prozesse in Gang kommen, stehen in vielen Fällen nun auch die Urteile ins Haus. Todesurteile gab es dabei in den Verfahren Dev-Yol Bergama, Dev-Yol-Ägäis und PKK-Elazığ. Dies sind aber nur die bekannteren Prozesse politischer Dimension. Unzählige Verfahren gegen Einzelpersonen und kleine Gruppen unter 10 Angeklagten werden in der türkischen Presse erst gar nicht erwähnt, obwohl auch hier Strafen bis zu 36 Jahren Zuchthaus ausgesprochen werden.

Die Qualität der Verurteilung in solchen Prozessen wird besonders an dem Verfahren gegen die Angehörigen der Friedensvereinigung deutlich. Dieser Prozeß fand als einer der wenigen auch internationale Aufmerksamkeit, weil hier angesehene Persönlich-

## WERDEN DIE FOLTERER ENDLICH BESTRAFT ?

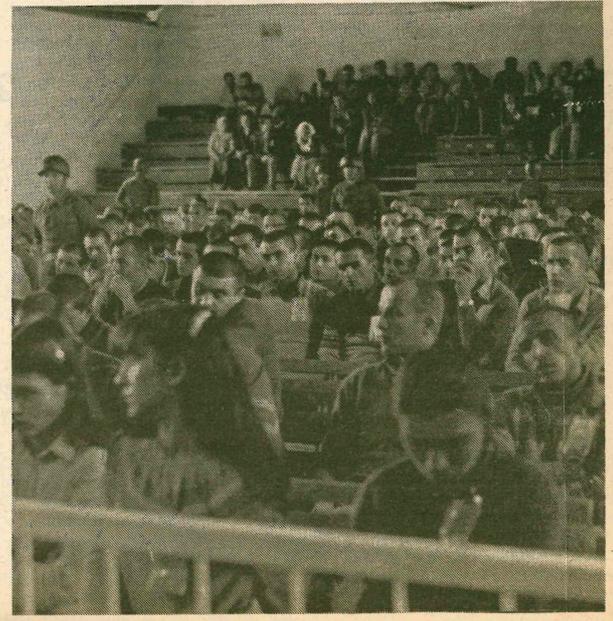
Nach fast zweijähriger Dauer ging der Prozeß wegen des Todes des Verlegers İlhan Erdost im Militärgefängnis Mamak zu Ende. Hier gab es, einmal abgesehen von dem Prozeß gegen den Kommissar Haskiris, dem das Gericht vor der Urteilsverkündung zur Flucht verhalf, zum ersten Mal empfindliche Strafen. 1 Unteroffizier und 3 Soldaten wurden zu einer Haftstrafe von jeweils 10 Jahren und 8 Monaten verurteilt, ein weiterer Soldat erhielt eine Strafe von 8 Jahren und der 6. erhielt noch 2 Monate Strafe, weil er sich mit Schlägen auf die Hand des Toten beteiligt hatte.

Allerdings muß man zu diesem Prozeß hinzufügen, daß es sich hier wohl um den Prozeß mit der größten Öffentlichkeit gehandelt hat, denn schließlich waren İlhan Erdost und sein Bruder Muzaffer, der als Hauptzeuge auftrat, bekannte Verleger in der Türkei. Das Gericht war also auf Grund des öffentlichen Druckes gezwungen, derart 'harte' Strafen zu erteilen. In Ankara wurden kurz darauf in weiteren Folterprozessen wieder die üblichen Freisprüche erteilt. Im ersten Fall handelt es sich dabei um die vermeintlichen Folterer von Koray Satrioğlu. Alle 4 Polizisten wurden am 23.11.83 aber freigesprochen.

Ebenfalls Freispruch gab es auch im Prozeß gegen die Folterer des als Führer von Devrimci Yol angeklagten Oguzhan Müftüoğlu. Der Folterpolizist Bekir Pullu, der in der ersten Instanz schon freigesprochen worden war, wurde am 7.12.83 in der Revisionsverhandlung ebenfalls freigesprochen. Das Gericht vertritt hier die Auffassung, daß die Zeugen allesamt unglaubwürdig sind, weil sie Angehörige von ein und derselben Organisation sind. Da muß man sich doch fragen, wie Folter denn sonst nachgewiesen werden kann, wenn es nicht durch die zu der Zeit auf der Polizeiwache anwesenden Personen geschieht ?

Bekanntlich wurden die führenden Personen von Devrimci-Yol unter strengen Sicherheitsmaßnahmen hinter dem Polizeipräsidium von Ankara durch eine Spezialgruppe von DAL gefoltert. Zu jener Zeit waren außer den Gefangenen, die nun alle als Devrimci-Yol-Angehörige angeklagt sind, niemand anwesend.

Es zeigt sich also, daß die Prozesse mit unverminderter Härte weitergehen. Während auf der einen Seite die Peiniger der Verfolgten weiterhin ohne Bestrafung davonkommen, damit die Moral der Polizei nicht untergraben wird. Ausgehend von dem derzeitigen Zustand ist eher das Gegenteil zu erwarten.



**Istanbuler Taxifahrer im Einheitslook**

Die Militarisierung der Gesellschaft geht auch nach den Wahlen vom 6. November weiter. Der neue Flughafen von Istanbul, der erst vor kurzem den Namen "Atatürk-Flughafen" erhielt und an dem die internationalen Flüge abgefertigt werden sollen, wird in der Zukunft von 260 Taxis bedient werden. Die hierfür angeworbenen Taxifahrer mit Mittelklassewagen (Murat, Renault) bekamen eine Einheitskleidung verpaßt, so daß sie nun nach Hotelbediensteten aussehen. Ihre Autos bekamen alle eine rosa Farbe.

Dafür müssen sie nun im Monat 4.000,- TL als Standgeld bezahlen (offiziell). Denn es fehlen sowohl Aufenthaltsräume für die Taxifahrer als auch Toiletten. Die Hoffnung ist also nicht unberechtigt, daß die Kreativität der Menschen auch an diesem Punkt wieder etwas von der orientalischen Farbenpracht entstehen läßt, die viele Menschen an der Türkei schätzen.

**Evens Geburtshaus wird Museum**

Nach zu seinen Lebzeiten wird Juntachef Evren ein Denkmal gesetzt. Da das Geburtshaus von Atatürk in Thessaloniki liegt und deshalb für Türken nicht leicht zugänglich ist, hat sich die Regierung in der Türkei etwas einfallen lassen. Im Jahre 1984 soll das Geburtshaus von Kenan Evren in Kula/ Provinz Manisa in ein Museum verwandelt werden.

Dafür muß dann eine 7-köpfige Familie aus dem Haus weichen. Die Familie Sahin erhofft sich aber durch die Vertreibung wenigstens berühmt zu werden, selbst wenn sie dann obdachlos wird. Die Zeitungen zumindest berichteten von der Freude des Familienvaters, der das 250 Jahre alte Haus sehr gerne verlassen wollte.

**Immer noch kein Ende der politischen Verfolgung**

Die Junta fährt fort, Erfolgsmeldungen über den Kampf gegen "Terror und Anarchie" zu veröffentlichen. Nach der offiziellen Statistik der Militärs sollen insgesamt 70.000 verdächtige Personen festgenommen worden sein, von denen noch 20.000 in Haft sein sollen. Allerdings sollen auf der anderen Seite 40.000 Personen zu verschiedenen Strafen verurteilt worden sein.

Die Zahl der "unschädlich gemachten" Organisationen wird mit knapp 100 angegeben. 55% davon sollen der Linken, 15% der Rechten und 7% den Separatisten angehören. Die restlichen 23% der politischen Täter sollen angeblich politisch nicht einzuordnen sein. Insgesamt 4.000 Verfahren warten noch auf ihren Abschluß.

**Schule der Nation: GEFÄNGNISSE**

Nachdem durch den Nationalen Sicherheitsrat erst vor kurzem eine neue Haftvollzugsverordnung erlassen wurde, machen sich nun verschiedene Kommissionen in der Türkei daran, die offizielle Politik des Strafvollzuges zu rechtfertigen. Obwohl bei den einzelnen Berichten, die an die Öffentlichkeit gekommen sind, nicht von einer Sonderbehandlung die Rede ist, kann man klar erkennen, daß die große Zahl von politischen Gefangenen ein großes Problem für den Staat darstellt. Zunächst einmal stellt ein Bericht einer Kommission, die das staatliche

Planungsamt beauftragte, fest, daß die Haftbedingungen in vielen Gefängnissen völlig unzureichend sind. Von den insgesamt existierenden 640 Gefängnissen befinden sich 180 in Gebäuden, die von privaten Personen angemietet wurden und deren Ausgestaltung für eine sichere und menschliche "Verwahrung" nicht geeignet sind. Die Kapazität der Gefängnisse wird mit 65.951 angegeben, während die Zahl der Gefangenen weit darüber liegen soll. Offiziell wird diese Zahl mit über 90.000 angegeben, aber man weiß, daß mindestens 120.000 Personen in den Gefängnissen sitzen und in einigen Anstalten müssen sich sogar 3 Personen ein Bett teilen.

Bei einem anderen Bericht drängt sich der Verdacht auf, daß er direkt vom CIA in Auftrag gegeben wurde, denn das Resultat einer internationalen Ärztekommision soll sein, daß die Intelligenz der türkischen Terroristen sehr niedrig sein soll. Anscheinend möchte man in der Türkei das Sondererziehungsprogramm für politische Gefangene schon im vornehin durch scheinwissenschaftliche Ergebnisse abdecken. Bei einem Symposium, das von der neuropsychiatrischen Stiftung HZI veranstaltet wurde nahmen die amerikanischen Professoren Johan Alexander und David Hubbard, der Italiener Franco Ferracuti, der Schwede Prof. Sunberg, der Engländer Prof. Wilkinson und der österreichische "Terrorexperte" Prof. Lechner teil. Hier nur einige haarsträubende Ergebnisse die eine Untersuchung an 500 "Terroristen" durch den Prof. Turan Itil erbrachte:

- Die Ausbildung der Eltern ist niedrig. Die Väter haben in der Regel nur Grundschulbildung oder keine.
- Kriminelle und Terroristen kommen meist aus dem gleichen Umfeld.
- Linke und rechte Terroristen haben den gleichen Ursprung.
- Bei vielen Terroristen finden sich funktionelle Hirnstörungen. Ihr Intelligenzgrad ist in der Regel niedrig. Allerdings waren die Führer von der Untersuchung ausgenommen.
- Terroristen empfinden im Vergleich zu Kriminellen ihre Sexualität eher als befriedigend. Sie sind introvertiert und weniger masochistisch.

In der Folge wurden dann mögliche Konsequenzen diskutiert. Der propagandistische Effekt liegt wohl eher auf diesem Gebiet.

- Die Schlafsäle sollen in Zellen zu je 6 Personen verändert werden. Es ist möglich eine interne Schulung der Terroristen zu verhindern.
- Gemeinsame Verwahrung von linken und rechten Terroristen hat zu positiven Resultaten geführt.
- Ausbildung muß in den Vordergrund gestellt werden. Die Roten Milizen in China seien auch nach einer zweijährigen Ausbildung wieder für die Gesellschaft gewonnen worden.
- Mit Ausnahme der Führer sei es bei minder intelligenten Terroristen möglich, sie zu einem Dienst ohne Waffe im Militär einzusetzen und so wieder für die Gesellschaft zu gewinnen.

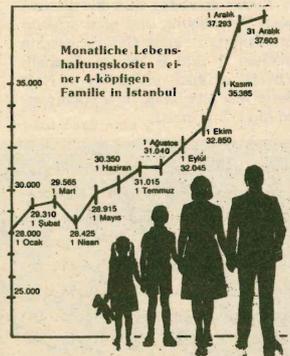
Hier deuten sich doch erhebliche Parallelen mit den Programmen für die Sondergefängnisse vom Typ E an. Neben der wissenschaftlichen Absicherung dieser Umerziehung fällt auf, daß dies sofort auf einer internationalen Ebene geschieht, gerade zu einer Zeit, in der die Türkei immer wieder behauptet, ein Einblick in ihre Justiz und in ihren Strafvollzug sei dem Ausland nicht zu gewähren. Die internationale Verflechtung zeigt sich also nicht nur in einem militärischen Antiquerrillprogramm, sondern bis hin zu den Formen der "Gehirnwäsche", die praktiziert werden sollen. Die Türkei ist aufgrund der großen Anzahl von politischen Gefangenen ein besonders gutes Feld für solche Forschungen und könnte in ein

paar Jahren sogar vorbildlich für den gesamten Westen werden.

**Alltag der Armut - Kindersterblichkeit**

In einem Dorf innerhalb eines Monat 20 Kinder an Kinderkrankheiten gestorben.

In einer Meldung der türkischen Tageszeitung "Milliyet" vom 17.1.84 wird folgendes berichtet: In dem Dorf Büyüktöröman bei Kayseri sind allein im vergangenen Monat 20 Kinder an Keuchhusten und ähnlichen geläufigen Kinderkrankheiten gestorben. In einem Schreiben an die Gesundheitsbehörde macht der zuständige Landrat des betreffenden Kreises hierfür die mangelnde Versorgung mit Ärzten und gesundheitlichen Einrichtungen verantwortlich.



Dabei wirft diese - zufällige - Meldung nur ein Schlaglicht darauf, was für die Bevölkerung in der Türkei die alltägliche Armut bedeutet und was über die politischen Nachrichten und Wirtschaftspolitik in Prozentzahlen von Inflation und Arbeitslosigkeit oft in den Hintergrund gerät: mangelnde Ernährung, kein Geld für Heizmaterial, Krankheiten auf Grund von Mangelernährung, kein Geld für die notwendigen Medikamente, kein Arzt, ein Krankenhausplatz gar ist unerschwinglich, weil nicht nur der Krankenhausaufenthalt bezahlt werden muß, sondern vorher noch die Ärzte "geschmiert" werden müssen, um überhaupt ein Krankenhausbett zu bekommen.

So sterben in der Türkei täglich Kinder an Erkältungskrankheiten!

In einer weiteren Meldung der "Milliyet" vom 22.1.84 bezeichnet der Ankarer Arzt und Professor Atalay Yörükoglu das Niveau der medizinischen Versorgung in der Türkei verglichen mit dem internationalen Standard als sehr weit zurückliegend und bezifferte die Kindersterblichkeit auf 120 pro tausend !!

**„Schwarze Listen“ an den Grenzen**

Ein umfangreiches Buch mit den Personalien von insgesamt 11.487 Personen soll an alle Grenzstationen der Türkei verteilt worden sein. Bei dieser Liste handelt es sich um Menschen, deren Einreise in das Land verboten ist. Neben Ausgebürgerten und schon früher einmal ausgewiesenen Personen sollen in dieser Liste 8.370 Ausländer aufgeführt sein, die "gegen die Türkei arbeiten."

**Muzaffer Erdost freigesprochen**

Das Verfahren gegen den Verleger Muzaffer Erdost, der wegen eines Interviews mit dem holländischen Fernsehen über den Foltermord an seinem Bruder Ilhan Erdost angeklagt war, wurde "mangels Beweisen" eingestellt. In diesem Interview sollte Muzaffer Erdost "das Ansehen der Türkei im Ausland" geschädigt haben.

**TURGUT ÖZAL: 30 Jahre im Dienst des Kapitals**

Geboren am 13.10.1927 in Malatya absolvierte Turgut Özal nach der Schule ein Studium als Elektroingenieur. 1950 trat er ins Staatsdepartement für Elektrifizierung in Ankara ein und kam so über die Elektrotechnik hinaus auch auf die Politik in Berührung. Sie wurde sein eigentlicher Beruf. 1952 absolvierte er ein einjähriges Wirtschaftsingenieurspraktikum in den USA. Seither war er eine der führenden Figuren in der türkischen Wirtschaftspolitik. 1958 leitete er die Planungskommission, die einen Drei-Jahres-Wirtschaftsplan erstellen sollte. Als im gleichen Jahr die türkische Wirtschaft in eine tiefe Wirtschaftskrise geriet, war Özal einer der Beauftragten, die mit dem IWF ein Stabilitätsprogramm aushandelten. 1959 begann er eine Unteroffiziersausbildung und leistete seinen Militärdienst als Mitarbeiter der Staatlichen Planungsorganisation ab. Als 1960 die Militärs putschten, beauftragten sie Özal zusammen mit dem US-Ökonomen Tinbergen, ein Wirtschaftsprogramm für die Türkei zu erstellen. Nach dem Wahlsieg der konservativen Gerechtigkeitspartei im Jahre 1965 ernannte ihn sein langjähriger Freund und neuer Regierungschef Demirel zum technischen Berater und zum Chef der Staatlichen Planungsorganisation. Der zweite Fünfjahres-Plan der Türkei von 1968 bis

1972 ging weitgehend auf Özal zurück. Die drastische Vernachlässigung der Landwirtschaft war eines der Ergebnisse, ebenso wie die wachsende Auslandsabhängigkeit der türkischen Wirtschaft. Als 1970 die Türkei in ihre zweite tiefe Wirtschaftskrise geriet, handelte wiederum Özal mit dem IWF ein rigoroses Sanierungsprogramm aus. 1971 übernahmen zum zweiten Mal die Militärs die Macht. Özal aber holte sich seinen letzten Schliff als Wirtschaftsmanager: er ging zunächst zur Weltbank und arbeitete dann ab 1973 in führenden Positionen der Stahl- und Textilindustrie sowie im Bankgewerbe. Für kurze Zeit leitete er den Metall-Arbeitgeberverband. 1979 wurde er erneut der Wirtschaftsfachmann der Regierung Demirel. Die dritte Wirtschaftskrise brach aus, und wieder war es Özal, der mit dem IWF in Verhandlungen trat. In dieser Eigenschaft wurde er nach dem Putsch vom 12. September 1980 auch von den Militärs in die Regierung übernommen. Nach dem Zusammenbruch der Kastellbank mußte er im Juli 1982 zurücktreten. Mit dem Sieg in den Wahlen vom 6. November 1983 ist er wieder auf die politische Bühne zurückgekehrt.

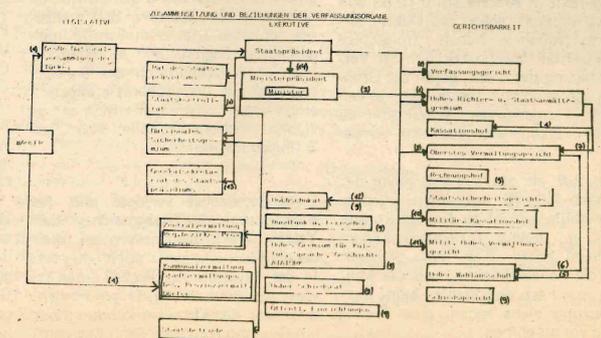
Quelle: Orient 2/1982 (auch in taz v. 8.12.83 erschienen)

**Zusammensetzung und Beziehungen der Verfassungsorgane**

Anmerkungen zum Schaubild

- (1) ALLE MITGLIEDER: alle Mitglieder der Großen Nationalversammlung der Türkei und alle Ratsmitglieder der Stadtverwaltungen, der besonderen Bezirksverwaltungen und der Dörfer werden von den Wählern gewählt. Alle Mitglieder des Staatskontrollrates werden vom Staatspräsidenten, alle Mitglieder des Kassationshofes vom Hohen Richter- und Staatsanwältengremium bestimmt.
- (2) Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes werden durch den Staatspräsidenten aus je drei vom Kassationshof, vom Hohen Militärischen Verwaltungsgericht und vom Hochschulrat vorgeschlagenen Kandidaten und aus oberen Rängen und Anwälten gewählt.
- (3),(4) Der Vorsitzende des Hohen Richter- und Staatsanwältengremiums, dessen Mitglieder durch den Staatspräsidenten aus Mitgliedern des Kassationshofes und des Obersten Verwaltungsgerichtes ausgewählt werden, ist der Justizminister. Der Staatssekretär des Ministers ist natürliches Mitglied.
- (5),(6) Sechs der Mitglieder des Hohen Wahlausschusses werden aus dem Kassationshof, fünf aus dem Obersten Verwaltungsgericht gewählt.
- (7),(8) Von den Mitgliedern des Obersten Verwaltungsgerichtes wer-

- den drei Viertel vom Hohen Richter- und Staatsanwältengremium, ein Viertel vom Staatspräsidenten ausgewählt.
- (9) Zusammensetzung wird durch Gesetz geregelt.
- (10) Die Mitglieder des Militärischen Kassationshofes werden aus je drei Mitgliedern, die von ihrer eigenen Generalversammlung für jeweils einen freien Platz vorgeschlagen werden, durch den Staatspräsidenten ausgewählt.
- (11) Die Mitglieder des Militärischen Hohen Verwaltungsgerichtes werden aus je drei vom Obersten Generalstab für einen freien Platz vorgeschlagenen Kandidaten durch den Staatspräsidenten ausgewählt.
- (12) Die Mitglieder des Hochschulrates werden aus den von den Universitäten, dem Kabinett und dem Obersten Generalstab bestimmten Kandidaten durch den Staatspräsidenten gewählt.
- (13) Wird durch Beschluß des Staatspräsidiums geregelt.
- (14) Der Ministerpräsident wird aus den Mitgliedern der Großen Nationalversammlung der Türkei durch den Staatspräsidenten ernannt. Bei der Ernennung von Ministern gibt es nicht die Bedingung der Mitgliedschaft in der Großen Nationalversammlung der Türkei.



# Turgut Özal Superstar

Er ist ein Mann von eisernen Grundsätzen. "Fleiß, Organisation und Entschlossenheit" heißt sein persönliches Motto und sein Rezept für schwierige Situationen: "Disziplin und Organisation sind zur Krisenbewältigung absolut notwendig". Daß er es damit ernst meint, hat Turgut Özal schon oft genug bewiesen. Seit 30 Jahren steht er im Dienst des Kapitals (siehe Kasten), und dies ist ein Geschäft mit harten Bandagen. Nun ist er Ministerpräsident jener türkischen Mächtegerdemokratie von Militärs Gnaden, und es ist zu erwarten, daß er auch auf diesem Posten seinen Grundsätzen treu bleiben wird.

Vor gut einem Jahr allerdings sah die Situation für Özal anders aus: Damals im Juli 1982 mußte er als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident der Militärjunta seinen Hut nehmen. Doch kam ihm gerade dieser Umstand jetzt bei den Wahlen zugute, denn Özal gelang es dadurch, sich als von den Militärs unabhängiger Kandidat zu profilieren und auch international den Eindruck zu erwecken, durch seinen Sieg sei ein oppositioneller Freigeist an die Regierung gelangt. Tatsächlich hatte noch am Vorabend der Wahlen Juntachef Evren in einer Fernsehansprache indirekt vor Özal gewarnt. Die Hintergründe dieses Manövers liegen im Dunkeln, auch wenn es Spekulationen gibt, daß diese Abgrenzung durch die Militärs bewußt inszeniert war, um Özal in Amt und Würden zu befördern. Dies ist nicht auszuschließen, aber ebenfalls möglich ist es, daß eine Regierung Özal tatsächlich den Militärs eine taktisch unklügere Variante zu sein schien und sie deshalb in letzter Minute noch versuchten, ihrem Wunsch Kandidaten Sunalp zu Stimmen zu verhelfen. Fest steht aber auch, daß mit Özal nicht die Opposition gesiegt hat, auch wenn dies in der internationalen Presse so dargestellt wird.

Hätten die Militärs einen Wahlsieg Özals für schädlich gehalten, dann hätten sie ihn und seine Vaterlandspartei erst gar nicht zu den Wahlen zugelassen. Eine Militärjunta, die keinerlei Probleme darin sieht, von 15 Parteien nur 3 zu den Wahlen zuzulassen, hat sicherlich keine Probleme damit, auch noch eine weitere Partei auszuschließen. Deshalb beweist die Wahlzulassung der Vaterlandspartei, daß die Militärs grundsätzlich an Özal und seinem Programm nichts auszusetzen haben.

Von diesem objektiven Tatbestand einmal abgesehen, belegt der Wahlsieg Özals jedoch andererseits, daß die Mehrzahl der Bevölkerung die Militärs in die Kaserne zurückwünschte, daß sie gerade jenem Kandidaten die meisten Stimmen gab, der sich ein Image der relativen Unabhängigkeit von den Militärs aufgebaut hatte. Diese Wahl hat zwar mit Demokratie nichts zu tun, dennoch ist sie in gewisser Hinsicht ein Stimmungsbild der Bevölkerung. Hatten es die Militärs verstanden, sich mit ihrem Putsch als

'Retter in der Not' zu profilieren, so scheint nun in den Augen vieler die 'Rettung' vollzogen und eine offensichtliche Fort Herrschaft der Militärs nicht mehr wünschenswert. Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß hinter der Fassade des neuen Parlaments nach wie vor die Militärs die Fäden in Händen halten.

## VOM MILITÄRPUTSCH ZUR 'GELENKTEN DEMOKRATIE'

Mit den Wahlen vom 6. November 1983 fand die 'Demokratisierung' der Generäle ihr vorläufiges Ende. Was in dem Trübel und die Spekulationen um den Wahlsieg Özals in den Hintergrund gedrängt wurde, ist die Vorgeschichte des Wahlspektakels, jener Prozeß der Etablierung der Militärherrschaft, ohne den sich die Militärs niemals in das 'Abenteuer' ihrer Wahl gestürzt hätten. Es begann - wie bekannt - mit der Ausschaltung und Zerschlagung jeder Opposition durch den Putsch. Danach wurden durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen der Militärs und ihres Nationalen Sicherheitsrates alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit militärischer Befehlsstruktur und Hierarchie neu aufgebaut. Zwar bestehen auf dem Papier wieder Gewerkschaften, aber unter der Knute der Obersten Schiedsstelle; zwar garantiert die Verfassung vom November 1982 formal die Pressefreiheit, um sie im zweiten Halbsatz dann jedoch dem Diktat der Regierung und des Staatspräsidenten zu unterstellen. Das Hochschulgesetz YÖK wird selbst von konservativen Juristen als Militarisierung der Hochschulen beschrieben. Über allem aber thront der Staatspräsident und sein Präsidialrat, worunter eben jene Personen ein neues Firmenschild gefunden haben, die als Junta die Menschenrechte mit Füßen getreten haben.



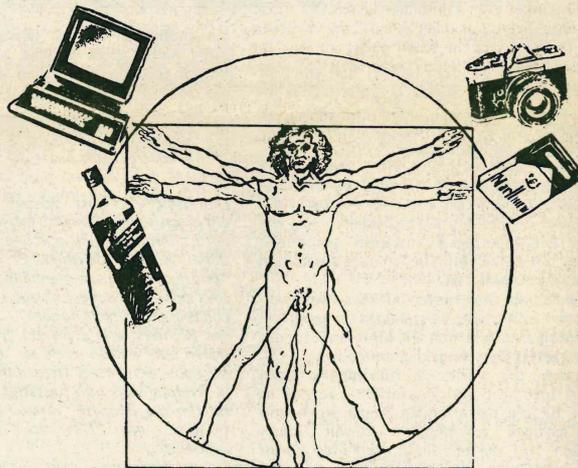
Erst nachdem auf diese Weise die Herrschaft der Militärs legitimiert und fortgeschrieben war, begannen die Generäle mit ihrer Wahlfarce. Auch hierbei achteten sie peinlich genau darauf, daß alles nach ihren Plänen von statten ging: Die Auslese der Parteigründer und Kandi-

daten für die Wahlen, die Zulassung der Parteien insgesamt, lag in ihren Händen. Selbst nach der Wahl hätte ihnen noch das selbstgestiftete Recht zugestanden, gewählte Kandidaten zu bannen. Daß dieses nicht erfolgte, beweist nur, daß die Wahl im Sinne der Generäle verlaufen ist.

Bei diesem Prozeß des Aufbaus einer gelenkten Demokratie kam den Generälen zugute, daß es ihnen gelungen war, sich als 'Retter in der Not' zu präsentieren. Sie konnten einer gewissen Massenbasis sicher sein, mußten aber auch damit rechnen, daß diese Massenbasis bei taktisch unklugem Vorgehen instabil werden kann. Eine gewichtige Gefahr für die Stabilität der Massenbasis ging von der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Ein Schlaraffenland hatten die Militärs nach dem Putsch nicht versprochen, vielmehr deutlich gemacht, daß sie dem Land eine Roßkur verabreichen würden. Ihre Logik war einfach: Wer gegen Terrorismus ist, muß 'diese Killer zum Sprechen bringen', wie es ein Regierungssprecher formulierte. Damit war die Folter legitimiert. Und ganz analog: wer für eine Sanierung der Wirtschaft ist, muß bereit sein, Opfer zu bringen. Die Reallöhne sanken drastisch, die Arbeitslosigkeit stieg, aber immerhin gelang es der Junta um diesen Preis die allgemein als besonders bedrückend empfundene Inflation herunterzuschrauben. Die Junta als 'Retter in der Not' zu akzeptieren, mußte auch heißen, bereit zu sein, bis zu einem gewissen Grad Opfer zu bringen. Doch ist dies ein Bogen, der sich nicht überspannen läßt. Dies mußte die Junta erkennen, als die monetaristische Wirtschaftspolitik im Sommer 1982 zum Zusammenbruch der Kleinbankiers und der Brokerbank Kastelli führte. Wo eine Million Sparer ihr gesamtes Spar-

Sein Nachfolger Kafaoglu warsicher kein Gegner der vom IWF verordneten Wirtschaftspolitik, wohl aber ein Vertreter einer weicheren, taktisch flexibleren Linie. Um durch Protestaktionen wie beim Zusammenbruch der Kleinbankiers das Verfassungsreferendum und die Wahlen nicht zu gefährden, pumpte Kafaoglu Millionenbeträge aus dem Staatshaushalt in bankrotte Banken und Holdinggesellschaften. Eine Politik der kurzfristigen Beruhigung der Gemüter, die aber auf Dauer auf das Veto des IWF stoßen mußte. Dann, im Sommer 1983, mußte die Militärregierung zum ersten Mal ihre optimistischen Wirtschaftsprognosen nach unten revidieren. Was Kritiker der monetaristischen Sanierungspolitik schon lange vorausgesagt hatten, trat nunmehr zum ersten Mal offenkundig zu Tage: Auf Dauer führt diese Politik in den Bankrott. Diese Politik dennoch im Dienste des internationalen Kapitals weiterzuführen, bedarf eines eisernen Besens. In der Person von Turgut Özal wurde eine Inkarnation dieses Prinzips Ministerpräsident.

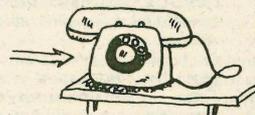
Und so schreibt selbst ein reaktionäres Schwätzblatt wie 'Die Welt' über Özal: "Ich mag keine Halbmaßnahmen", pflügter zu sagen. Bleibt er dabei, so wird Özal aller Voraussicht nach kein beliebter Ministerpräsident sein." (9.11.'83)



## SENSATIONELL !!!

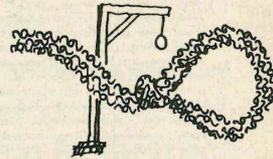
### AUF DER INTERNATIONALEN ERFINDERMESSE IN NEW YORK GEWANN DIE TÜRKEI ZWEI PREISE!

Wie in jedem Jahr war auch dieses Mal die internationale Erfindermesse in New York eine Mischung aus Seriösem und Skurilitäten. Besondere Beachtung fand in diesem Jahr die Türkei, der gleich zwei wichtige Preise zuerkannt wurden: Der Preis des Internationalen Kapitals ging an den Erfinder des Standardtelefons mit türkischer Wahlscheibe. Wir haben die Erfindung im folgenden abgebildet:



Wie die Skizze deutlich macht, sind dem Wählenden nunmehr die ersten drei Ziffern zugänglich, während der Rest durch eine massive Stahlplatte abgedeckt ist. Dazu schrieb die Jury des Internationalen Kapitals in ihrer Laudatio:

"Ein genialer Einfall; wo weniger gewählt werden kann, ist auch die Chance des Mißbrauchs geringer. Bei entsprechender Organisation (mißliebige Teilnehmer erhalten nicht mehr wählbare Ziffern) trägt diese Erfindung entscheidend zur Stabilität des internationalen Kapitalismus bei. In Zeiten wachsender Konkurrenz stellt sich damit diese Erfindung als ein echter Rationalisierungseffekt für demokratische Systeme dar, ohne daß der notwendige Informationsfluß behindert wird."



Der Sonderpreis der Vereinigung der Cowboys, Schauspieler und anderer Präsidenten ging an den Erfinder des Galgens mit rechtsstaatlich legitimiertem Vollzugsorgan. An einem konventionellen Galgenaufbau befindet sich ein kunstvoll gewobener Strick, dessen Webstruktur die Rechtsstaatlichkeit durch eingeflochtene Paragrafenzeichen symbolisiert (siehe Abb.). Die Jury hob dazu hervor, daß noch nie so rechtsstaatlich in einem Entwicklungsland exekutiert worden sei, wie mit diesem Strick. Es sei ein

Generalsangriff auf die immer noch zu hörende Kritik sog. Menschenrechtsorganisationen. Weiter betonte die Jury, daß zu beachten sei, daß der neue rechtsstaatliche Strick gleichwohl keinerlei Behinderung der Henkerstätigkeit bedeute, was ihn international verwendbar mache.

Bleibt es anzumerken, daß sich in dieser Weise noch manche geniale Erfindung tätigen ließe; etwa die Hose mit zugenähten Taschen: eine nützliche Rationalisierung, weil die Taschen in der Türkei ohnehin leer sind, oder der verstellbare Brotkorb, der sich kontinuierlich höher hängen läßt. Der Schöpfergeist des Menschen ist unbegrenzt, man muß ihm nur die Chance lassen, sich zu entfalten! Die internationale Türkeihilfe schafft dafür die denkbar besten Voraussetzungen.

# Fatsa - wieder in den Schlagzeilen

Die westeuropäischen Medien jubeln nach den Wahlen in der Türkei, die Wahl selber sei zwar nicht demokratisch zustandekommen, das Ergebnis habe aber gezeigt, daß die Türken „reif“ genug sind für die Demokratie. Unterdessen zeigen insbesondere die Operationen am Schwarzen Meer in den letzten Monaten, daß all diese „reifen“ Türken den Machthabern viel zu gefährlich sind. Seit Mitte Oktober letzten Jahres führen die Militärs in Fatsa und Umgebung breite angelegte Operationen durch, bei denen massenhaft Menschen verhaftet werden. Vor den Wahlen gelang es einigen Gruppen von Linken, die aus den Bergen in der Umgebung von Fatsa herunterkamen, Versammlungen und Diskussionen in den Dörfern durchzuführen und zum Wahlboykott aufzurufen. Am 15.10.1983 heißt es in einer Erklärung der Kriegsrachtkommandantur, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen „Sicherheitskräften“ und Revolutionären im Dorf Kilicli in der Provinz Fatsa zwei Revolutionäre getötet und zwei weitere verletzt gefangen genommen wurden. Außerdem seien zwei Militärs verletzt worden. Kurz danach erklärte Juntachef Kenan Evren mit Hinweis auf dieses Ereignis, die „Terroristen“ versuchten sich zu reorganisieren und Protestaktionen gegen die Wahlen durchzuführen. Die Reaktionen auf diese und ähnliche Vorfälle bestanden in der Ausweitung der Militäroperationen auf das ganze Gebiet der 3. Armee-Abteilung (Schwarzes Meer) und der Verstärkung des Terrors gegenüber der Bevölkerung. 6 Hubschrauber und 2000 Soldaten allein in der Kleinstadt Fatsa (25.000 Einwohner) nehmen an den Operationen teil, bei denen jedes Dorf, jedes Haus und die Wälder in der Umgebung durchsucht werden. Die Hubschrauber überfliegen nach Augenzeugenberichten die Wälder und werfen Gas- und Rauchbomben ab. Oft zwingen die Militärs die Bevölkerung, an diesen Aktionen teilzunehmen; sie fordern sie in massenhaft verteilten Flugblättern zur Denunziation auf und benutzen sie als Geiseln, indem sie eine Gruppe von Dorfbewohnern vor sich hergehen lassen, sobald sie mit Widerstand rechnen. Trotz dieser wahrscheinlich größten Operation seit dem 12.9.80 hatten die Militärs nur wenig Erfolg bei ihrer Suche nach versteckten Revolutionären. Die Wut darüber und das Ziel, die Bevölkerung weiterhin in Angst und Schrecken zu versetzen, führt dazu, daß die Militärs massenhaft Menschen festnehmen, und zwar recht wahllos; so werden z.B. viele, die schon einmal festgenommen wurden, erneut in Haft genommen; einfache Leute aus der Bevölkerung, die mit Politik nichts zu tun haben, werden festgenommen. So wurden in Fatsa und Umgebung mindestens 1.700, in Amasya 400, in Erzincan und Tokat 1.000 Menschen festgenommen und mißhandelt.

Die Bedeutung von Fatsa kommt auch weiterhin in den Propagandareden zum Ausdruck, in denen diese Kleinstadt als „Terroristenstempel“ dargestellt wird, das immer noch nicht ganz „gesäubert“ wurde. Die Vorfälle dienen als Begründung für jegliche Schikanen, als auch für die Verhängung des Kriegsrechts. Auch die Mitglieder dreier verschiedener Delegationen, die sich Ende Oktober/Anfang November in Fatsa bzw. Amasya aufhielten, bekamen die verschärfte Haltung der Militärs zu spüren: Fatsa wurde für Ausländer gesperrt. Keiner der Gruppen war es möglich, in Fatsa spazieren zu gehen oder sich gar mit der Bevölkerung zu unterhalten. Kurz nach der Ankunft in Fatsa begann jeweils die Beschattung durch zivile Polizisten und dann die Aufforderung mit zur Wach bzw. zur Polizeidirektion zu kommen. Frédéric Furet, Gemeinderat von Limans/Frankreich und Mitglied der 4. internationalen

delegation des CEDRI beschrieb seinen Aufenthalt in „Le Monde Diplomatique“ im Dezember 83 folgendermaßen: „Am Samstag, dem 5. November fuhren wir nach Fatsa, wo wir sofort bei unserer Ankunft von drei bewaffneten ‚Polizisten‘ in Zivil aufgehalten und während 4 Stunden festgehalten wurden. Die drei Polizisten, die sich als ‚Obers‘ ausgaben, weigerten sich, uns ihre Papiere zu zeigen. Sie beschuldigten uns, mit den Anarcho-Terroristen von Fatsa unter einer Decke zu stecken und die öffentliche Ruhe zu stören. (...) Nachdem sie den Übersetzer angerepelt hatten, rissen sie mich buchstäblich von meinem Stuhl hoch und schleiften mich zu ihrem Auto. Die übrigen Mitglieder der Delegation wurden rücksichtslos gepackt und in einen Kleinbus gestoßen, den die drei ‚Polizisten‘ eigenmächtig beschlagnahmt hatten. Drei Kilometer außerhalb von Fatsa wurden wir von 2 Autos mit uniformierten Polizisten abgelöst, die uns bis nach Amasya (265 km entfernt) begleiteten. (...)“ (zitiert nach CEDRI, bulletin Nr. 5).

Auch die andern beiden Delegationen wurden vorläufig festgenommen und nach mehrstündigen „Verhören“ zwangsweise aus der Stadt geschafft. Dabei wurde ihnen dann auch noch vorgeführt, wie mit unbotmäßigen Personen verfahren wird: „Einer unserer fünf polizeilichen Begleiter forderte den Angestellten eines Busunternehmens auf, wegen uns seinen Bus in das 100 km entfernte Samsun zu schicken. Der weigert sich, zeigt auf die Fensterscheibe des Geschäfts: da stünde, daß er nicht nach Samsun fährt, und dann fährt er eben auch nicht dahin. Natürlich fährst du nicht, er antwortet: Nein, ist die Antwort, davon könnt ihr nicht ausgehen, daß ich die Linke umleite, nur weil ihr das sagt. Aber natürlich, sagt der Polizist und packt ihn am Oberarm, wenn wir das sagen, dann fährst du, wir können dich noch ganz woanders hinschicken! Und blitzschnell, nur weil sich der Angestellte dem Griff des Polizisten sanft entziehen wollte, ist er von zweien in die Mitte genommen, und wird, vor unseren Augen und den auf der Straße stehenden Menschen, brutal mit Nierenstößen zusammen geschlagen und dann abgeführt, Richtung Polizeipräsidium ... Das war der Tag, an dem laut Evren und seiner Junta die Demokratie in der Türkei wieder begann.“ (Ute Sparschuk, Bericht einer Informationsreise in die Türkei vom 2.-7.11.1983)

Auch die Beobachtung des Prozesses gegen die Einwohner von Fatsa wurde der CEDRI-Delegation verboten. Man legte ihnen als Begründung eine als „geheim“ gekennzeichnete Direktive aus Ankara vor, die „die Anwesenheit europäischer Delegationen von amnesty international, der Europäischen Gemeinschaft, des Europarates, der Europäischen Menschenrechtskommission sowie aller ähnlich gearteter Delegationen an den Massenprozessen verbietet, da man nicht im voraus wissen könne, ob deren Berichte für die Türkei vorteilhaft oder nachteilig ausfallen würden.“ (Communiqué des CEDRI v. 8.11.83)

Einer Delegation, die etwas früher als die o.g. CEDRI-Delegation dort war, konnte dem Prozeß noch beivohnen. Wir veröffentlichen im folgenden das Protokoll eines Tages im Gerichtssaal:

## Zum Prozeßverlauf:

Der Prozeß in Amasya befand sich zur Zeit unseres Besuches (Ende Oktober 1983) im Stadium der Beweisaufnahme und zwar der Zeugenbefragung, die noch bis voraussichtlich Ende Dezember andauern wird. Dies war sehr aufschlußreich, weil anhand dieser Zeugenaussagen sowohl einiges über die Abläufe in Fatsa vor dem August 1980 zur Sprache kam, als auch glasklar wurde, wie diese Zeugenaussagen zustande gekommen waren, mit deren Hilfe die Anklage zusammen konstruiert worden ist.

Leider konnte man hinten auf den Zuschauerbänken kaum etwas verstehen, dies geht den Angehörigen sowie den im hinteren Teil des Saales sitzenden Angeklagten genauso. Insbesondere die Verlesung früherer Aussagen verlief sozusagen im „Zeitraffer“, so daß es selbst für die betreffenden Angeklagten und den einzigen anwesenden Anwalt, kaum möglich sein dürfte, die Einzelheiten genau mitzubekommen.

Als wir am ersten Tag in den Verhandlungssaal kommen, hat die Sitzung schon begonnen. Der erste Zeuge ist ein Greis, der schon rein sprach-, und bildungsmäßig die Fragen des Richters nach Einzelheiten gar nicht versteht. Er ist einer der Hauptzeugen der Anklage (der 2 oder 3 Personen des Mordes beschuldigt hatte.)

An diesem Vormittag geht es hauptsächlich um einen Mordfall - eine Schießerei im Haselnußhain, bei der sein Sohn umgekommen ist. Zu diesem Vorfall werden im Laufe des Vormittags allein 5 - 10 frühere Aussagen des Alten, die er bei der Polizei oder bei der Militärstaatsanwaltschaft gemacht hatte, und die den Vorfall jeweils unterschiedlich schildern, verlesen.

Vom dem Richter wiederholt auf diese Widersprüche hingewiesen, produziert der Alte ständig neue Versionen, bis sich schließlich herausstellt, daß der Alte von dem ganzen Vorfall überhaupt nichts gesehen, sondern nur aus der Entfernung die Pistolenschüsse gehört und dann später den Vorfall überliefert bekommen hatte.

Ich hatte den Eindruck daß der Alte die inhaltliche oder juristische Bedeutung einer Zeugenaussage, also den Unterschied zwischen dem, was er „im Dorf so gehört“ und dem, was er mit eigenen Augen gesehen hatte überhaupt nicht begriff, weil er selbst nach dem x. Vorhalt des Richters immer wieder anfing irgend etwas zu erzählen, von dem sich dann später herausstellte, daß er dies entweder „gehört“ hatte, oder „daß das doch jeder wußte“.... Dies läßt sich - mit wenigen Ausnahmen - für alle 17 an diesen beiden Tagen vernommenen Zeugen verallgemeinern.

Auf Nachfragen stellte sich bei allen verlesenen Zeugenaussagen, die bei der Polizei

aufgenommen worden waren, heraus, daß diese nicht selbst verfaßt, sondern von der Polizei geschrieben worden waren. Ein Teil - die meisten - waren erfoltet worden: d.h. die Polizei hatte die Zeugen gerufen und festgenommen, geschlagen und ihnen dann eine fertige Aussage zum Unterschreiben vorgelegt.

Der zweite Zeuge ist - wie wir später erfahren - ein organisierter Faschist (MHP) gewesen. Dies wird allerdings auch aus den Formulierungen seiner Aussage deutlich. Er sagt viel zu den „politischen Zusammenhängen“ aus. Dies sind akklamatorische Anklagen gegen die „anarchistischen Revolutionäre“. Auf Nachfragen des Richters, wer denn die „Feinde“ gewesen wären und warum er sie als „Feinde“ betrachtet habe, antwortet er (treudoof), weil er selber ja Rechter war, und bestätigt im übrigen, daß für ihn die Begriffe „Anarchisten“, „Revolutionäre“ und „Devrimci-Yol - Anhänger“ synonym sind.

Durch Nachfragen des Richters stellt sich heraus, daß auch dieser Zeuge seine Aussagen gar nicht selbst formuliert haben kann; so kennt er insbesondere die Bedeutung der benutzten politischen Vokabeln nicht. Und zu konkreten Vorfällen, also den Beschuldigungen befragt, wer denn an den genannten Versammlungen, Demonstrationen, Volkskomites etc. teilgenommen habe, kann er auch nur die Namen von zwei Personen nennen, die eh stadtbekannt Linke waren.

Der 6. und letzte Zeuge des ersten Tages ist ein Fabrikbesitzer (Teo- oder Nüsse) aus Fatsa. Durch sein Auftreten und seine Formulierungen sticht er deutlich von den übrigen (bäuerlichen) Zeugen ab.

Es wird eine frühere 3-seitige Aussage verlesen, zu der er mindestens 10 bis 20 Male laut und deutlich sagt, dies sei nicht seine Aussage, er hätte zwar eine Aussage gemacht und auch unterschrieben, aber diese war nicht von ihm, er hätte das nun zum x. Male wiederholt, er wüßte auch nicht wer das geschrieben und fabriziert hätte, aber es sei nicht seine Aussage.

Im konkreten geht es um diverse Vorwürfe gegen die Organisation von Devrimci Yol in Fatsa. Seine Antworten sind auch daher bemerkenswert, weil ihm als Fabrikbesitzer sicher keine „Sympatien“ für die revolutionäre Linke nachgesagt werden können. Zunächst geht es um eine Versammlung in seiner Fabrik, in der der CHP-Abgeordnete Temel Ates eine Rede gehalten hatte. (T. Ates gehörte zum linken Flügel der CHP und war gemeinsam mit Ertugrul Günay CHP-Abgeordneter für die Provinz Ordu, in der Fatsa liegt. Gegen die beiden CHP-Abgeordneten läuft in Ankara ein Prozeß wegen angeblicher Devrim Yol-Unterstützung)

Die Versammlung in der Fabrik sollte laut Anklage als Beispiel dafür dienen, daß die Linken alle Stellen in Fatsa besetzt und für ihre Zwecke ausgenutzt/mißbraucht hätten. Der Zeuge entgegnete, daß dies eine normale Wahlkampfveranstaltung gewesen sei. Fatsa gehöre ja zum Wahlkreis des Abgeordneten und derartige Versammlungen würden ja auch an anderen Orten und von den übrigen Parteien durchgeführt.

Im zweiten Punkt ging es um die Volkskomitees (die während der Bürgermeisterzeit von Fikri entstanden sind und ein Teilstück des „Mode! Fatsa“ waren) Hierzu sagte der Zeuge nur, daß er daran nicht beteiligt war, daß diese aber seines Wissens gewählt worden seien. Als letzten Punkt ging es um die Geldsammlungen. Dieser Vorwurf kam in fast allem „Zeugen aussagen“ vor. Die Mitglieder von Dev Yol hätten in Fatsa mit Zwang Geld für ihre Organisationszwecke eingesammelt. Hierauf entgegnete der Zeuge, daß dieses Geld erstens nicht mit Zwang eingesammelt worden wäre, wer nicht wollte hätte auch nichts gegeben und zweitens wäre bekannt gewesen, daß dies Geld z.B. für einen Brückenbau war.

Am zweiten Tag wurden insgesamt 11 Zeugen vernommen:

als wir eintreten, hat die Befragung des ersten Zeugen gerade begonnen. Er ist c.a. 40 Jahre alt und seine Zugehörigkeit zu den Rechten oder Faschisten wird aus seinen Formulierungen deutlich (wie wir später erfahren war er in Fatsa als organisierter MHPler bekannt, sein Bruder war einer der wichtigsten Leute der MHP in Fatsa und war ständig mit einem dritten MHP-Faschisten zusammen, der in Fatsa als Polizist arbeitete und wesentlichen Anteil an den ganzen Denunziationen und falschen Anklagen gegen die Linken hat.)

Der Bruder des Zeugen - also jener 'Kader' der Faschisten, war 1980 getötet worden. Dieser Mord war zwei bekannten Linken angehängt worden, die im Fatsaprozess angeklagt sind und für die die Todesstrafe gefordert wird

Wie von den Zeugen am Vortag, bleibt auch von diesem Zeugen nichts als „Gehörtes“ übrig; die am häufigsten benutzten Worte waren „söylendi“ (es wurde gesagt) „bilyorduk“ (im Sinne: das war doch bekannt) „kendime görmedim de söhbet ettik“ (ich hab es nicht selbst gesehen, aber wir haben darüber gesprochen) „herkes bilyordu“ (jeder wußte es). Insgesamt hatte er von 4 oder 5 Mordfällen „gehört“ konnte aber selbst zu dem Mord an seinem Bruder nichts konkretes oder selbst gesehenes aussagen.

Neben einer Latte von unhaltbaren Denunziationen bestand der Hauptteil seiner frü-

heren Aussagen aus allgemeinen politischen Erklärungen im Propagandastil der Faschisten über das, was „die anarchistischen Revolutionäre“ in Fatsa alles angerichtet hätten. (Wie sich später in der Verhandlung herausstellte, war auch diese Aussage von jenem genannten MHP - Polizisten verfaßt worden.)

Die Erklärungen des Zeugen während der Verhandlung waren von entsprechender Qualität: „dev ganc wurde so und so gegründet, ... und dann kamen sie nach Fatsa, ... alles drunter und drüber zu kehren.“ ... „waren Leute, die aussahen, wie Anarchisten“ ... „Wie jeder wußte, war dies ja das Ziel dieser revolutionären Anarchisten...“ nach einem Mord wurde „ein Fremder festgenommen, der aussah wie ein Anarchist.“ ...

Eine weitere Zeugenaussage enthält folgende konkrete Tatvorwürfe: Parolen schreiben, mit Zwang Geld einsammeln, verbotene Demonstrationen durchführen, Menschen ermorden..

.... Es stellt sich am Ende heraus, daß der Zeuge zwei Leute beim Parolenschreiben tatsächlich gesehen hat, alles andere hat er gehört ... ebenso in einem Mordfall, in dem er eine (oder mehrere 2) Personen konkret beschuldigt hatte, gibt er schließlich zu (nachdem ihn der Richter zum Schluß lauthals angeschrien hatte, daß er den Vorfall von dort, wo er war gar nicht hätte sehen können, sondern nur das Pistolengeräusch gehört hatte.

... zu dem Tatvorwurf „mit Zang Geld einsammeln“ sagt der Zeuge schließlich, daß ihm kein Geld abgenommen worden wäre bzw. er hätte nichts gegeben, aber sein Sohn hätte 50 TL (1980 etwa 1,20 DM) gegeben...

Die nächsten drei Zeugen, zwei Männer und eine Frau, sind Geschwister. Ihr Vater war im Frühling (c.a. Mai) 1980 getötet aufgefunden worden. Sie werden einzeln zu dem Vorfall vernommen.

Obwohl auch sie alle drei in ihren polizeilichen Aussagen bestimmte Angeklagte namentlich des Mordes beschuldigen, stellt sich bei der Befragung der drei heraus, daß sie zum Zeitpunkt des Todes ihres Vaters keine Anhaltspunkte hatten sondern ihnen später von verschiedenen Personen (teilweise von der Polizei) die angeblichen Mörder ihres Vaters gezeigt wurden, und sie auf die Wache gerufen bzw. gebracht wurden um diese zu „identifizieren“ und eine entsprechende belastende Aussage zu machen.

Bei dem ersten Sohn stellt sich auf Nachfragen eines der Angeklagten heraus, daß er den Namen des Beschuldigten 5 Monate später von jemandem (Name wird genannt - meines Wissens wieder jener MHP-Polizist) gesagt bekam.

Die nächste Zeugin (Necla T.) wird zum Mordfall an ihrem Mann (Niyazi T.) befragt. ... Sie sagt selbst aus, daß sie gehört hätte, daß ihr Mann ermordet worden sei und daß ihr dann später bei der Polizei von einem Kemal S. zwei Namen genannt worden seien (Ali K. und Yunus O.) als die Mörder ihres Mannes.

Es werden dann der Reihe nach ihre früheren Aussagen verlesen. Auch ihr Mann war bereits im Mai oder Juni 1980 im Haselnußhain tot aufgefunden worden. In ihrer ersten Aussage dazu im Juni 1980 vor der Wache in Fatsa heißt es dazu: „...mein Mann war los um Nüsse einzusammeln ... wurde von ... tot gefunden... ich weiß nicht wer es war oder wer es gewesen sein könnte, ... dem habe ich nichts hinzuzufügen.“

Die nächste Aussage, die einige Monate später nach dem Putsch, also während des Ausnahmezustands gemacht wurde, enthält hingegen eine ganz konkrete Beschreibung, wie der Vorfall angeblich abgelaufen sein sollte - wie sie z.B. die angeblichen Mörder anfleht, „was wollt ihr von mir, ich habe zwei Kinder lassen mir meinen Mann“ und es werden die beiden genannten Angeklagten beschuldigt. Schließlich stellen mehrere der Angeklagten Fragen, wie diese Aussage zustande gekommen sei und halten vor, daß die beiden Beschuldigten in Samsun festgenommen und dann nach Fatsa gebracht worden seien. Sie fragen, wer ihr die Namen der beiden genannt hätte und ihr erzählt hätte, dies seien die Mörder ihres Mannes.

Auf mehreres Nachfragen nennt sie schließlich den Namen des Kemal S. (ein MHPler), er sei zu ihr gekommen und hätte es ihr erzählt.

## Die Lage am Persischen Golf

# US-Planer und NATO-Strategen bereiten Invasion vor

Aus dem Krieg zwischen Iran und Irak entwickelte sich ein Stellungskrieg, der nun schon 3 Jahre dauert. Nun scheint es beinahe unvermeidlich, daß sich insbesondere "der Seekrieg zwischen Iran und Irak weiter zuspitzen wird. Bagdad kann sich nicht mehr lange leisten, daß der Krieg mit Iran unter Umständen fortgedauert, die es Iran erlauben, sein Erdöl zu exportieren, während die Ausfuhr aus dem Irak zum größten Teil verhindert wird. Diese Situation hat nun drei Jahre gedauert, und Bagdad hat klargemacht, daß es sie beenden will." "Es ist deshalb leicht vorauszusehen, welches der nächste Schritt in dem Ringen der beiden Gegner sein dürfte. Die Iraker werden versuchen, die Schifffahrt nach den iranischen Häfen am Golf und besonders zum Hafen für iranisches Erdöl auf der Insel Kharg zu behindern." (Neue Zürcher Zeitung v. 5.11.83)

Diese Einschätzung wurde inzwischen erhärtet. Nach Meldungen vom 3.11.83 in der NZZ wurde der griechische Frachter Avra durch irakische Raketen beschädigt. Die Avra

war in einem Konvoi mehrerer Handelsschiffe unterwegs, die von iranischer Marine begleitet wurden. "Bisher hat der Seekrieg also erst im kleinen Maßstab begonnen, und er soll sich vor allem auf das Gebiet von Bandar Khomeiny konzentrieren. Bandar Khomeiny ist kein Ölhafen, sondern ein Handelshafen, der heute Irans früher wichtigsten Export- und Importhafen Khorramshahr ersetzt." "Wenn der Seekrieg eskaliert, wie man es erwarten muß, dann wird der Irak (...) versuchen, den wichtigsten Ladehafen für Erdöl auf der Insel Kharg zu isolieren und vielleicht sogar zu zerstören." (NZZ v. 5.11.83)

Eine Behinderung der Erdölexporte des Irak durch den Irak hätte Folgen für alle arabischen Golfanrainer. Die bisherige Strategie Teherans, Ruhe und Ordnung im Golf zu erhalten, wird ersetzt durch Drohungen, alle Anrainer in Mitleidenschaft zu ziehen. Neben unbestimmt gehaltenen Drohungen gegen deren Erdöl-installationen ist ein zentraler Punkt die Drohung Irans, die Straße von Hormuz zu schließen und damit

den gesamten Erdölexport zu behindern.

Die drohende Schließung der Straße von Hormuz war auch Gegenstand einer vorbereitenden Konferenz der sechs Außenminister des Kooperationsrates der Golfstaaten. Dieser Rat umfaßt Saudiarabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, das Sultanat von Oman, Katar und Bahrain. Sultan Kabus von Oman hat dabei ausgesprochen "was alle wissen, was aber nur er sagt, nämlich daß im Ernstfalle gegenwärtig die arabischen Golfstaaten alleine die Meerenge nicht verteidigen können (und wahrscheinlich sogar nicht einmal alle ihre Erdölinstallationen). Der Sultan fügte hinzu: Wer aber könnte und wollte verhindern, daß die Amerikaner, im Wunsch, ihre eigenen und legitimen Interessen zu verteidigen, in die internationalen Gewässer der Meerenge einfahren und dort eingreifen würden?" (NZZ v. 5.11.83)

Das ist den USA so richtig aus dem Herzen gesprochen. So hat der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Mittelost, Admiral John Adams, "gestern ein direktes militärisches Einschreiten der USA im Persischen Golf angekündigt, falls der Irak die für die westliche Ölversorgung wichtige Straße von Hormuz blockieren sollte. Die militärischen Möglichkeiten der sechs im Kooperationsrat vereinten arabischen Golfländer reichten nicht zur Verhütung einer Blockade aus. Deshalb werden die amerikanischen Streitkräfte einschreiten, wenn 'eines oder mehrere Länder des Kooperationsrates darum bitten' sagte er." (Südwestpresse v. 7.11.83)

Diese Absichtserklärung ist dabei noch diplomatisch gehalten. Gemäß dem "Geheimen Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984 - 1988", veröffentlicht in der New York Times vom 31.5.82, wird man eine solche Einladung gar nicht abwarten. Denn "die Strategie für Südwestasien unter Einschluß des Persischen Golfes, wie sie in dem Papier dargestellt wird, fordert von den amerikanischen Streitkräften die Bereitschaft,

sich, ins Meer vorzudringen, mit Gewalt Zugang zu erschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung zu warten, was bislang öffentlich erklärte Politik war." (übersetzt in: Blätter f. dt. und intern. Politik 8/1982)

So reiht sich auch diese Region in die Gesamtstrategie der US-Planer ein, wie sie bereits in der Nr. 18 ausgeführt wurde. Ein Eingreifen der USA ginge demnach über die Schaltstellen der NATO, und insbesondere über die BRD. Die BRD bezieht einen großen Teil ihres Erdöls aus der Golfregion. Außerdem hat sie ihre Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu erfüllen. Dieser Verpflichtung stellten sich sowohl Regierung als auch Opposition. H. Schmidt formulierte das 1978 vorsichtig: "Wir stehen (...) keineswegs in der sicheren Nische, wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete vorsichtig sein müssen." (Stern v. 8.6.78)

Der heutige Verteidigungsminister Wörner forderte 1980, daß die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung "endlich zu einer 'zentralen Aufgabe der NATO' werden müßte. Die Begrenzung des Aufgabenbereiches der NATO auf Europa sei 'überholt'." (FR v. 12.1.80)

Beteiligung der Bundeswehr in einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre (...) im gegenwärtigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt." (Der Spiegel v. 9.3.81)

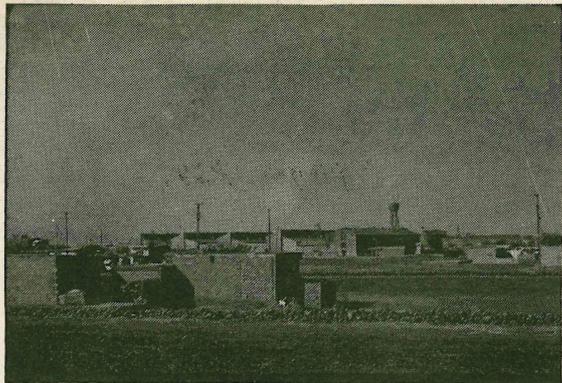
Dies gab dann wohl auch den Ausschlag, daß man sich zu einer "Arbeitsteilung" zwischen BRD und USA entschloß. Das deutsch-amerikanische Regierungsabkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise und Krieg, 1982/2 S. 450-459, kann man als das vorläufige Resultat verstehen. Schon die im Abkommen verwendeten Termini zeigen seine Tragweite: "Es muß einen triftigen Grund geben, wenn für Umstände, die das Grundgesetz mit den Begriffen 'Spannungsfall' und 'Verteidigungsfall' faßt, die grundgesetzfremden Begriffe (Krieg und Krise, d.Red.) gewählt werden." (w.Nolte in Frankf. Hefte 10/82)

Inhaltlich regelt dieses Abkommen in Art. 2 Art und Umfang der deutschen Unterstützung der verstärkten US-Streitkräfte: Es sieht Ausbau und Sicherung der militärischen Infrastruktur in der BRD für US-Verstärkungstruppen vor, die im Krisenfall möglichst schnell eingeflogen werden sollen. Modellrechnungen sehen vor: die Sicherung von 18 Objekten der US-Luftwaffe, Unterstützung des amerikanischen Flugbetriebes auf 13 deutschen Flugplätzen, Instandsetzungsarbeiten auf

## Wieder Tote in Diyarbakir

Necmettin Büyükkaya, Angeklagter im KIP-Prozeß, Yilmaz Demir, Angeklagter im Özgürlük Yolu-Prozeß und Halil Catak, Angeklagter im PKK-Prozeß sind am 24. Januar gestorben.

Am 6. Januar kam es zu einem Brand in dem Militärgefängnis, bei dem es eine große Zahl Verletzter gegeben haben muß. Necmettin Büyükkaya, Yilmaz Demir und Halil Catak waren ins Krankenhaus eingeliefert worden. Zur Zeit sollen sich noch 14 bei dem Brand verletzte Gefangene im Militärkrankenhaus befinden. Die Leichen der Toten, die den Familien übergeben wurden, sollen starke Verbrennungsspuren aufweisen.



Die Todesfälle stehen in Zusammenhang mit dem Hungerstreik, der seit dem 3.1.1984 im Militärgefängnis Diyarbakir durchgeführt wird. Nach dem Hungerstreik im letzten Sommer hatten die politischen Gefangenen erreicht, daß einige der Repressionsmaßnahmen aufgehoben wurden. So wurden die Besuchszeiten für Anwälte und Angehörige sichergestellt, die militärische Erziehung wurde eingestellt, die Gefängnisleitung erlaubte den Besitz von Schreibzeug und das Schicken von Nahrungsmitteln, Kleidung und Geld durch Angehörige. Am 26.12.83 hob die Gefängnisverwaltung diese Rechte wieder auf, insbesondere wurden die Anwaltsbesuche gekürzt und die Möglichkeit, Schriftstücke nach draußen zu senden, abgeschafft (auch Anträge u.ä.). die chauvinistisch-militärische Erziehung wurde wieder durchgeführt, die Gefangenen wurden geschlagen, sämtliche Fensterscheiben im Gefängnis sind zerstört, die Heizungen funktionieren nicht. Zusätzliche Decken, die sich die Gefangenen von Verwandten hatten bringen lassen, wurden ihnen abgenommen usw. Die politischen Gefangenen traten daraufhin am 3.1.84 erneut in den Hungerstreik, um gegen diese untragbaren Haftbedingungen zu protestieren. Auch weigerten sie sich, zu den Gerichtsverhandlungen oder zu Besuchszeiten zu erscheinen. Einige Gefangene, die während des Besuchs versuchten, ihren Angehörigen die Ereignisse mitzuteilen, wurden vor

den Augen ihrer Verwandten brutal zusammengeschlagen, und das Gespräch wurde abgebrochen. Ähnliches widerfuhr Angeklagten, die im Gerichtssaal den Versuch machten, die Zustände im Gefängnis darzustellen. Nach diesen Vorfällen verhängte die Gefängnisverwaltung ein völliges Besuchsverbot.

Über den Brand gaben die Behörden keinerlei Erklärung ab, das Gefängnis ist von der Polizei und Militäreinheiten hermetisch abgeriegelt, auch die Stadt selbst wird verschärft kontrolliert, und es wird alles getan, um es auch den Angehörigen unmöglich zu machen, irgendetwas für die Gefangenen zu tun.

Es ist im übrigen damit zu rechnen, daß noch mehr Gefangene den Brandverletzungen bzw. Mißhandlungen erliegen sind, allerdings wurden bisher keine weiteren Namen bekannt. Die einzige Unterstützung für die politischen Gefangenen kann nur aus dem Ausland kommen. Protesttelegramme mit der Forderung nach völliger Aufklärung der Geschehnisse im Militärgefängnis Diyarbakir und einer Autopsie der Leichen durch unabhängige Ärzte sind zu richten an:

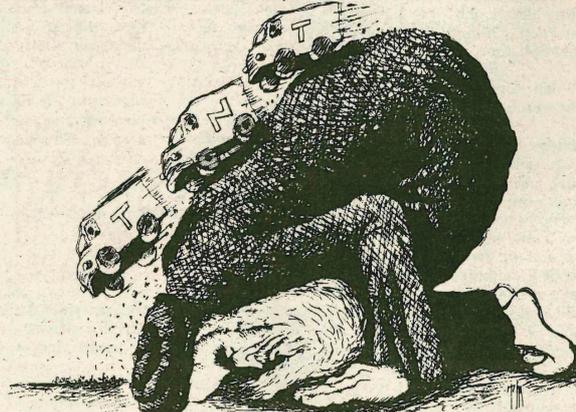
**Sikiyönetim Komutani, Korgeneral Kaya Yazgan, Diyarbakir, Türkei; Basbakan Turgut Özal, Ankara, Türkei; sowie an die Botschaft der Republik Türkei, Utestr. 47, 5300 Bonn-Bad Godesberg.**



Die rechtlichen Grenzen, um sich der internationalen Verantwortung zu stellen, liegen im GG Art. 87 a "Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Gesetz es ausdrücklich zuläßt." Ein vom Auswärtigen Amt erarbeitetes Rechtsgutachten vom 17.12.80 stellt fest: "Eine

26 Flugplätzen, Sicherung von 30 US-Heereseinrichtungen, täglicher Transport von 6.800 Tonnen Material und 7.000 Kubikmeter Betriebsstoffe, sowie Be- und Entladen von täglich 72.000 Tonnen Material, Abtransport von Verwundeten bis zu einer Kapazität von täglich 1725 Verwundeten, Übernahme von Kriegsgefangenen bis zu täglich 200 Gefangenen, Maßnahmen gegen atomare Verstrahlung, chemische und bakterielle Verseuchung für täglich bis zu 34.000 Menschen und 2.700 Kraftfahrzeugen.

Das WHNS-Abkommen ist also ein sehr detaillierter Plan über die Pflichten der BRD; es ist für ein reibungsloses Eingreifen der USA im Nahen Osten oder in der Golfregion wie geschaffen. Darüber hinaus ist es jedoch so allgemein angelegt, daß es sich auch in jedem anderen Krisen-, Kriegs- oder Verteidigungsfall anwenden läßt. Wann ein Krisen- oder Kriegsfall vorliegt, wird gemäß Art. 1 des Abkommens von beiden Regierungen festgestellt; also unter Ausschluß des Parlaments.



## Neue Stützpunktvereinbarung mit den USA

Da ihr militärisches Engagement im Libanon zunehmend die Versorgung der Truppen auf die Tagesordnung setzt, drängen die USA seit längerem auf eine Zusatzvereinbarung mit der Türkei. Bis vor kurzem hat sich jedoch die türkische Regierung kategorisch geweigert, eine derartige Vereinbarung mit den USA zu treffen. Das hinderte allerdings den türkischen Außenminister, Türkmén, nicht, vor der Beratenden Versammlung zu erklären, daß die Türkei bereit sei, "das das Nötige zu unternehmen, falls im Nahen Osten das große Feuer ausbrechen sollte."

Es scheint nun der Zeitpunkt fürs

Ausbrechen des großen Feuers nähergerückt zu sein: Nach einer zwischen der türkischen und amerikanischen Regierung getroffenen Vereinbarung dürfen die US-Flugzeuge den Militärstützpunkt Incirlik als Zwischenlande station zur Versorgung ihrer Truppen im Libanon benutzen.

Interessant an dieser Vereinbarung ist daß Incirlik schon einmal - nämlich 1958 - den USA als Stützpunkt bei der Besetzung des Libanon gedient hatte. Damals transportierten die USA ihre in der BRD stationierten NATO-Truppen über Incirlik in den Libanon. Offenbar, um keine schlech-

ten Erinnerungen an diese Zeiten aufkommen zu lassen, will die türkische Führung die getroffene Vereinbarung als eine Hilfeleistung für die internationale anerkannte US-Friedens truppe verstanden wissen und betont den begrenzten Charakter der Vereinbarung. Inwieweit man allerdings diesen Ausführungen der türkischen Regierung Glauben schenken darf, zeigt eben die Art und Weise, wie diese Vereinbarung getroffen wurde: Die Vereinbarung wurde angenommen ohne Konsultierung des Parlaments und der neugebildeten Özal-Regierung!

# Brand im Abschiebeknast



Kulanthigopulu Thirumarukkaru (26)



Rejasingam Jevakumar (24)



Kassem Said (19)



Hamed Djelassi



Krishnapillai Velautvapillai (22)



Nzar Sleimann (24)

## Nach Brandausbruch von Wachmann eingeschlossen

Zum Ausbruch des Brandes gibt es bisher keine eindeutige Version. 13 Menschen haben jedoch inzwischen übereinstimmend ausgesagt, daß die Zellen vom einzigen anwesenden Beamten erst nach Brandbeginn verschlossen wurden, und zwar als erste Handlung, noch bevor er irgendetwas zur Brandbekämpfung unternommen hat.

Lediglich die Gefangenen der Zelle A konnten ihn erfolgreich daran hindern, ihre Zelle zu verschließen und dazu bringen, auch die Zelle D aufzuschließen. Ihre Versuche, die übrigen eingeschlossenen Häftlinge der Zellen B und C zu befreien, scheiterten, da der Schlüssel vom Beamten wegwerfen worden war!!

Schließlich mußten sie auch wegen dem Qualm auf den Hof fliehen, wo sie sich nackt ausziehen und eine Stunde in der Kälte warten und während dieser Zeit Schmähungen und Beschimpfungen der Wächter über sich ergehen lassen mußten. Die Häftlinge der Zelle C wurden erst von der Feuerwehr gerettet, die die verschlossene Zellentür aufbrach, die sechs Menschen in der Zelle B waren zu dem Zeitpunkt tot.

## Zu Unrecht in Abschiebehäft

Der Tunesier H.Djelassi lebte seit 22 Jahren in Frankreich, hielt sich als Tourist in Berlin auf und hatte lediglich seine Papiere verloren.

Die beiden Palästinenser hätten freigelassen werden müssen, da sie derzeit nicht in den Libanon abgeschoben werden durften.

Während einer der Tamilen (Rasasingam Jevakurem) sich lediglich auf der Durchreise befand und sowohl eine Fahrkarte als auch gültige Visa für Griechenland und die Türkei besaß, hatten die beiden anderen Asylantrag gestellt, einer noch am 31.12. Dieser Antrag war jedoch nicht weitergeleitet worden, da die Ausländerbehörde am Samstag nicht geöffnet ist, sie wären am Montag oder Dienstag der ersten Januarwoche freigelassen worden.

Auch wenn es für die Tragik und für die Verantwortung der Berliner Stellen am Tod dieser sechs Menschen unerheblich ist, ob diese zu Recht oder zu Unrecht in Abschiebehäft saßen, zeigt dies doch die Tragweite einer „deutschen Ausländerpolitik“: letztlich hätte jeder Ausländer, der zufällig ohne Papiere in eine der berüchtigten Kontrollen geraten wäre und sich nicht hätte verständlich machen können, anstelle dieser sechs in den Flammen sterben können.

## Noch die Leichen verwechselt!

Wie ein zusätzlicher Zynismus erscheint es, daß nun selbst noch die Leichen der Verbrannten verwechselt wurden: Wie die Berliner Polizei am 24.1. mitteilte, sind die Leichen der beiden Palästinenser bei der Überführung in ihre Heimatländer verwechselt worden. Dies wurde von den Eltern des toten Kasim Said bemerkt, als sie in seiner Heimatstadt Saïda den Sarg, der mit dem Namen ihres Sohnes beschriftet war, öffneten.

## Die Reaktionen der Verantwortlichen

### LÜGEN

Tagelang wurde in der Öffentlichkeit behauptet, es hätte sich um einen „kollektiven Selbstmord“ gehandelt (diese These hat ja in der BRD bereits eine makabre Tradition), die Gefangenen hätten gar „die Löscharbeiten behindert“! Im übrigen hätten sich – so Lummer – unter den Opfern keine Asylbewerber befunden.

## Aus den Opfern sollen Täter gemacht werden

Nachdem sich diese Thesen schließlich als unhaltbar erwiesen, wurden in der nächsten offiziellen Verlautbarung die sechs Toten der „Gefängnismeuterei“ beschuldigt. In diese Anschuldigung wurden nunmehr alle in der Silvesternacht einsetzenden Abschiebehäftlinge einbezogen, nachdem man sie zunächst als Zeugen vernommen hatte. Gegen insgesamt 36 Gefangene läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der „Brandstiftung in besonders schwerem Fall“ und der „Gefangenenneuterei“. Durch diese Anschuldigungen schaffen sich die Berliner verantwortlichen Stellen ein Druckmittel gegen diese – möglicherweise unliebsamen – Zeugen.

## Zeugen abgeschoben

Andere Zeugen wurden gleich abgeschoben, so bisher 7 Insassen der Augustastrasse, die in der Silvesternacht dort eingewiesen haben. Sie waren noch nicht einmal alle richterlich vernommen worden und wurden ohne Zustimmung des Staatsanwaltes abgeschoben. Auch der seit Anfang Dezember ohne gültigen Paß einsetzende Syrer Hasan Itani wurde mehrfach sehr lange verhört und verschwand dann plötzlich mit gültigem Paß und Visum nach Paris.

## Ermittlungen verschleppt

Diese „Beseitigung“ der Zeugen ist noch längst nicht die einzige Ungeheimtheit. So wurde auch die ver-

des Vorgesetzten dieses Staatsanwaltes sei der Haftbefehl jedoch verhindert worden. Auch der Berliner SPD-Fraktion sind Informationen über diesen angestrebten und verhinderten Haftbefehl bekannt.

## Einzige Konsequenz: Noch schärfere Kontrollen gegen Ausländer und Ausbau der Abschiebekapazitäten

Während man die Ermittlungen dergestalt verschleppt, werden bereits „Konsequenzen“ in Form schärferer Kontrollen gegen Ausländer angekündigt (Lummer am 5.1. in der „Berliner Morgenpost“). Auch die „Bundesbeauftragte für Ausländerfragen“, Lieselotte Funcke (FDP), strebt Verhandlungen mit der DDR an, „um die illegale Einreise von Ausländern in Berlin zu stoppen.“ Auf diesem Gebiet sei die Zusammenarbeit mit der DDR besonders wichtig, da Berlin „für Asylbewerber ... ein offenes Tor zum Osten“ sei. (lt. „Neue Osnabrücker Zeitung“ 4.1.84)

## Schluß mit dem Abschiebeterror – Für restlose Aufklärung des Brandes

Auch die Reaktion der Berliner Ausländerorganisationen - Devrimci Isci eingeschlossen - lie; auf sich warten. In den ersten Tagen wurde von vielen (so auch der taz) die Selbstmordthese übernommen. Erst nach und nach kam es zu einer ernsthaften Mobilisierung. Vor allem

veranstaltet wurde und an dem ca. 3000 Menschen teilnahmen. In Hamburg fand am Freitag, 6.1. ein Trauermarsch zur Ausländerpolizei statt, an dem sich jedoch nur 300 Menschen beteiligten.

Eine nachahmenswerte Aktion führten einige Bundes- und Landtagsabgeordnete der „Grünen“ am Montag, dem 23.1., in Frankfurt durch: Um sich vor Ort ein Bild über die Frankfurter Abschiebepaxis zu machen, stellten sie dem dortigen Abschiebeknast „Klapperfeld“ einen Besuch ab. Was sie dort sahen, zeigt, daß die Berliner Verhältnisse wirklich die Spitze eines Eisberges sind: Elf Ausländer verschiedener Nationalität sitzen z.Zt. in einer einzigen Zelle mit Betonfußboden, ohne Tische und Stühle, mit einer Abfalltonne und offenem Klo in der Zelle. Aufgrund „baulicher Maßnahmen“ wird den Gefangenen seit Wochen der Hofgang verwehrt.

Auch die „Gründe“, aus denen die Menschen in Frankfurt inhaftiert sind und abgeschoben werden sollen, sind skandalös: So befindet sich in „Klapperfeld“ ein Marokkaner, der seit 12 Jahren in Frankfurt lebt und innerhalb der Stadt umgezogen ist und lediglich vergessen hatte, sich umzumelden.

Lummer hat nicht nur die katastrophalen menschenunwürdigen Zustände zu verantworten, er hat auch

„Wenn ich das Ausländerproblem angehe, tue ich das aus Überzeugung und Pflicht“ Lummer

aus einem Interview des Magazins „stern“ Nr. 2/84 mit dem Berliner Innensenator Lummer nach der Berliner Brandkatastrophe:

„stern“: Sie haben in einer Rede gesagt, daß die Deutschen nur einen ganz bestimmten Anteil von Ausländern verkraften könnten. Wie hoch soll dieser Anteil sein?

Lummer: Wir haben gegenwärtig knapp 5 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Ich glaube, daß wir drei, dreieinhalb Millionen verkraften könnten.

„stern“: Wie wollen Sie die übrigen rauskriegen?

Lummer: Da es leider keine Möglichkeit gibt, mit drastischen, rechtlichen Mitteln vorzugehen, müssen wir eine Reihe von anderen Maßnahmen überlegen. (!!!) (...)

„stern“: Sind die katastrophalen Zustände im Abschiebefängnis Augustaplatz auch ein Teil der Rückkehrhilfe?

Lummer: Es ist die Frage, ob man von katastrophalen Zuständen sprechen kann. (...)

brannte Zelleneinrichtung vernichtet, noch bevor die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung vorgenommen hatte.

Die Zeugenaussagen der Beamten vom Neujahrstag können nicht verwendet werden, da sie mittlerweile als Beschuldigte gelten (dies ist juristisch korrekt); derzeit können sie jedoch nicht vernommen werden, da sie entweder „krank“ oder „beurlaubt“ sind.

In diesen Rahmen paßt es, daß Innensenator Lummer seinen Senatsdirektor Cohnen – und damit einen für die Berliner Abschiebehäftanstalten und die Ausländerpolizei Verantwortlichen zum Vorsitzenden einer „Untersuchungskommission“ gemacht hat.

## Verhinderter Haftbefehl trotz Mordverdacht

Laut TAZ vom 20.1.84 soll einer der untersuchenden Staatsanwälte bereits am 7.1. beabsichtigt haben, gegen das Wachpersonal Haftbefehl wegen Mordverdacht zu beantragen. Als einer der Gründe für den Haftbefehl soll dieser auch „Rassenhaß“ aufgeführt haben. Auf Intervention



den Ermittlungen der TAZ und der AL ist es zu verdanken, daß der Berliner Senat die Vorfälle nicht wie geplant vertuschen konnte.

Bereits am 2. Januar bezeichneten verschiedene humanitäre Organisationen, darunter amnesty international, die Internationale Liga für Menschenrechte und die Humanistische Union, in einer gemeinsamen Erklärung „die bei dem Brand ums Leben gekommenen Ausländer“ als „Opfer der zunehmend auf Abschließung bedachten Asyl- und Ausländerpolitik“ und wiesen darauf hin, daß allein in der Zeit von Januar bis Oktober 1983 in Berlin „zehn Asylbewerber den Weg des Selbstmordes gesucht hätten“.

Am Samstag, dem 28. Januar fand in Berlin eine Demonstration mit ca. 2000 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatten die Internationale Liga für Menschenrechte, amnesty international und andere schon während des Hearings zur Asylpraxis, das vom 20. bis 22. Januar in Berlin vom Flüchtlingsrat

zu verantworten, daß Ausländer entgegen gesetzlichen Bestimmungen in Haft geholt werden, daß die Ausländerpolizei in Berlin sich darauf konzentriert, Jagd auf Ausländer zu machen und diese zu inhaftieren ohne diesen ausreichende Möglichkeit zu geben, sich über Dolmetscher und Rechtsanwälte verständlich zu machen und ohne deren Anliegen und Aussagen hinreichend zu prüfen.

## WIR FORDERN

- den Rücktritt Lummers
- die restlose Aufklärung des Vorfalles
- die Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses, der Vertretern aller Berliner Ausländer- und humanistischen Organisationen offen ist
- Bestrafung der Aufseher, deren Schuld bewiesen ist
- Auflösung der Abschiebeknäste

